Wildcat-Zirkular

Nr. 55 März 2000

5 Mark

Seattle:
Reform der WTO
oder Zerstörung
des Kapitalismus

USA: Boom oder Krise?

Smart: Streik in der Modellfabrik

Frankreich: »35 Stunden« gegen das Proletariat

Wildcat-Zirkular Nr. 55
März 2000

Inhalt

Editorial 2

Seattle: Reform der WTO oder Zerstörung des Kapitalismus 3
Zur Verteidigung der Rebellen von Seattle *(Cruz Muro)* 5
Der erste Riot gegen die »Globalisierung« in den USA? *(Loren Goldner)* ... 12
Punktsieg für WTO-GegnerInnen! *(buko & iz3w)* 17

Die US-amerikanische Wirtschaft am Ende des Jahrhunderts:
Am Beginn einer neuen Ära der Prosperität? *(Fred Moseley)* 20

Der Streik bei SMART im November 1999
Zerbrechliche Modellfabrik 40

Die Politik der Arbeitszeitverkürzung in Frankreich
Die »35 Stunden« gegen das Proletariat *(Mouvement Communiste)* 57

Angriff auf Fehlzeiten: Ein Seminar für Krankenjäger 73

Berliner Bündnis für Freilassung 78

Ankündigung: **Kosovo – der Krieg gegen die Flüchtlinge** *(FFM)* 85

Kontakte

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin – jaa@wildber.aball.de

Shiraz e.V., Postfach 301 206, 50782 Köln – wildcat@link-lev.de

Freunde der guten Zeit, c/o Wildcat, Postfach 306 325, 20327 Hamburg

Welt in Umwälzung, Mannheim-Ludwigshafen, suba@wildcat.rhein-neckar.de,
http:/www.rhein-neckar.de/~wildcat/, Tel. 0621-65 77 46

Abos

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Shiraz e.V. und Überweisung an Shiraz e.V., Kto.-Nr. 7064-509, Postbank Köln, BLZ 370 100 50.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Editorial

Schwerpunkt des letzten Zirkulars war die »humanitäre« Intervention in Ost-Timor. Wie schon beim Nato-Krieg gegen Ex-Jugoslawien sprachen sich Linke und Soli-Leute – heute zu NGOs mutiert – für Intervention und Krieg aus. Der **Teil zu Seattle** knüpft daran an und betont die Notwendigkeit eines *radikalen Bruchs* innerhalb der Linken an Punkten wie Kosovo, Ost-Timor, WTO – oder dem anstehenden Gerangel um eine Reform des Sozialstaats. Das Konzept der »Zivilgesellschaft«, das in den 80er und 90er Jahren die Abkehr von revolutionären Vorstellungen begleitete und der Rückkehr in den Schoß der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer demokratischen Institutionen die nötige theoretische Würze verleihen sollte, wird heute immer deutlicher als reformistische Beteiligung am Machtapparat erkennbar. Von dieser »Zivilgesellschaft« lebt auch das breite Bündnis der Demokraten – sei es gegen Parteispenden, sei es gegen Haider –, das dem Staat Legitimation von linker Seite verschafft.

Statt ihn als gewaltsamen Unterdrückungsapparat des Kapitals zu denunzieren, wird gegen die Spenden-CDU oder die österreichische Regierung der »saubere« demokratische Staat beschworen. Dabei wird völlig übersehen, um was es geht. Eine Figur wie Haider wird gebraucht, um die Abschiebepraxis von Schily, die von der Regierung Aznar politisch gewollten Ausschreitungen gegen nordafrikanische ArbeiterInnen oder die Repressionen der dänischen Regierung gegen Einwanderer aus der Schußlinie zu nehmen. Der CDU-Spendenskandal war kein Betriebsunfall, sondern gezielte Einflußnahme zugunsten der rot-grünen Regierung, von der sich das Kapital eine bessere Absicherung seiner Verwertungsinteressen verspricht (siehe *Zirkular 52/53*). Wir haben zu diesen Fragen (noch) keine Beiträge, aber diese Auseinandersetzung steht angesichts der linken Einheitskampagnen zur Rettung des Kapitalismus dringend an. Seattle ist ein Ansatz, um genauer zu fragen, wo heute die *Bruchlinien* innerhalb der Linken verlaufen.

Am Ende dieses Hefts findet ihr zwei Papiere des **Berliner Bündnisses für Freilassung** zu der Erstürmung des Mehringhofs in Berlin am 19. Dezember und der Verhaftung von drei Leuten unter dem Vorwurf der RZ-Mitgliedschaft, sowie die Ankündigung der Broschüre **»Kosovo – der Krieg gegen die Flüchtlinge«** des FFM. Hier wird deutlich, daß gerade die Flüchtlingspolitik ein Musterbeispiel für die Wende von einer radikalen Kritik am Staat zur Mitwirkung an der Verwaltung von Menschen ist. Solidarität mit den Verhafteten ist heute ungleich schwieriger, weil sich viele ins Flüchtlingsmanagement zurückgezogen haben und nur ungern daran erinnert werden wollen, daß mal eine radikalere Kritik auf der Tagesordnung stand. Anhand des Kosovo-Kriegs hat die FFM die Mitwirkung von NGOs an Krieg und Flüchtlingsverwaltung genauer unter die Lupe genommen.

Das Gegenstück und/oder Bestandteil der Kampagnen gegen den Neoliberalismus ist in den Betrieben die gewerkschaftliche Strategie der »Arbeitszeitver-

kürzung« – der Mythos der **35-Stunden-Woche** zur Humanisierung des Kapitalismus. Besondere Aufmerksamkeit erregte die französische Variante einer staatlichen Arbeitszeitverkürzung, da angesichts der eigenen Schwäche der Ruf nach dem Staat sehr verbreitet ist. Selbst ehemals operaistisch orientierte Linke wie Harry Cleaver ließen sich dazu hinreißen, im Gesetz der Ministerin Aubry etwas Gutes zu sehen. Mittlerweile hat sich allerdings herumgesprochen, daß dieses Projekt vor allem der Flexibilisierung und Lohnsenkung dient. Trotzdem und trotz der hiesigen Erfahrungen (siehe *Zirkular 48/49*) hält die Linke an der Zauberformel der tariflichen Arbeitszeitverkürzung fest. In Frankreich entwickelt sich seit einigen Monaten eine zersplitterte Streikbewegung gegen die mit den »35 Stunden« verbundenen Angriffe der Unternehmer. Das Eintreten der Gewerkschaften für die Arbeitszeitverkürzung – schon aus ganz eigennützigen Erwägungen – trägt dazu bei, daß diese Bewegungen bisher isoliert bleiben. Der Text **»Die ›35 Stunden‹ gegen das Proletariat«** wurde im Mai letzten Jahres geschrieben, aber er erläutert die Hintergründe der aktuellen Situation und rückt sie ins rechte Licht.

Auslöser für den **Streik in der SMART-Fabrik** im letzten November war auch der Übergang zur 35-Stunden-Woche, da sie mit dem Einfrieren der extrem niedrigen Löhne verbunden wurde. Die Bedeutung des Streiks geht aber über diesen Anlaß hinaus. Er zeigte die Verwundbarkeit dieser ultramodernen Produktionsform in der Automobilindustrie, auf die das Kapital seine Hoffnungen setzt. Wir haben uns die SMART-Fabrik und den Streik daher genauer angesehen. ■

Seattle:

Reform der WTO oder Zerstörung des Kapitalismus

Das Scheitern der WTO-Konferenz in Seattle wurde von den Gegnern des weltweiten Freihandels und des Neoliberalismus als Sieg einer breiten Bewegung gefeiert. In Wirklichkeit scheiterte die Konferenz an den gegensätzlichen Vorstellungen der Staatsmänner aus den USA, Europa und den Ländern der »Dritten Welt«, was wiederum seinen materiellen Grund in der heutigen Ungleichzeitigkeit der Konjunktur- und Krisenbewegungen auf der Welt hat. (Zur krisenhaften Situation des US-Kapitals, das sich zur Zeit noch durch diese Ungleichzeitigkeiten über Wasser halten kann, haben wir einen längeren theoretischen Beitrag von *Fred Moseley* übersetzt, der die bejubelte **Ära der Prosperität** in den USA infrage stellt). Zweitens waren es nicht die wohlgeordneten Protestveranstaltungen, die Seattle in die Schlagzeilen brachten, sondern die Sachbeschädigungen und Straßenkämpfe einer kleinen Minderheit, wobei es zu Dynamiken kam, die mehr Leute

in diese Kämpfe einbeziehen konnten. NGOs und kritische Bürgerinitiativen waren planmäßig in den Ablauf des WTO-Gipfels einbezogen worden[1] – und sie bedankten sich dafür durch klare Distanzierungen von den »Chaoten«, bis hin zur Mitwirkung an der Polizeirepression.

Das Gute an Seattle war, daß dort der Konflikt zwischen den radikalen Kritikern des Kapitalismus und den »zivilgesellschaftlichen« Errettern vor dem »Turbokapitalismus«[2] offen ausgebrochen ist. Beim Weltwirtschaftsgipfel in Köln war noch die Illusion verbreitet, es könne ein Bündnis aller Kritiker geben – obwohl schon der staatlich gesponserte Alternativgipfel zeigte, daß es zwischen Kritikern des Kapitalismus und den neuen Verwaltern des Elends keine Gemeinsamkeit mehr geben kann. Statt die Gegensätze herunterzuspielen, wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, sie zuzuspitzen und die Beteiligung der demokratischen Kritiker an der Herrschaftssicherung überall zu demaskieren.

In seiner Verteidigung der Rebellen schildert *Cruz Muro* hautnah, wie er die Gegensätzlichkeit der Protestformen auf der Straße erlebte. *Loren Goldner* versucht, die »Schlacht von Seattle« in die langfristige Entwicklung der Klassenkämpfe in den USA einzuordnen. Schonungslos legt er die Grenzen und Borniertheiten innerhalb der Bewegung offen, hält Seattle aber trotzdem für einen möglichen Wendepunkt in der langen Geschichte von verlorenen Kämpfen. Die Presseerklärung von *buko* und *iz3w* drucken wir ab, weil sie – auch im Rückblick auf die Aktionen in Köln – die Radikalität der Proteste unterstreicht und die Begrenztheit einer bloßen Kritik des Neoliberalismus oder der WTO betont. Sie hebt sich damit deutlich von Stellungnahmen anderer linker Vereine ab, die schon aufgrund ihrer eigenen Integration in die Institutionen der demokratischen Gewaltherrschaft an einem Bündnis zur Reform des Staats und der Finanzmärkte basteln wollen.[3] Seattle hat deutlich gemacht, daß zwischen dem Handeln der immer etablierteren Staatslinken und dem Kampf um Befreiung Welten liegen. ■

---

[1] Dies wird genauer von Michel Chossudovsky in seinem vor dem Gipfel verfaßten Text »Seattle and beyond: disarming the new world order« beschrieben. Der Text ist auch bezüglich der WTO informativ, endet aber wie bei den Kritikern des Neoliberalismus üblich mit dem Aufruf zur Rettung des Sozialstaats und der Demokratie vor den Mächten des globalen Finanzkapitals.

[2] Es gehört zu den Meilensteinen theoretischer Degeneration, daß ausgerechnet dieser, vom Militärexperten und Berater der US-Regierung Eward N. Luttwak geprägte Ausdruck als Kritikersatz in der Linken so beliebt ist. Luttwak's Programm ist es, den guten alten Kapitalismus mit intakter Kleinfamilie, gesunder Marktwirtschaft und ordentlicher Ausbeutung vor dem »Turbo« zu retten.

[3] So empört sich ein Artikel in der SoZ (Zeitung der VSP) vom 20.1.00 über die zu »pauschale« Kritik der Presseerklärung von buko/iz3w an den Nationalstaaten und sieht im »Dialog« von NGOs mit der WTO interessante Ansatzpunkte zum politischen Eingreifen. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos verkündeten die Veranstalter stolz, sie hätten einige NGOs für den Dialog gewinnen können, um so die Proteste auf der Straße zu schwächen.

Zur Verteidigung der Rebellen von Seattle

(oder: Pflege seines inneren Anarchisten)

***Cruz Muro** (ein libertärer Latino aus dem Südwesten der USA, der heute in New York City lebt), 9. Dezember 1999*

»Ein unerfreulicher Nachmittag«

Ein paar von uns aus New York fuhren nach Seattle, um sich an den Protesten gegen das Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) zu beteiligen. Ich selber machte in diesen Tagen eine Veränderung durch. In den vier Tagen, die wir dort waren, lebten wir praktisch auf der Straße. Wir marschierten in friedlichen Demonstrationen, beteiligten uns an Informationsveranstaltungen, wurden von Anti-Riot-Einheiten mit Tränengas angegriffen und gejagt, und liefen Gefahr, festgenommen zu werden oder Gummigeschosse, Schlagstöcke und Pfefferspray abzubekommen. Gegen Mittag des 30. Novembers, des ersten Tags des WTO-Treffens, wurde klar, daß es der Polizei mit den Festnahmen vor allem darum ging, die Leute mit Gewalt und unter Einsatz von Waffen auseinanderzutreiben. An diesem Abend wurde der Notstand ausgerufen, wozu eine Ausgangssperre ab 19 Uhr gehörte. Bei Einbruch der Nacht rückten Soldaten der Nationalgarde in Arbeitskleidung an. Bilder von den Straßenaktionen in dieser Nacht und an den folgenden Tagen werden die meisten aus den Medien kennen.

Die Zerstörungsaktionen von schwarzgekleideten Jugendlichen, die in dem 15 bis 20 Block großen Gebiet in der Innenstadt Geschäfte demolierten, wurden allgemein verurteilt. Die WTO, Geschäftsleute, Regierungsvertreter sowie das Fernsehen und die Zeitungen, von der Seattle Times und dem Seattle Post-Intelligencer bis zu überregionalen Tageszeitungen wie der New York Times und dem Wall Street Journal, sie alle verdammten die Rioter und beschrieben sie als Kriminelle, Hooligans und Diebe.

Progressive Aktivisten – Pfarrer, Umweltschützer, Gewerkschafter – stimmten in einen ähnlichen Chor ein. »Auf keinen Fall unterstützen wir Gewalt und Zerstörung von Eigentum«, sagte Naomi Walker, eine Sprecherin des AFL-CIO-Chefs John Sweeney. Carl Pope, der Geschäftsführer des *Sierra Club* erklärte: *»Wir bedauern die Gewalt, die im Zentrum von Seattle verübt wurde. Sie verdrängt die eigentliche Sache der 50 000 Menschen, die zusammenkamen, um Respekt vor den ArbeiterInnen und vor der Umwelt zu verlangen. Unser Anliegen wird von der Gewalt überschattet. Das Anliegen von tausenden friedlichen Demonstranten darf nicht von ein paar Anarchisten an den Rand gedrängt werden.«*

Andere waren über die »Gewalt« gegen das Eigentum noch empörter. Medea Benjamin, eine Anführerin von *Global Exchange*, einer Gruppe aus San Francisco, erklärte: *»Wir schützen hier Nike, McDonald's, Gap und ich frage mich die ganze Zeit, ›Wo bleibt die Polizei?‹. Diese Anarchisten hätte man festnehmen sollen«* (New York Times, 2.12.99). Mike Dolan von Ralph Naders *Public Citizen* schloß sich dem an: *»Diese gewaltfreien direkten Aktionen wurden schon frühzeitig von kleinen Banden von Vandalen gestört und kaputt gemacht, die einige Zeitungskästen umschmissen und anscheinend im Zentrum ein paar Scheiben einschlugen. Der Polizei gelang es nicht, diese wenigen asozialen Individuen zu identifizieren und festzunehmen. Warum hat die Polizei die Randalierer nicht frühzeitig ausgemacht und festgenommen? Wenn sie es getan hätte, wäre uns dieser unerfreuliche Nachmittag und mir persönlich schwerwiegende Unannehmlichkeiten erspart geblieben. Wir sind nicht hierhingekommen, um Seattle zu demolieren, sondern um zu zeigen, was für einen demolierten Ruf die WTO hat«* (World Trade Observer, 1.12.99). Seit diesen Tagen hat es weitere Beschuldigungen und Spekulationen gegeben, z.B. ob die Anarchisten Provokateure der Regierung waren.

Will denn niemand die Anarchisten verteidigen? Waren ihre Aktionen so verwerflich und asozial, wie ihre Kritiker behaupten? Oder sind diese jungen Rebellen unsere Brüder und Schwestern, keine Saboteure der Bewegung, sondern Leute mit einem revolutionären Geist, die wir dafür umarmen sollten, daß sie den Willen hatten, die berechtigte Wut und Ablehnung gegenüber einer gesellschaftlichen Ordnung auszudrücken, die auf Habsucht, systematischer Gewalt und der Unterdrückung der Mehrheit der Menschen auf der Welt beruht?

Akteure und Symbole

> *»Massenhafter gesellschaftlicher Ungehorsam als neue Stufe des Kampfes kann die tiefverwurzelte Wut des Ghettos in eine konstruktive und kreative Kraft verwandeln. Das Funktionieren einer Stadt zu stören, ohne sie dabei zu zerstören, kann wirkungsvoller sein als ein Riot, weil dies langfristig teurer für die gesamte Gesellschaft wird, ohne sie mutwillig zu zerstören. Außerdem handelt es sich um eine Aktionsform, bei der es für die Regierung schwieriger ist, sie mit ihrer überlegenen Gewalt niederzuschlagen.«* (Martin Luther King, Where Do we Go from here?, S. 21)

Die Proteste in Seattle wurden von drei größeren Gruppierungen und deren Aktionen getragen, wobei sich die Handlungsfelder und Ereignisse überlagerten.

Da war erstens die riesige Koalition aus gewerkschaftlichen Aktivisten, Friedensbewegten, Umweltschützern und Leuten aus dem kirchlichen und religiösen Spektrum. Diese Gruppen bildeten den Großteil der Protestierer, vor allem am Tag der gewerkschaftlich abgesegneten Großdemo, bei der über 30 000 Leute vom

Seattle Center in die Nähe des Tagungsorts der WTO in der Innenstadt marschierten. In den Reihen der Gewerkschaften fielen vor allem die International Longshore Workers [Hafenarbeitergewerkschaft], die Service Employees Industrial Union und die Stahlarbeitergewerkschaft auf.

Zweitens gab es das Direct Action Network (DAN) mit sehr viel weniger Leuten, eine größtenteils jugendliche Menge. Aber sie hatten sich zum Ziel gesetzt, über den symbolischen Protest hinauszugehen und die Arbeit der Staatsmänner durch gewaltfreie Blockaden lahmzulegen, d.h. sie wollten die WTO in die Zange nehmen.

Und schließlich war da der kleine Kern von Anarchisten, angeblich aus Oregon [grenzt südlich an den Bundesstaat Washington, in dem Seattle liegt], die die heilige Kuh der Amerikanischen Geschäftswelt angreifen wollten.

In der heutigen Zeit kann keine Gruppe von Bürgern wirklich unmittelbaren Einfluß auf die Entscheidungen der Mächtigen nehmen, und daher ist fast jede politische Bewegungen auf einen gewissen Grad von Symbolismus angewiesen, um ihren Protest auszudrücken. Die Reichen und Mächtigen halten die Zügel, während wir Zeugnis ablegen und Jeremiaden anstimmen.

Aber während eine große Gruppierung in Seattle für den Symbolismus des moralischen Protests, des Dissens' und der politischen Mißbilligung waren (Gewerkschaften, Kirchen, fairer Handel, Ökos) und andere für den Symbolismus, der darin besteht, die ministeriellen Übeltäter durch gewaltfreien bürgerlichen Ungehorsam tatsächlich zu behindern (wenn auch nur für einen Tag), so waren die Anarchisten für den Symbolismus des unmittelbaren Angriffs auf den Kapitalismus, auf die Ökonomie, die auf dem Profitmachen beruht und von multinationalen Firmen betrieben wird.

Sie riefen zu einer gegenkulturellen Wende auf, zu einer radikalen Veränderung unserer gesamten Lebensweise. Sie versuchten dies teilweise durch die Zerstörung der Symbole der Unterdrückung, der Firmenlogos. Ihre Parole ist die Direkte Aktion statt lediglich symbolischer Gesten der Ablehnung. Ihre Rhetorik nimmt gewissermaßen die Gesellschaft vorweg, die der Titel des letzten Buchs von David Korten anspricht: *»Die Welt nach der Firma: das Leben nach dem Kapitalismus«* [»The Post-Corporate world: Life After Capitalism«].

Daher gingen engagierte Anarchisten in Bezugsgruppen auf die Einkaufshäuser los, auf Nike Town, die Radisson, Sheraton, Starbucks, Gap, FAO Schwarz-Barbie Center, McDonalds – auf die Plätze, an denen Waren ausgestellt und verkauft werden, auf die Orte, wo wir alle an der Konsumkultur teilnehmen (leider liegt das Gelände von Microsoft weit weg auf der anderen Seite des Washington-Sees).

Ich werde mich noch lange daran erinnern, wie ich an einem regnerischen Nachmittag im Dezember in die Innenstadt von Seattle kam, in der Nähe des Pike

Place Market, und von der Polizei mit Tränengas eingedeckt und gejagt wurde, kurz nachdem man uns den Riot Act vorgelesen hatten. Es war furchtbar und schrecklich, aber doch erfrischend. Es war ein Augenblick, in dem normale Leute die Straße erobert hatten und sich für Stunden den öffentlichen Raum wieder aneigneten. Normalerweise wird der größte Teil des städtischen Raums von geschäftlichen Interessen oder dem Staat beherrscht. Aber in Seattle war er für ein paar Tage umkämpftes Terrain, res publica (die Sache des Volkes). Dank des Direct Action Networks und der Anarchisten existierte die Demokratie auf der Straße.

Waren die Anarchisten in Seattle ultra-extremistische Abenteurer, die den Erfolg der Anti-WTO-Proteste gefährdeten, oder waren sie Propheten? Es ist schon richtig, daß ihre Aktionen die Rahmenbedingungen der Anti-WTO-Woche in Seattle bestimmten.

Die auf Frieden, Gerechtigkeit und Religion beruhenden Bewegungen haben jahrelang Erklärungen herausgegeben, die soziale Gerechtigkeit fordern und Materialismus und Habsucht verurteilen; Aufrufe gegen die Einsamkeit in der Konsumgesellschaft und für gerechte menschliche Verhältnisse. Dies sind prophetische Ansprüche. Es ließe sich sagen, daß sich die säkularen Anarchisten diese Aufrufe zu Herzen nahmen, als sie die Orte des Konsums und des entfremdeten Lebens im buchstäblichen Sinne angriffen und unmittelbar gegen die Warenkultur vorgingen. Ironischerweise waren es ihre Praxis und ihre Aktionen, die den Konsumismus, den Materialismus, die Höherbewertung von Dingen über den Menschen, den Marktplatz als Gott mit verachtendem Spott überzogen. Es ist aufschlußreich, daß fast alle anderen die Angriffe auf das Eigentum verleugneten, wobei einige sogar den Staat aufforderten, die rebellischen Jugendlichen festzunehmen. Das läßt vermuten, daß es einen Konsens oder eine Vereinbarung über die Heiligkeit von Firmeneigentum gibt (einige Kritiker der Rebellen gingen soweit, eigenhändig die Graffitis von den Geschäften zu entfernen).

Die Anarchisten gingen über den Ruf nach einer Reform des Kapitalismus im Stil von Bill Clinton hinaus. Indem sie als Maximalisten handelten, griffen sie symbolisch nach einer totalen und nicht nur teilweisen Veränderung. Der gegen die Firmen gerichtete Symbolismus malt eine Zukunft aus, die viele von uns wollen: eine ohne weitere Ausbeutung in der südlichen wie der nördlichen Hemisphäre, ohne konzentrierte ökonomische Macht, ohne Geschäftsführer und Bosse, ohne Klassen und Lohnsklaverei und im Einklang mit der Umwelt. Ihre Kritik richtet sich nicht nur gegen die WTO oder die an der Macht befindlichen Regierungen, sondern gegen das gesamte System des Marktes und des Profitmachens.

Für viele von uns war ihr Symbolismus ansprechender als der »legitime« Protest. Ihre Phantasie war großartiger, als irgendeine Firma zu reformieren oder die Verhandlungen einer schlechten Institution zu blockieren. Jung, kühn, mutig,

rein, fast schön in ihrer unheilvoll schwarzen Kluft, machte die anarchistische Jugend ihr Spiel, ohne von uns übrigen Hilfe oder auch nur Solidarität zu erbitten (im Gegenteil, sie werden im allgemeinen verurteilt).

Sie weckten wieder Erinnerungen an den Geist der Rebellion von Watts 1965, den Feuern in Detroit 1967, Paris und Chicago 1968, South Central Los Angeles 1992 – und natürlich auch an die weitverbreitete Ablehnung, auf die diese früheren Straßenaktionen gestoßen waren.

Die Anarchisten von Seattle werfen für Pazifisten gewisse Fragen auf, die sich so formulieren lassen: Als die Bürgerrechtsbewegung im Kampf gegen die Segregation das Jim-Crow-Gesetz verletzte, das von vielen Südstaatlern verehrt und heiß geliebt wurde, waren sie da asozial? Als Gegner des Vietnam-Kriegs Blut über Regierungsdokumente wie z.B. Personalakten gossen oder Einberufungsbefehle verbrannten, waren das gewaltsame Aktionen? Wenn Friedensbewegte mit dem Hammer auf den Sprengkopf einer Atomrakete losgehen, handelt es sich dabei um Vandalismus oder Diebstahl? Sollen wir die Zerstörung eines Ladens von Firmen wie Starbucks, Nike, Gap usw. verurteilen? Wenn wir die Festnahme von antiautoritären Jugendlichen fordern, unterstützen wir dann nicht indirekt eine ungerechte internationale Wirtschaftsordnung, die auf Superausbeutung im Ausland und auf Ausbeutung im eigenen Land beruht?

»Methoden und Motivationen«

Die Atmosphäre in den etablierten Friedenskirchen in der Innenstadt von Seattle und die am Treffpunkt des Direct Action Networks am Capitol Hill bildeten einen auffälligen Kontrast: hier die »verantwortlichen, pragmatischen« Stimmen von Menschen mittleren Alters aus der Mittelklasse (Gewerkschafter, Kirchenleute, Friedensbewegte, Umweltschützer usw.), dort anarchische (selbstbestimmte, autonome) Gruppen von Jugendlichen, die sich den WTO-Verhandlungen, dem Privateigentum und den gesellschaftlichen Regeln (auf denen die ungerechte Ordnung beruht) entgegenstellten.

Es gehört zu den Verdiensten des Direct Action Network, daß es mit einer geschickten Taktik den üblichen Gang der Dinge unterbrach, indem es die offiziell anerkannte Etikette routinemäßiger Proteste durchbrach, diese auf Sicherheit ausgelegte Choreographie des arrangierten oder vorher abgestimmten Protests mit Erlaubnis der Herrschenden. Die Aktionen waren erfrischend und belebend, weil sie die normale Art von Demos unterliefen, bei denen oft alles vorher mit dem Polizeichef abgestimmt ist – bis hin zur letzten Busladung von Festgenommenen.

Wie unangemessen die überwiegend pazifistischen Reaktionen auf die Brutalität der Polizei waren, wurde durch eine besonders enttäuschende Szene verdeutlicht, die am Mittwochmorgen, am Tag nach den heftigen Straßenkämpfen, auf der Seneca und der Fünften Straße zu sehen war: eine stille religiöse Prozession, die

genau gegenüber der Phalanx der Polizei Halt machte – ergeben, ja unterwürfig. Vielleicht ist das alles, was wir in solchen Momenten tun können, und doch könnten vielleicht diejenigen von uns, die mehr ins System eingebunden sind, die »institutioneller« sind, trotzdem die Aktionen der Jugendlichen unterstützen, die gegen die Grundwerte dieses Systems vorgehen wollen. Mag sein, daß uns unsere organisatorische Verstrickung in Sachen wie Gemeinnützigkeit, Aktienbesitz, Lebensversicherungen, Hypotheken, interne hierarchische Strukturen usw. davon abhält, selber im Namen der Gerechtigkeit aktiv zu werden; aber es muß uns nicht notwendig dazu zwingen, denjenigen unsere Unterstützung zu verweigern, die zum militanteren Kampf bereit sind.

Letztlich gehörten die Demonstrationen weder ausschließlich den Friedensbewegten, den Umweltschützern, den Gewerkschaftern, den Religiösen **oder** den Anarchisten – niemand hat ein Copyright oder ein Monopol auf die Straße. In Seattle waren eine Menge Organisationen anwesend, aber es gab kaum eine zentrale Dirigierung oder vorprogrammierte Rituale. Da, wo es zu Protesten kam, stand nicht schon vorher fest, wie es ausgehen würde. *Public Citizen* hatte dazu aufgerufen, nach Seattle zu kommen, um gegen die WTO zu protestieren. Aber was den öffentlichen Raum tatsächlich aufmachte, war die Masse der Leute, die spontan und auf eigene Faust handelten. An einigen Punkten schien es so, als gäbe es überhaupt keine offiziellen Anführer, sondern nur Menschenmengen.

> *»In letzter Instanz gibt es nur drei Wege, um gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen: durch Überzeugung der Männer, die im existierenden System die Macht haben; durch einen konspirativen Staatsstreich oder durch die offene Mobilisierung der Menschen gegen die herrschende Ordnung. Der erste Weg ist die Technik der Liberalen, der zweite einer Art von Anarchisten, der Dritte der meisten anderen Radikalen.«* (Sidney Lens: Radicalism in America)

Und an die Anarchisten gerichtet: Sind Riots alles, was ihr könnt? Ist das eure einzige Taktik und Methode? Seid ihr ein Zirkuspferd, das nur ein Kunststück drauf hat?

In der Nacht, als die Starbucks in der Stewart Streets eingeschmissen wurden, hörte ich unter tausenden von Argumenten eines heraus. Eine Zimmerfrau, die noch ihren Schutzhelm und ihre Arbeitsstiefel trug, verurteilte das Einschlagen der Geschäfte. »Den Laden da hab vielleicht ich gebaut! Alles in Seattle ist von den ArbeiterInnen gebaut worden!«

Seattle ist so gewerkschaftlich, wie eine Stadt nur sein kann. 1919 traten etwa 60 000 ArbeiterInnen in einen Generalstreik für Arbeiterrechte, der alles zum Erliegen brachte. Es war der Ort großer Kämpfe mit der Firma Boeing. In der

Zukunft, falls die Bewegung sich weiterentwickeln und anwachsen kann, wird der mächtige Arm der organisierten Arbeiterbewegung nötig sein, um eine wirkliche Revolution gegen das Firmenkapital zustande zu kriegen – nicht nur die Straßenaktionen einer minderheitlichen Strömung innerhalb einer minderheitlichen Gegenkultur. Die Frage ist, wie dieses Verhältnis verändert werden kann.

Könnt ihr Anarchisten des spanischen Typs sein, die Nationale Konföderation der Arbeiter von Katalonien, oder die Industrial Workers of the World (IWW) von Amerika, die ihre Basis unter den Lohnarbeitern hatten? (»Den Arbeitern das, was sie schaffen – Schafft die Lohnsklaverei ab!«, diese IWW-Parole war auf der großen Demonstration zu sehen.) Ihr müßt Eure Aktionen besser erklären, und warum ihr so handelt.

Die Herausforderung für die Anarchisten (und für uns alle) ist es, Euer Anliegen den normalen Leuten verständlich zu machen. Wenn ihr nicht den Dialog mit anderen führt und keinen oder nur geringen Kontakt zu normalen ArbeiterInnen habt, dann werdet ihr nur hilflos auf die Mauern unseres gemeinsamen Gefängnisses einschlagen.

Und schließlich: die Rasse spielt eine Rolle. Die Kräfte des Direct Action Networks und der Anarchisten waren fast alle weiß, wie die übrigen Demonstranten in Seattle. Für mich ist klar, daß es Tote gegeben hätte, wenn die Beteiligten an der Schlacht in Seattle Tortilla-, Reis- oder Bohnenesser oder afrikanischer Abstammung gewesen wären. Es ist gibt eine Fülle von historischen Beispielen dafür, wie tödlich es für farbige Menschen ist, wenn sie in großen Gruppen auf eigene Faust handeln. Weiße Hautfarbe ist immer noch ein Privileg.

Trotzdem war es für mich als farbigem Mann aus der Arbeiterklasse eine Ehre, in diesen verregneten Tagen in Seattle an der Seite von tapferen idealistischen Rebellen zu stehen, die die Bedeutung dieser Versammlung internationaler Staatsmänner begriffen hatten, bei der es um die ökonomische Zukunft für Dich und mich ging. Die Schlacht von Seattle war eine großartige Weise, um dieses Jahr und dieses Jahrhundert zu beenden, dieses Jahrtausend abzuschließen: sie verkörpert eine klare Hoffnung für die Zukunft. ■

Seattle: Der erste Riot gegen die »Globalisierung« in den USA?

Loren Goldner, 13. Januar 2000

Zwischen 1970 und 1973 verschwand in den USA die Massenpolitik von den Straßen. In der Rückschau ist klar, daß die Zeit von 1964 bis 1970 keine »vorrevolutionäre Situation« war. Aber allen, die diese Zeit als Aktivisten erlebt haben, muß nachgesehen werden, daß sie das dachten. Einige aus den Kreisen der Herrschenden teilten diese Fehleinschätzung. Die Aufstände der Schwarzen in den Städten von 1964 bis 1968, die Rebellion der Arbeiterklasse mit ihren wilden Streiks (oft angeführt von schwarzen Arbeitern) von 1966 bis 1973, der Zusammenbruch des US-amerikanischen Militärs in Indochina, die Revolte der »Studenten« und der »Jugendlichen« und die Entwicklung der militanten Frauen-, Schwulen- und Ökologie-Bewegungen waren alle Anzeichen für ein tiefgreifendes gesellschaftliches Erdbeben. Selbst dreißig Jahre nach ihrem Ende hängen die »Sechziger Jahre« immer noch über der amerikanischen Gesellschaft wie der Rauch nach einer Feuerbrunst – sowohl für die Linken wie für die Rechten.

Die »Ölkrise« und die Weltwirtschaftskrise von 1973 bis 1975 beendeten diese Ära, und seitdem ist die revolutionäre Bewegung in den USA und überall auf der Welt zurückgegangen und umgruppiert worden. Wenn es den Anschein hat, daß diese Ebbe in den USA umfassender war als in Europa, so liegt dies nur daran, daß das US-amerikanische Kapital die Speerspitze bei der Demontage des alten keynesianischen »Gesellschaftsvertrags« darstellt, während sich Europa noch auf halbem Weg dahin befindet. Das Abebben der offenen Kämpfe in den USA, das nur kurzzeitig durch die Aktionen gegen den Golfkrieg 1990/91 oder die Riots in Los Angeles 1992 unterbrochen, aber nicht umgekehrt wurde, ist der Ausdruck einer ungeheuren »Neuzusammensetzung« der Klassenlinien im Rahmen einer weltweiten Umstrukturierung des Kapitals. Viele der früher erfolgreichen Kampfformen, vor allem die wilden Streiks, sind nahezu verschwunden. Die Bewegungen der sechziger Jahre waren gefühlsmäßig internationalistisch, aber in der Praxis kamen sie kaum über den nationalen Rahmen hinaus. Auch wenn man sich spitzfindig über die Realität der »Globalisierung« herumstreiten kann, so ist doch seit langer Zeit klar (selbst für bekennende Reformisten), daß eine sinnvolle Strategie von Anfang an international – oder besser »transnational« – sein muß, um irgendetwas nennenswertes zu erreichen. Dies gilt selbst für die tagtäglichen Konflikte. Der Spruch »Denke global, handle lokal« mag zwar wie eine Lösung klingen, aber

seine praktischen Konsequenzen laufen normalerweise darauf hinaus, die Liegestühle auf dem Deck der Titanic neu anzuordnen.

In den 20er Jahren mögen einige amerikanische und chinesische ArbeiterInnen ein radikaleres Bewußtsein als heute gehabt haben. Vielleicht waren sie rhetorisch sogar internationalistischer als heute. Aber die heute existierenden Bedingungen zwingen sie ganz praktisch dazu, den Internationalismus auf eine Art und Weise konkret werden zu lassen, die in den 20er Jahren undenkbar war. Die Notwendigkeit einer globalen Strategie ist vielen seit langem klar, aber es war extrem schwierig, sie praktisch umzusetzen. Hiesige Reformisten wie das Institute for Policy Studies arbeiten mit Unterstützung von ein paar Kapitalisten hart daran, so etwas wie einen »globalen Keynesianismus« und einen »globalen Sozialstaat« zu entwickeln. Sie müssen nur noch das kleine Problem lösen, daß es da einen »abgetrennten bewaffneten Apparat« gibt, den souveränen Nationalstaat, der nicht gerade verschwunden ist. Währenddessen hat die »zentristische« Clinton-Regierung seit 1993 die NAFTA, die WTO, das ASEAN-Abkommen und den Abbau des Sozialstaats durchgesetzt, eine Serie von Angriffen auf die arbeitenden Menschen in Amerika, die auf den Widerstand der Straße gestoßen wären, wenn die »Rechten« sie durchgeführt hätten. Damit ist all das herbeigeführt worden, was die Globalisierer immer verlangt hatten.

Die ArbeiterInnen in den USA haben auf diese Situation in widersprüchlicher Weise reagiert. Lange Zeit gab es starke protektionistische Meinungen unter den amerikanischen ArbeiterInnen: »Kauft amerikanisch«, »Rettet amerikanische Jobs«, »Park Deinen Toyota in Tokyo«. Die Unterstützung für die Gesetzgebung gegen Einwanderer, gelegentliche Gewalt gegen Asiaten, die abscheuliche Propaganda der Teamsters [Transportarbeitergewerkschaft] gegen Mexikaner, die Anti-Dumping-Kampagne der Stahlarbeitergewerkschaft oder die Wählerbasis in der Arbeiterklasse für Buchanans »Festung Amerika« – das alles sind häßliche Beispiele dafür. Letztlich liegt all dem die Haltung zugrunde: entlaßt jemand anderen, oder: stell niemand anderen ein, rette meinen Job, ganz zu schweigen von einer gehörigen Dosis Rassismus gegen Asiaten und Latinos. Viele ArbeiterInnen haben sich zum Mitgefühl mit ihren, durch Importe unter Druck gesetzten Unternehmern hinreißen lassen und daher enorme Zugeständnisse hingenommen. Auf der anderen Seite haben traditionelle Gewerkschaften wie die UAW (Automobilarbeitergewerkschaft) oder aufrechte reformistische Oppositionsgruppen wie die Labor Notes ernsthafte Versuche unternommen (meistens entlang industrieller Sektoren), um Verbindungen zu ArbeiterInnen in Mexiko, Asien oder Europa aufzubauen, aber eng begrenzt auf den Rahmen einer Gewerkschaft und oft auch nur einer Firma. Es gab einige koordinierte Aktionen im Automobilsektor zwischen den USA und Mexiko oder die Bridgestone-Firestone-Kampagne von ArbeiterInnen in den USA und in Japan. Aber alle diese Aktionen standen ausschließlich unter der Kontrolle einiger Fraktionen von Gewerkschaftsbürokraten – ob mit oder ohne

Amt –, und sind nur Ausdruck der Ausweitung eines branchenbezogenen Gewerkschaftsreformismus im Weltmaßstab.

Es gibt heute in den USA, auch bei einigen ArbeiterInnen (was in der Kampagne gegen die NAFTA oder gegen die »fast track«-Gesetzgebung[1] von 1995 sichtbar wurde), erste Anzeichen für die Suche nach einer *anderen Art von Internationalismus* als demjenigen, der entweder von der globalistischen herrschenden Klasse oder den zögerlichen Aktionen der offiziellen Gewerkschafter geboten wird, die den Rahmen des Kapitalismus unhinterfragt akzeptieren. Wenn die Weltwirtschaft zu einem »Negativsummenspiel« für die Arbeiter geworden ist, zu einem »Wettlauf nach unten« – und das scheint der Fall zu sein –, dann würde eine »andere Art von Internationalismus« die Schaffung eines »Positivsummenspiels« bedeuten, bei dem die ArbeiterInnen ganz konkret als *Klasse für sich* für ihre eigenen Interessen kämpfen können, auf eine Art, die implizit oder sogar explizit die praktische Einheit der arbeitenden Menschen in den USA und in China, in Japan und in Bangladesh, in Italien und Albanien ausdrückt. Weil die Gesellschaft genauso wie die Natur das Vakuum nicht ertragen kann, würden beim Fehlen einer solchen Perspektive die Protektionisten und/oder die antiprotektionistischen internationalistischen Reformisten hineinströmen und dazu beitragen, die Karten in einer gegen die Arbeiterklasse gerichteten Weise neu zu mischen.

Von einem revolutionären Standpunkt aus ist es einfach, die Ereignisse in Seattle mit Skepsis zu betrachten. Die große Masse der amerikanischen TeilnehmerInnen an den Protesten waren weiß, sowohl bei den Gewerkschaftsblocks wie bei den Gruppen der Direkten Aktion – und das in einem Land, in dem heute farbige Menschen dreißig Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die Parole »Fairer Handel statt Freihandel« kann zu Recht als eine nur dürftig getarnte Variante von Protektionismus betrachtet werden – und es gibt viele, denen es bei dieser Parole nur darum geht. Die vorherrschende Betroffenheit der Demonstranten wurde von der ganz realen Aussicht bestimmt, daß kleine Gruppen von Vertretern transnationaler Konzerne sich über nationale Gesetze und Vereinbarungen zu Arbeit und Umwelt hinwegsetzen und sie über den Haufen werfen könnten. Aber damit war für einige sofort die Idee verbunden, daß auch chinesische Bürokraten die Macht dazu hätten. Stahlarbeiter kippten ausländischen Stahl in den Hafen und andere veranstalteten eine »Seattle Tea Party« gegen ausländische Importe, wobei China das Hauptan-

---

[1] 1995 wurde im US-Kongreß der Entwurf eines Gesetzes debattiert, das den Präsidenten mit weiteren Vollmachten beim Abschluß von internationalen Abkommen ausgestattet hätte. So hätte mit diesem Gesetz z.B. der Präsident ohne das Votum des Kongresses NAFTA beschließen können. Um dieses Gesetz zu verhindern, übten die Gewerkschaften Druck auf die Abgeordneten der Demokraten aus, so daß es schließlich vom Kongreß abgelehnt wurde. Dies war das erste Mal, daß es in den USA zu einer mehrheitlichen Opposition gegen die Ziele der Globalisierung kam. (L.G.).

griffsziel darstellte. Kaum jemand fragte mit derselben Lautstärke nach den negativen Auswirkungen des WTO-Beitritts auf die *chinesischen* ArbeiterInnen, die aus naheliegenden Gründen in Seattle nicht dabeisein konnten.

Im ganzen Verlauf behielt die Gewerkschaftsbürokratie die volle Kontrolle über die teilnehmenden ArbeiterInnen (es war ihr fester und erfolgreicher Plan, nichts außer einer friedlichen, disziplinierten und harmlosen Demonstration durchzuführen, unabhängig von, wenn nicht sogar gleichgültig gegenüber den »Verrückten« von den Direkte-Aktion-Gruppen). Wenn überhaupt so waren es nur wenige ArbeiterInnen, die diese Kontrolle infrage stellten. Die Feindseligkeit der von Sweeny angeführten AFL-CIO gegenüber der WTO beruhte auf dem Gefühl des »Verrats« bei der vor kurzem abgeschlossenen Vereinbarung zwischen den USA und China über die Aufnahme Chinas in die WTO. Das Scheitern von Seattle bewahrte die Demokraten davor, sich in einem Wahljahr hart für den Eintritt von China einsetzen zu müssen, während sich sowohl die Stahlarbeitergewerkschaft wie die Teamsters klar für die protektionistische Option ausgesprochen haben. Die freundlichen Worte von Clinton über das Recht zu demonstrieren müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden, vor allem nachdem bekannt geworden ist, daß einflußreiche Kräfte an der Spitze eine harte Repression verlangten, als die Polizei am ersten Tag die Kontrolle verloren hatte, und daß Aufklärungseinheiten der US-Armee in der Verkleidung von Demonstranten überall zugegen waren, mit versteckten Kameras im Kragen und dem ganzen neuen Gerät des technokratischen Überwachungsstaats, den die »New Economy« des Computerzeitalters zu bieten hat. Im Gebiet von Boston, wo ich lebe, sind viele »Nach-Seattle«-Treffen von einer noch offener protektionistischen Haltung geprägt, mit so widerlichen Parolen wie: »Kein einziger amerikanischer Job mehr nach Mexiko«. Ich denke nicht, daß dies eine Ausnahme ist.

Aber trotz all dieser Momente eines »ungleichen«, beschränkten oder einfach reaktionären (»buchananistischen«) Bewußtseins, die die Aktionen von Seattle enthalten haben mögen, müssen wir Seattle als einen Durchbruch charakterisieren. Die Tatsache, daß die Behörden ganz offensichtlich nicht auf die Ereignisse vorbereitet waren, schuf eine einmalige Situation, die sich nicht wiederholen läßt (es wird nie wieder irgendwo eine internationale Handelskonferenz mit einer so geringen Vorbereitung auf massive Repression geben). Dies machte genau das Moment des Unbekannten und Unvorhergesehenen möglich, das für Situationen kennzeichnend ist, in denen für einen Moment jegliche manipulative Kontrolle – ob durch den Staat oder die Gewerkschaften oder die »Linke« – versagt, in denen für einen Moment die Macht »auf der Straße« liegt. Seattle hat innerhalb von 24 Stunden die über zwanzigjährige Einmütigkeit in der tolerierten »öffentlichen Diskussion« über internationale Wirtschaftsfragen zerrissen. Millionen Menschen, die noch nie von der WTO gehört hatten, erfuhren, was sie ist und was sie tut – auf eine gründlichere Weise als durch jahrzehntelange friedliche Opposition und

Geschnatter der Forschungsinstitute. Selbst vom Protektionismus überzeugte amerikanische ArbeiterInnen wurden auf den Straßen zusammengeworfen mit Aktivisten, darunter auch Arbeiteraktivisten, aus hundert Ländern. Sie wurden auf eine Art und Weise mit dem menschlichen Gesicht der Produzenten von »ausländischen Importen« konfrontiert, wie es nie zuvor in einem solchen Maße geschehen war, erst recht nicht in einer so offenen Situation (im Gegensatz zu langweiligen internationalen Gewerkschaftskonferenzen von Delegationen der Bürokratie). Teamsters, barbusige lesbische Amazonenkriegerinnen und Baum-Retter wurden zusammengebracht und sprachen miteinander, was es in diesem Umfang in den USA bisher nicht gegeben hatte. Die Ereignisse in Seattle schufen ein konkretes Angriffsziel für den Widerstand gegen anscheinend abstrakte Mächte, die ernsthafte Aktionen auf einem angemessenen Level bisher immer so schwierig gemacht hatten. Aus den Berichten von Leuten, die dort waren, und aus dem Material, das ich bekommen konnte, spricht ein authentischer Hauch einer spontanen Bewußtwerdung über die Macht des Kapitals und des Staats in der Hitze der Konfrontation, wie es sie seit den sechziger Jahren in den USA nicht mehr gegeben hat; ein authentischer Beleg durch die Massen in Bewegung für die Wahrheit der Feuerbachthesen, d.h. dafür, daß der klassische Materialismus »die sinnliche Aktivität nicht als gegenständlich begreift«. Die allermeisten Demonstranten in Seattle und besonders diejenigen aus den Gruppen der Direkten Aktion waren Ende der sechziger Jahre erst Kinder oder noch gar nicht geboren. Nie zuvor hatten sie irgendwo auf diese Weise ihre eigene Macht auf der Straße erfahren. Für die wenigen Aktivisten aus den 60er Jahren, die sich noch immer als Revolutionäre begreifen, aber davon abgestumpft sind, daß sie das alles schon mal durchgemacht haben, mag es banal klingen: zum ersten Mal Schlagstock und Tränengas abzubekommen, zum ersten Mal zu sehen, wie Polizisten auf Leute in der Arrestzelle eindreschen, eine erste konkrete Erfahrung davon, was die bürgerlichen »Rechte« bedeuten, wenn der Staat sie in einer Konfrontation mit Füßen tritt, das ist eine unumkehrbare Überschreitung einer Grenzlinie, eine unersetzbare Erfahrung von kollektiver Macht und von der Rolle derjenigen, deren Aufgabe es ist, sie zu unterdrücken. Die Menschen, die das durchgemacht haben, egal welches Bewußtsein und welche Absichten sie nach Seattle gebracht haben, können nie mehr dieselben sein.

Dieses kurze und flüchtige Gefühl, daß »es nie mehr so sein wird wie vorher«, das manche in Seattle und danach hatten, wird schnell wieder verschwinden (so wie nach den Riots in Los Angeles oder nach der Streikwelle in Frankreich im Dezember 1995), wenn es nicht eine Strategie für einen wirklichen Internationalismus gibt, einen Internationalismus, in dem sich die Kritik der Sklavenarbeit in China oder der Kinderarbeit in Indien mit einer praktischen Kritik z.B. der rasanten Ausbreitung von Schwitzbuden- und Gefängnisarbeit in den USA verbindet. Eine Perspektive, die die am meisten unterdrückten Schichten der Arbeiterklasse

und deren Verbündeten miteinschließt, bildet immer einen Schutz vor der Borniertheit, auch der militanten Borniertheit, die eine reformistische Neumischung der kapitalistischen Karten möglich macht, so wie es in den 30er und 40er Jahren der Fall war. Seitdem »1973« die Zeit der wirksamen wilden Streiks auf der Ebene einer Fabrik beendet hat, tastet sich die Arbeiterbewegung in den USA und in vielen anderen Ländern an ein neues konkretes Terrain heran, auf dem es etwas zu erkämpfen gibt, jenseits der endlosen verlorenen lokalen Kämpfe gegen Fabrikschließungen und Entlassungen oder regelrecht reaktionärer Kämpfe, deren Forderungen darauf hinauslaufen, das die Leute »woanders« entlassen werden sollen. Mit ihrer enorm gesteigerten globalen Mobilität sind die Kapitalisten der Weltarbeiterklasse zuvorgekommen, die über 25 Jahre verlorener und defensiver Kämpfe noch nicht überwunden hat. Wenn Seattle tatsächlich ein positiver Wendepunkt sein sollte, an dem sich die Geschichte endlich wendet, dann kann dies nur darin bestehen, daß dieses Terrain gefestigt und enorm ausgeweitet wird. ■

Seattle: Punktsieg für WTO-GegnerInnen!

Presseerklärung des BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) und des iz3w (informationszentrum 3.welt Freiburg) Donnerstag, 2. Dezember 1999

Die massiven Proteste gegen die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO in Seattle sind ein großer Erfolg der weltweiten Bewegung gegen die Freihandelspolitik. Sie verdeutlichen, dass ein konfrontatives Vorgehen gegen die Institutionen der kapitalistischen Globalisierung sinnvoll ist. Weder die Weltpresse noch die TeilnehmerInnen des WTO-Treffens konnten den Widerstand gegen die Freihandelspolitik übergehen. Damit unterscheiden sich die Proteste von Seattle positiv von den Aktionen anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Köln im Juni 1999, die sich mehrheitlich durch einen lobbyistischen Schmusekurs der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gegenüber den dort versammelten Regierungen auszeichneten. Die Erfahrungen von Seattle bestätigen, dass gepflegte Dialogrunden zwischen NGOs und den Regierungen ein wenig geeignetes und keinesfalls ausreichendes Mittel sind, um Sand ins Getriebe des globalen Kapitalismus zu streuen.

Vor diesem Hintergrund lehnt der BUKO die Spaltung der WTO-GegnerInnen in gute – weil friedliche – Demonstranten und böse – weil militante – AktivistIn-

nen ab. Gegenüber der ungeheuren Gewalt der von der WTO maßgeblich mitverantworteten Welt(un)ordnung, die für Milliarden von Menschen Ausbeutung, Marginalisierung und Umweltzerstörung bedeutet, sind ein paar zerschlagene Schaufensterscheiben kaum der Rede wert.

Die grundsätzlich positive Einschätzung der Aktionen in Seattle (und in anderen Orten wie z.B. London) heißt aber nicht, dass der BUKO mit allen dort erhobenen Forderungen einverstanden ist. Wir lehnen die von manchen FreihandelsgegnerInnen verwendeten nationalistischen Argumentationsmuster ab, die an der neoliberalen Globalisierung vor allem beklagen, dass sie die Souveränität der Nationalstaaten untergrabe. Ebenso hält der BUKO die in Seattle vorgetragene Forderung nach einem »wirklichen« Freihandel, der auch die Staaten der Dritten Welt an den vorgeblichen Segnungen des Weltmarktes teilhaben ließe, für problematisch. Denn sie unterstellt, dass Freihandel grundsätzlich geeignet ist, weltweiten Wohlstand zu ermöglichen. Tatsächlich aber zeigen alle Erfahrungen, dass die Liberalisierung der Märkte die weltweiten Ungleichheiten verstärkt.

Die Spaltung der Menschheit in reich und arm, in Nord und Süd sowie rassistische und patriarchale Unterdrückungsverhältnisse sind nach Ansicht des BUKO untrennbar mit der kapitalistischen Weltordnung verbunden und nicht bloß eine Folge ihrer derzeit dominanten neoliberalen Ausprägung. Daher halten wir die von vielen NGOs erhobene Forderung, die Staaten müssten den angeblich »ungezähmten« Kapitalismus wieder politisch regulieren, für zu kurz gegriffen. Nicht zuletzt die Geschichte der WTO demonstriert, dass die derzeitige Weltordnung nicht naturwüchsig entstand, sondern von interessierter Seite politisch hergestellt wurde. Die Nationalstaaten sind konstituiver Bestandteil dieser Weltordnung; als Wettbewerbsstaaten treiben sie die neoliberale Offensive aktiv voran.

Es wäre aber auch eine verkürzte Kapitalismuskritik, die WTO und ihre Repräsentanten zum Hort des Bösen auszurufen und allein für die Folgen der kapitalistischen Globalisierung verantwortlich zu machen. Das Prinzip selbst – die kapitalistische Vergesellschaftung – ist es, das im Mittelpunkt der Kritik stehen muss. Daher geht es an der Realität vorbei, die WTO nur als Ort der Verschwörung von mächtigen Staaten, hinter denen wiederum bloß deren große Konzerne stehen, zu interpretieren. Schließlich versuchen auch weniger bedeutsame Staaten, in den brutalen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt einzusteigen und sich über die WTO Zutritt zu bislang verschlossenen Märkten beispielsweise in der EU zu verschaffen.

Zweifellos ist die WTO der bedeutendste und dynamischste institutionelle Ausdruck des gegenwärtigen globalen Kapitalismus, der durch das Wechselspiel von Liberalisierung und (verstecktem) Protektionismus, von Konkurrenz und Konzentration geprägt ist. Die WTO ist das Terrain, auf dem der globale Standortkrieg mit zivilen Mitteln ausgetragen wird. Die WTO bestimmt dabei nicht »nur« über die Regeln des internationalen Handels, sondern beeinflusst durch ihre

umfassenden Regelungen das Süd-Nord-Verhältnis ebenso wie tarif- und gewerkschaftspolitische, ökologische und agrarpolitische Fragen.

Zweck der bevorstehenden Verhandlungsrunde der WTO ist es, die Regeln für das Welthandelssystem den neuen Bedingungen des globalisierten Kapitalismus anzugleichen. Obwohl die WTO klar für die Freihandelsdoktrin steht, versuchen alle Staaten und Staatengruppen, Liberalisierungen nur in jenen Produktions- und Dienstleistungssektoren zuzulassen, in denen sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Die besten Chancen in diesem manchmal offenen, manchmal versteckten »Spiel« von Druck und Zugeständnissen haben natürlich die großen Handelsmächte. Sie organisieren sich in verschiedenen exklusiven Gremien wie der EU oder der G7-Gruppe, um im Vorfeld der offiziellen Verhandlungen interne Konflikte auszuräumen und ihre Position zu stärken. Trotz aller teilweise konträren Interessenlagen und des innerkapitalistischen Konfliktpotentials wird es bei den WTO-Verhandlungen vermutlich zu Einigungen und Zugeständnissen kommen. Denn die globale Hegemonie des derzeitigen neoliberalen Typus von kapitalistischer Ökonomie und Vergesellschaftung ist bislang nahezu unangefochten. So wird wohl keine der verhandelnden Regierungen – die einem komplexen Wechselspiel von Zwang und Konsens unterliegen – aus dem WTO-System ausscheren, auch wenn sie ihre Partikularinteressen nicht voll verwirklichen kann.

Emanzipatorische Veränderungen lassen sich vor diesem Hintergrund nur durch die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, durch Druck von unten erreichen. Der in Seattle demonstrierte Willen von KleinbäuerInnen aus dem Süden, von Gewerkschaften oder radikalen UmweltschützerInnen, die Geschicke der Welthandelspolitik stärker in die eigene Hand zu nehmen, könnte ein erstes Anzeichen dafür sein, dass es die Profiteure der herrschenden Welt(un)ordnung künftig schwerer haben, ihre Interessen ungehindert durchzusetzen. ■

BUKO-Geschäftsstelle
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 040-39 31 56, bukohh@t-online.de

iz3w (informationszentrum 3. welt)
Postfach 5328, 79020 Freiburg, Tel. 0761-74003, info@iz3w.org

In seiner Rede »Zur Lage der Nation« vom 27.01.2000 sprach US-Präsident Bill Clinton davon, daß sich alle Amerikaner glücklich schätzen könnten, in dieser Zeit der Geschichte zu leben. Niemals zuvor habe es für die Nation so großen Wohlstand und sozialen Fortschritt bei derart wenigen inneren Krisen und Bedrohungen von außen gegeben. Die Amerikaner begännen das neue Jahrhundert mit der niedrigsten Arbeitslosenquote und dem stärksten Wirtschaftswachstum seit 30 Jahren. Alles scheint auf ein neues »goldenes Zeitalter« der amerikanischen Wirtschaft hinzudeuten.
Im folgenden Text sucht der amerikanische Wirtschaftsprofessor Fred Moseley nach Erklärungen für diesen »Boom« und betrachtet vor allem seine auffälligen Widersprüchlichkeiten, wie z.B. niedrige Inflationsraten bei extrem geringer Arbeitslosigkeit. Das Papier erschien im Sommer 1998 in *Capital & Class Nr. 67,* ist also nicht mehr ganz aktuell. In seiner Einschätzung erwartet er entgegen allen überschwenglichen Hoffnungen eine Rezession der US-Wirtschaft 1999 oder 2000. In einer aktuelleren Einschätzung meint er, diese Rezession könnte durchaus auch etwas – aber nicht viel – später einsetzen. Obwohl er (wie damals sicher viele – wir selbst eingeschlossen) die Dramatik der asiatischen Krise überschätzt zu haben scheint, macht Moseley wichtige Ausführungen zur Stabilität des amerikanischen »Booms«. Moseleys Einschätzungen zur Abhängigkeit der amerikanischen Wirtschaft von weiteren Kapitalimporten werden inzwischen auch von anderen Autoren unterstützt. Wenn Moseley Recht behält, könnte die Eingangs erwähnte Rede Clintons historisch neben der Rede des US-Präsidenten Hoover stehen, der 1928 – ein Jahr vor dem Zusammenbruch des US-Aktienmarktes und damit dem offenen Ausbruch der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. – noch verkündete: *»Wir haben gezeigt, daß unser System empfindlich genug reagiert, um jeder neuen und schwierigen Entwicklung in unserem wirtschaftlichen und geschäftlichen Leben zu begegnen ... Wir sind heute dem Ideal der Verbannung von Armut und Furcht aus dem Leben von Männern und Frauen näher gekommen als jemals zuvor in irgendeinem Land.«*

In diesem Text wird die These diskutiert, daß die US-Ökonomie sich nicht am Beginn einer neuen Blütezeit befindet – hauptsächlich, weil die Profitrate 30-40 Prozent unterhalb der Werte der Nachkriegszeit liegt, obwohl die Reallöhne seit Anfang der 70er Jahre um 20 Prozent gesunken sind. Unter diesen Bedingungen ist es unwahrscheinlich, daß die Reallöhne in den nächsten Jahren steigen werden. Außerdem wird gezeigt, daß ein wichtiger Grund für das beschleunigte Wachstum der US-Ökonomie seit 1995 ein starker und schnell wachsender Netto-Zustrom an ausländischem Kapital ist (wodurch auch die Verschärfung der asiatischen Krise weiter beschleunigt wurde). Daraus wird geschlußfolgert, daß 1999 die Chancen einer Rezession in den USA hoch sind, und daß solch eine Rezession die Weltwirtschaft wahrscheinlich in eine tiefe Depression treiben würde.

Die US-amerikanische Wirtschaft am Ende des Jahrhunderts:

Am Beginn einer neuen Ära der Prosperität?

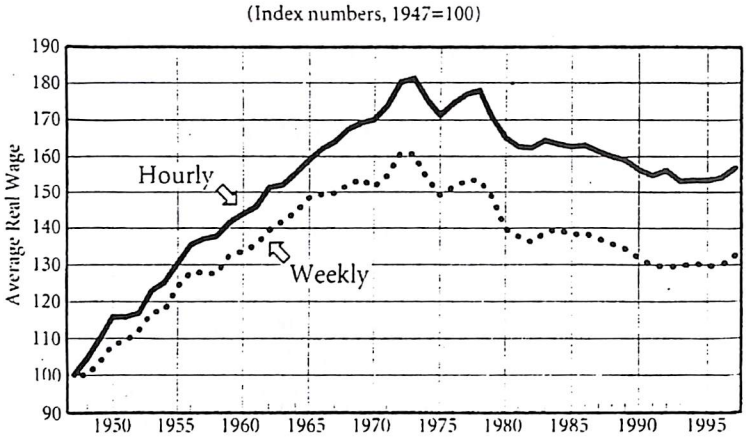
Fred Moseley (in: *Capital & Class*, No. 67, Sommer 1998)

In den ersten 25 Jahren nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte sich die US-Ökonomie sehr gut. Die Wachstumsrate betrug durchschnittlich vier bis fünf Prozent pro Jahr, die Arbeitslosenquote war selten über fünf Prozent, Inflation existierte fast nicht (ein bis zwei Prozent), es gab jährliche Produktivitätssteigerungen von durchschnittlich zwei Prozent oder mehr und der durchschnittliche Reallohn der Arbeiter wuchs bedeutend (um ungefähr 60 Prozent über den gesamten Zeitraum). Wegen dieser außergewöhnlichen Entwicklung werden diese Jahre oft als das »goldene Zeitalter« der US-Ökonomie bezeichnet (z.B. *Marglin und Schor, 1990*).

Diese lange Periode des Wachstums und der Prosperität endete jedoch in den 70er Jahren. Seitdem hat sich das Wachstum verlangsamt (zwei bis drei Prozent jährlich), und sowohl die Arbeitslosenquote als auch die Inflationsrate sind gestiegen. Um diese schwächere ökonomische Entwicklung und die beispiellose Kombination von höherer Arbeitslosigkeit und gesteigerter Inflation zu beschreiben, wurde der Ausdruck »Stagflation« geprägt. Während dieser Zeit sank das Produktivitätswachstum auf weniger als ein Prozent pro Jahr, und die Reallöhne der Arbeiter gingen um ungefähr 15 Prozent zurück. Der »Amerikanische Traum« von ewig wachsendem Lebensstandard hörte für viele Arbeiter auf, Realität zu sein. Zum ersten mal in der Geschichte der USA befürchteten viele junge Arbeiter, daß sie einen niedrigeren Lebensstandard haben würden als ihre Eltern. *Wallace Petersons* Buch über diese Zeit heißt: »Stille Depression: das Schicksal des amerikanischen Traumes«.

Die entgegengesetzten Entwicklungen der Reallöhne dieser beiden Perioden – 60 Prozent Steigerung und dann 17 Prozent Rückgang – sind vielleicht das deutlichste Zeichen für den Übergang von der Prosperität zur Stagflation. Diese Trends sind in Abbildung 1 grafisch dargestellt. *Harrison und Bluestone (1986)* haben diese Umkehrung der Entwicklung die »große Wende der Löhne« genannt. Man kann sehen, daß die durchschnittlichen Reallöhne 1995 auf ungefähr dem gleichen Niveau sind wie 1965. Das erneute Anwachsen der Reallöhne hat nur einen kleinen Teil der Verluste seit 1973 wettgemacht.

Abbildung 1: Durchschnittliche Reallöhne in der US-Wirtschaft, 1947-1997



Mit einem Wechsel von der Prosperität zur Stagflation der US-Wirtschaft und dem damit verbundenen Rückgang der Reallöhne hatte in den 60er Jahren niemand gerechnet. *Hermann Kahn* z.B., ein bekannter Zukunftsforscher, sagte 1967 voraus, daß sich die Reallöhne bis zum Jahr 2000 in der US-Wirtschaft verdreifachen würden (*Kahn, 1967: 176-180*). Eine ähnliche Vorhersage – nämlich daß die Reallöhne bis zum Jahr 2000 um 150 Prozent wachsen würden – wurde in einer Sonderausgabe des *Forbes Magazine* desselben Jahres gemacht. Vom Optimismus der 60er Jahre aus gesehen (der von den Entwicklungen des »goldenen Zeitalters« der frühen Nachkriegsperiode ausging) war das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts eine schreckliche Enttäuschung für die US-amerikanische Wirtschaft.

Während der letzten zwei oder drei Jahre scheint sich die US-Ökonomie erholt zu haben. Das Wachstum ist etwas beschleunigt (auf drei bis vier Prozent), die Arbeitslosenquote liegt das erste Mal seit den 60er Jahren unter fünf Prozent, die Inflation ist sehr gering (um zwei Prozent), und die Reallöhne sind ein wenig gestiegen (zwei bis drei Prozent). Der Aktienmarkt ist über alle Erwartungen gewachsen. Man hört heute immer öfter das Wort »Boom«, um die US-Wirtschaft zu beschreiben. Im Ergebnis haben eine wachsende Zahl von Ökonomen, marxistische und radikale Ökonomen eingeschlossen, die Schlußfolgerung gezogen, daß diese letzten paar Jahre einen Wendepunkt im Ablauf der langen Wellen des US-Kapitalismus markieren. Der letzte Anstieg im Wachstum wäre danach der Anfang einer neuen »langen Welle«, einer Periode von Wachstum und Erfolg, ähnlich dem »goldenen Zeitalter« der Nachkriegszeit. Die nächsten Jahrzehnte brächten niedrige Arbeitslosigkeit, wenig Inflation und beständig wachsende Reallöhne. *Business*

Week schrieb, daß die US-Ökonomie zu einer *»new economy«* (»neuen Ökonomie«) geworden wäre, in der neue Technologien, vor allem die Informationstechnologie, schnelles Wachstum und schnelle Reallohnsteigerungen für eine mehr oder weniger unbestimmte Zeit ermöglichten.

In diesem Text versuche ich zu bestimmen, ob die US-Wirtschaft tatsächlich am Beginn einer neuen Ära der Prosperität steht, die dem »goldenen Zeitalter« vergleichbar ist, oder ob sich die letzten beiden Jahre lediglich als ein vorübergehender Impuls in der langen Periode von Stagflation herausstellen werden, die die USA seit den 70er Jahren quält und die sich bis ins 21. Jahrhundert fortsetzen könnte.

1. Der Fall der Profitrate

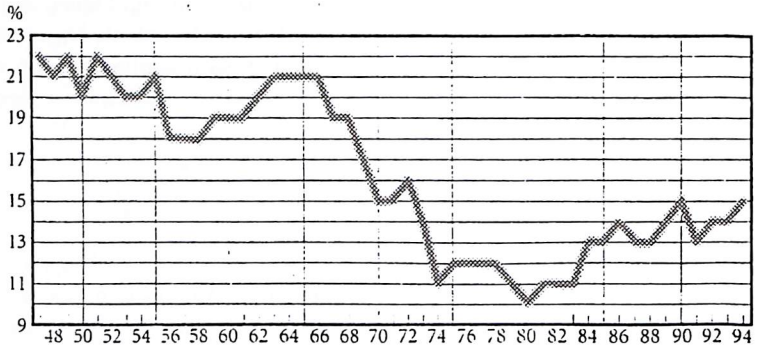
Zunächst möchte ich kurz meine Erklärung der Ursachen der Stagflation der letzten Jahrzehnte zusammenfassen (eine genauere Ausführung findet sich in *Moseley, 1991* und *Moseley, 1997*). Danach soll untersucht werden, was diese Erklärung hinsichtlich der notwendigen Bedingungen für ein Ende der Stagflation und eine Rückkehr zu Prosperität bedeutet.

Radikale Ökonomen, ich selbst eingeschlossen, haben versucht zu zeigen, daß die Hauptursache der Stagflation der letzten Jahrzehnte ein bedeutender Fall der Profitrate in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg war (*Weisskopf, 1979*; *Bowles, Gordon und Weisskopf, 1983*; *Wolff, 1986*; *Duménil und Levy, 1993*; *Shaikh, 1992*; *Brenner, 1998*; ein vergleichbarer Fall der Profitrate trat in fast allen Ländern auf, für die die entsprechenden Daten vorliegen). Es gibt verschiedene Methoden, die Profitrate zu bestimmen, aber alle zeigen im Kern den selben starken Abwärtstrend in dieser Periode.[1] Nach meinen Schätzungen, die in Abbildung 2 dargestellt sind,

[1] Nach *Brenners* Berechnungen für die Profitrate fällt diese langsamer als bei anderen Berechnungen (30 Prozent im Vergleich zu ca. 50 Prozent), weil er neue Berechnungen für den Kapitalstock (der Nenner der Profitrate) benutzt, die auf einer neuen Methode fußen, die Abwertung zu berechnen. Diese neu berechneten Werte für den Kapitalstock steigen langsamer als die früheren Berechnungen. Daher fallen Brenners Werte für die Profitrate weniger als bei früheren Berechnungen. Doch diese neue Methode zur Berechnung der Abwertung (die sog. »declining balance«-Methode) ist meiner Meinung nach nicht zuverlässig. Diese Methode nimmt an, daß Industrie- und andere wirtschaftlich genutzte Gebäude sowie andere Arten von Bauwerken ewig halten, so daß die Abwertung mit einer viel niedrigeren Rate auftritt. Nach der alten Methode, werden Bauwerke in einer durchschnittlichen Zeit von 36 Jahren entwertet. Nach der neuen Methode sind nach 36 Jahren ungefähr 40 Prozent des ursprünglichen Wertes eines Bauwerkes noch nicht als Kosten in die Abwertung einbezogen worden. Die durchschnittliche Lebensdauer von 36 Jahren, die die älteren Berechnungen annimmt, ist vielleicht zu kurz (obwohl es dafür keinen überzeugenden Nachweis gibt), aber sicher ist die mittlere Lebensdauer von Gebäuden niedriger als unendlich und wahrscheinlich kürzer als 50 Jahre. Nach den neuen Berechnungen sind nach 50 Jahren 20 Prozent des

sank die Profitrate um 45 Prozent – von 22 Prozent Ende der 40er Jahre auf 12 Prozent Mitte der 70er Jahre.[2]

Abbildung 2: Die Profitrate in der US-Wirtschaft, 1947-1994



Wie in vorhergehenden Perioden der Depression führte der Fall der Profitrate zu einer Abnahme der Investitionen und zu höherer Arbeitslosigkeit. Ein neuer Faktor der Nachkriegsperiode ist, daß in den 70er Jahren viele Regierungen eine keynesianische Politik der Ausgabenausweitung praktizierten (höhere Regierungsausgaben, niedrige Zinsraten und so weiter...), um die steigende Arbeitslosigkeit einzudämmen. Diese Versuche der Regierungen, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, führten jedoch im allgemeinen zu höheren Inflationsraten, weil die kapitalistischen Unternehmen auf die Ankurbelung der Nachfrage durch die Regierung mit Preiserhöhungen reagierten, um den Verfall ihrer Profitraten umzukehren. In den 80er Jahren revoltierten die Finanzkapitalisten gegen diese höheren Inflationsraten und zwangen die Regierungen gewöhnlich zu einer restriktiveren Politik (weniger Staatsausgaben, höhere Zinsen und ähnliche Maßnahmen). Das Ergebnis waren eine geringere Inflation, aber eine höhere Arbeitslosenquote und ein stark reduzierter Lebensstandard. Die Regierungspolitik hatte also das besondere Verhältnis von Arbeitslosigkeit und Inflation angegriffen, aber die grundlegende Ursache dieser beiden »Zwillings-Übel« war der Fall der Profitrate.

---

ursprünglichen Wertes noch nicht abgewertet. Deshalb unterschätzen Brenners Berechnungen ziemlich sicher den Fall der Profitrate.

[2] Meine Berechnungen der Profitrate gelten für die gesamte Wirtschaft. Es werden auch oft Berechnungen für den nicht-finanziellen Wirtschaftssektor benutzt. Diese Berechnungen zeigen den gleichen Abwärtstrend, z.B. *Weisskopf, 1979.*

Ich habe bereits gezeigt (*Moseley, 1991 und 1997*), daß gemäß der Marxschen Theorie die beiden Hauptursachen für den deutlichen Fall der Profitrate der US-Wirtschaft der Nachkriegszeit folgende waren: (1) ein Anwachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals (d.h. des Verhältnisses von konstantem zu variablem Kapital) um 40 Prozent, wie es die Marxsche Theorie vorhergesagt hatte; und (2) eine Verschiebung des Verhältnisses von unproduktiver Arbeit zu produktiver Arbeit um 80 Prozent.[3] Nach Marx hat eine Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals einen negativen Einfluß auf die Profitrate, weil diese Steigerung bedeutet, daß ein geringerer Teil des Gesamtkapitals in Arbeitskraft investiert wird, die die Quelle des Profites ist. Ähnlich bedeutet eine relative Verschiebung des Verhältnisses von unproduktiver zu produktiver Arbeit, daß ein größerer Teil des Mehrwertes, der durch die produktive Arbeit produziert wird, aufgewendet werden muß, um die unproduktive Arbeit zu bezahlen. Daher bleibt ein geringerer Teil des Mehrwertes als Profit der Kapitalisten. Dieser Erklärung folgend, ergibt sich, daß das relative Anwachsen der unproduktiven Arbeit zu ca. 60 Prozent in den Fall der Profitrate der US-Ökonomie dieser Zeit eingeht, während die steigende Zusammensetzung des Kapitals den größten Teil der verbleibenden 40 Prozent ausmacht.[4]

Aus diesem marxistischen Blickwinkel ergibt sich, daß der kritische Faktor, der bestimmt, ob die Periode der Stagflation beendet ist oder nicht, ob für die US-Ökonomie tatsächlich eine Periode anhaltender Prosperität beginnt oder nicht, darin besteht, ob die Profitrate seit den 70er Jahren entscheidend erhöht und auf dem Level der hohen Nachkriegsprofitraten stabilisiert werden konnte oder nicht.

---

[3] Unproduktive Arbeit bezieht sich auf Arbeit, die zwar in kapitalistischen Betrieben aber in Bereichen der Zirkulation (Verkauf, Buchhaltung, Finanzen, Werbung, etc.) oder der Beaufsichtigung (Management, direkte Aufsicht, Aktenführung, etc.) geleistet wird. Nach Marx' Theorie produziert die Arbeit in diesen Bereichen keinen Wert und damit keinen Mehrwert und ist damit vom Standpunkt des Kapitals unproduktiv. Zirkulationsarbeit erzeugt keinen Wert und Mehrwert, weil der Austausch der Waren seinem Wesen nach als Tausch gleicher Werte angenommen wird. Analog wird auch Aufsichtsarbeit nicht zum Wert der Waren addiert, weil diese Arbeit technisch für die Produktion nicht notwendig ist, sondern nur wegen des antagonistischen Verhältnisses zwischen Kapitalisten und Arbeitern, das in der kapitalistischen Produktion um die Intensität der Arbeit herrscht. Weil die Arbeit der Aufseher keinen Wert produziert, muß der Lohn dafür aus dem Mehrwert bezahlt werden, der aus der produktiven Arbeit entsteht.

[4] Die andere wichtige Erklärung der fallenden Profitrate der US-Wirtschaft nach dem Krieg war die »Profitklemme«, wie sie von *Weisskopf und Wolff* und anderen vorgestellt wurde. Nach dieser Theorie war der Fall der Profitrate durch die Lohnsteigerungen verursacht, die aus den Arbeiterkämpfen der späten 60er und den frühen 70er Jahren resultierten. Die niedrige Arbeitslosenrate dieser Zeit hätte die Verhandlungsposition der Arbeiter gestärkt und sie in die Lage versetzt, Lohnsteigerungen auf Kosten der kapitalistischen Profite durchzusetzen. Meine Kritik des »Profitklemmen«-Ansatzes ist in *Moseley (1991 und 1997)* dargelegt und wird in Fußnote 11 kurz erläutert.

2. Versuche, die Profitrate durch Lohnkürzungen zu steigern

In den letzten Jahrzehnten haben kapitalistische Unternehmen auf verschiedene Weise versucht, die Profitrate wiederherzustellen. Am wichtigsten war dabei die Kürzung der Arbeitslöhne. Dazu wurden verschiedene Strategien benutzt: direkte Kürzung von Lohn (und Sozialleistungen), der Übergang zu prekären Jobs (wie Teilzeitarbeit, befristete Arbeit usw.), zweischichtige Lohnsysteme (bei denen neue Arbeiter zu viel niedrigeren Anfangslöhnen eingestellt werden als bereits beschäftigte Arbeiter), und die Auslagerung von Produktion in Billiglohnländer (der Wunsch, die Löhne zu drücken, war die Hauptantriebskraft der »Globalisierung« der letzten Jahrzehnte). Der Erfolg dieser Strategien wurde durch die seit den 70er Jahren herrschende hohe Arbeitslosigkeit noch unterstützt.

Aus der Perspektive der Arbeiter haben sich diese Versuche, die Profitrate wiederherzustellen, in den letzten Jahrzehnten in einem Trend zu fallenden Reallöhnen, wie er in Abbildung 1 dargestellt ist, niedergeschlagen. Also ist der Verfall der Reallöhne seit den 70er Jahren kein Zufall und kein Rätsel, sondern das zu erwartende Ergebnis der wohlüberlegten Versuche der Kapitalisten, die Profitabilität durch Lohnkürzungen wiederherzustellen, was durch eine höhere Arbeitslosigkeit unterstützt wurde.

Ein anderer Maßstab für die Lohnsenkungen der letzten Jahrzehnte wurde von *Mishel et al. (1997)* vorgeschlagen: der Anteil der Arbeiter in »Niedriglohnjobs«, wobei »Niedriglohn« definiert ist als der notwendige Stundenlohn, um eine vierköpfige Familie über der offiziellen Armutsgrenze zu halten (das war 1995 ein Stundenlohn von 7,28 Dollar). Nach *Mishel et al.* hat sich der Anteil von Arbeitern in solchen »Niedriglohnjobs« beständig erhöht, von 23,5 Prozent 1973 auf 29,7 Prozent 1997 (*Mishel et al., 1997: 149-156*; dieses Buch ist eine exzellente und umfassende Quelle zu den aktuellen Lebens- und Arbeitsbedingungen der US-amerikanischen Arbeiter, und es wird alle zwei Jahre aktualisiert).

Die Einkommen der Haushalte sind nicht im gleichen Masse gefallen wie die Reallöhne, sondern seit den frühen 70er Jahren mehr oder weniger konstant geblieben (mit zyklischen Fluktuationen). Der Hauptgrund, daß sich die Haushaltseinkommen nicht so schlecht wie die Reallöhne entwickelten, ist, daß der Anteil von Haushalten mit zwei Verdienstpersonen über diesen Zeitraum angestiegen ist. Für viele Familien war der einzige Weg, ihren Lebensstandard zu halten, mehr Familienmitglieder in die Lohnarbeit zu schicken. *Bluestone und Rose (1997)* schätzen, daß die durchschnittliche Arbeitszeit in Haushalten, in denen Frau und Mann lohnarbeiten, von 1971 bis 1988 um 20 Prozent angestiegen ist (zur weiteren Analyse des Anstieges der Familienarbeitszeit siehe auch. *Mishel et al.: 79-94*). Überdies beschreiben die Zahlen über die Haushaltseinkommen das durchschnittliche Einkommen. Wie wir weiter unten sehen werden, haben sich die Haushaltseinkommen in den 80er und 90er Jahren stark auseinanderentwickelt. Daher mußte

in diesem Zeitraum eine große Zahl, vielleicht die Mehrheit der US-Haushalte, einen Rückgang der Einkommen hinnehmen.

Eine Art, wie der Konsum der Haushalte trotz fallender Reallöhne und Haushaltseinkommen aufrechterhalten wurde, ist die steigende private Verschuldung. Die Privatverschuldung als Anteil des Nettoeinkommens hat von ca. 70 Prozent in den 70er Jahren auf den historischen Höchstwert von fast 100 Prozent 1997 zugenommen.[5] Doch die größere Schuldenlast macht die Haushalte auch anfälliger gegen eigene Bankrotte, vor allem wenn es mit der Wirtschaft bergab geht. Tatsächlich hat sich die Zahl der privaten Bankrotte seit den frühen 80ern stetig gesteigert. Dieser Prozeß hat sich während der vergangenen »Boom«-Jahre mit außergewöhnlich niedrigen Zinsraten sogar noch beschleunigt und hat die Zahl auf Rekordwerte wachsen lassen (über sechs von 100 Haushalten). Wenn die Zinsraten steigen würden und / oder die Einkommen aufgrund einer Rezession fallen würden, würde sich die Zahl der privaten Bankrotte wahrscheinlich deutlich erhöhen. Viele Familien würden ihre Autos, Häuser usw. verlieren, die sie auf Kredit angeschafft haben.

Ein anderer Weg für die Haushalte, den Konsum trotz fallender Reallöhne zu erhalten, ist es gewesen, einen größeren Anteil des verfügbaren Einkommens auszugeben, d.h. einen geringeren Anteil zu sparen. Die Sparrate in der US-Wirtschaft war immer niedriger als in den meisten anderen entwickelten Industrieländern (um fünf Prozent), wie Deutschland (15 Prozent) oder Japan (20 Prozent). In den vergangenen Jahren hat sich die Sparrate in den USA weiter auf ca. zwei bis drei Prozent verringert, und im letzten Quartal (3. Quartal 1998) ist sie sogar negativ geworden![6]

Ein wichtiges Ergebnis der fallenden Reallöhne und Familieneinkommen ist der steigende Teil der Bevölkerung, der in Armut lebt. Nach Regierungsangaben hat sich der Anteil der US-Bevölkerung mit Einkommen unterhalb der offiziellen »Armutsgrenze« von ca. 11 Prozent 1973 auf ca. 14 Prozent Mitte der 90er Jahre erhöht, was einen langen Trend sinkender Armutsraten von ca. 25 Prozent in den 50er Jahren umkehrte. Darüberhinaus wenden viele Forscher ein, diese Zahlen unterschätzten sowohl das absolute Ausmaß der Armut wie auch die Stärke des vergangenen Anstieges. Alternative Schätzungen, die auf einem realistischeren und vernünftigeren Maßstab der Armutsgrenze basieren, legen nahe, daß der Anteil der Bevölkerung, der in Armut lebt, in den letzten Jahrzehnten um mehr als 50 Prozent gestiegen ist: von ca. 17 Prozent 1973 auf ungefähr 26 Prozent 1989

---

[5] Dieses Ausmaß der privaten Verschuldung ist viel größer als in den 20er Jahren, als Hypotheken und Verbraucherkredite viel weniger entwickelt waren, als sie es heute sind.

[6] Mit anderen Worten sparen die US-Haushalte nicht nur immer weniger, sondern sie haben begonnen, mehr auszugeben, als sie nach Abzug der Steuern übrig haben.

(*Ruggles, 1990: 55*). Dieser Anteil hat sich ziemlich sicher seitdem noch erhöht (die offiziellen Armutszahlen sind von 11,7 Prozent 1989 auf 13,8 Prozent 1995 gestiegen).[7] Das heißt, daß in diesen letzten Jahrzehnten der Stagflation der Fortschritt der US-Wirtschaft in der Reduzierung der Armut gestoppt wurde und sich ins Gegenteil verkehrt hat. Das Ausmaß der Armut im angeblich reichsten Land der Welt ist beschämend.

Die sinkenden Reallöhne haben auch dazu beigetragen, daß die Ungleichheit bei der Verteilung der Einkommen in der US-Wirtschaft rapide angestiegen ist. Der Anteil der Einkommen, die auf die reichsten 20 Prozent der Haushalte entfallen, ist von 41,1 Prozent 1973 auf 46,5 Prozent 1995 gewachsen. Der Teil, der den reichsten 5 Prozent der Familien zufließt, ist in dieser Zeit von 15,5 Prozent auf 20 Prozent angestiegen. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der ärmsten 40 Prozent der Haushalte am Gesamteinkommen von 17,4 Prozent auf 14,5 *gesunken* (Daten vom US-Büro für Statistik). (Wir sehen, daß die reichsten fünf Prozent deutlich mehr Einkommen haben als die ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung.) Von 1979 bis 1994 stieg das durchschnittliche Realeinkommen der reichsten 20 Prozent der Bevölkerung um 30 Prozent und das der reichsten fünf Prozent um 50 Prozent. Während der selben Periode *sank* das durchschnittliche Realeinkommen der ärmsten 20 Prozent um zehn Prozent. Für die wohlhabende Elite mag die US-Wirtschaft tatsächlich boomen, aber für die Mehrzahl der US-amerikanischen Arbeiter, vor allem für die mit den am schlechtesten bezahlten Jobs boomt sie definitiv nicht. Marx' »allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation« – das die Akkumulation des Reichtums der Kapitalisten mit der Akkumulation der Armut der Arbeiter verbindet – scheint in den letzten Jahrzehnten in den USA (und tatsächlich weltweit) nur allzu wahr gewesen zu sein.

Es ist bereits gesagt worden, daß es ein weitverbreitetes Mittel der Lohnsenkung (und damit der Wiederherstellung der Profitabilität) war, den Anteil der verschiedenen Arten von prekären Arbeitsverhältnissen [»contingent« jobs], wie Teilzeitarbeit, Leiharbeit und ähnliche Jobs, zu erhöhen. Nach einer Schätzung hat sich der Anteil solcher Jobs in der US-Ökonomie von ca. 18 Prozent in den 70er Jahren auf heute ca. 25 Prozent erhöht (*Tilly, 1996, Kapitel 1*). 80 Prozent dieser prekären Jobs sind Teilzeitjobs. Manche Arbeiter bevorzugen Teilzeitjobs aus den verschiedensten Gründen (fehlende Kinderbetreuung eingeschlossen), aber fast das gesamte Wachstum von Teilzeitjobs in den letzten 20 Jahren geht auf *unfreiwillige* Teilzeitbeschäftigung zurück. (*Tilly* bietet eine vorzügliche Analyse der wachsenden Bedeutung der Teilzeitarbeit für die US-Ökonomie). Leiharbeit ist eine der am schnellsten wachsenden Kategorien in der Klassifizierung des Büros für Arbeits-

---

[7] Die Armutsrate für Afro-Amerikaner ist sogar noch höher - ca. dreimal so hoch wie für weiße Amerikaner.

statistik [Bureau of Labour Statistics]: sie ist seit 1980 zehnmal so schnell gewachsen wie die Gesamtbeschäftigung und zwar von fast 0 auf über 2 Prozent des Gesamtarbeitsvolumens.[8]

Im Allgemeinen sind diese prekären Jobs viel unsicherer als feste Vollzeitjobs. Aus diesen Jobs werden die Leute in der nächsten Rezession wahrscheinlich als erstes entlassen. Daher ist trotz niedriger Arbeitslosigkeit ein großer Teil der Arbeiter ökonomisch unsicher, frustriert über ihre Jobs und besorgt über die Zukunft. Dieses tiefe untergründige Gefühl wirtschaftlicher Besorgnis zeigt sich jedesmal deutlich, wenn eine große Firma ankündigt, sie würde für ein paar hundert »gute« Jobs – d.h. Vollzeit und annehmbar bezahlt – Leute suchen, und sich tausende von Arbeitern bewerben.

Die wachsende Bedeutung von prekärer Beschäftigung in der US-Wirtschaft ist eine teilweise Eklärung dafür, warum die Inflation in den letzten Jahren trotz der niedrigen Arbeitslosenrate so gering geblieben ist. In der Vergangenheit hätten sich die Lohnsteigerungen bei einer solch niedrigen Arbeitslosenrate beschleunigt und hätten so die Inflationsrate hochgetrieben. Doch diese umgekehrte Proportionalität zwischen der Arbeitslosenrate einerseits und der Lohnsteigerungsrate andererseits (was Makro-Ökonomen die »Phillips-Kurve« nennen) hat anscheinend für die US-Wirtschaft der letzten Jahre nicht gegolten. Die Arbeitslosenrate ist gesunken und ist nun im historischen Maßstab sehr niedrig, aber die Lohn- und Preissteigerungen haben sich nicht beschleunigt.

Die offiziellen Schätzungen der Arbeitslosenrate unterscheiden aber nicht zwischen Teilzeit- und Vollzeitjobs. So hat ein wachsender Teil der Beschäftigten trotz niedriger offizieller Arbeitslosenrate Teilzeitjobs. Deshalb ist das Angebot an Arbeitskraft alles andere als erschöpft. Das Überangebot an Arbeit von Arbeitern mit Teilzeitjobs setzt die Löhne weiterhin unter Druck. *Bluestone und Rose (1997)* haben eine ähnliche Erklärung für das Ausbleiben von Lohnsteigerungen und Inflation unter den derzeitigen Bedingungen niedriger offizieller Arbeitslosenrate gegeben.

Deshalb haben die Versuche der kapitalistischen Unternehmen, ihre Profitabilität durch Lohnsenkungen wiederherzustellen, einen hohen Tribut von den Arbeitern verlangt. Ihre Löhne und die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze haben abgenommen. Für viele ist der »amerikanische Traum« von guten Jobs und ewig steigendem Lebensstandard eine Illusion geworden.

Doch es ist überraschend – und alarmierend – daß trotz dieser allgemeinen Reallohnsenkungen die Profitrate in der US-Wirtschaft sich bisher nur um ein Drittel ihres vorherigen Abfalls erhöht hat, so daß die Profitrate heute immer noch

---

[8] Ungefähr drei Viertel dieser prekären Jobs sind mit Frauen besetzt. Die meisten dieser Jobs sind in Verkaufs-, Schreib- oder Dienstleistungsberufen, in denen mehr Frauen beschäftigt sind.

35-40 Prozent unterhalb ihrer Spitzenwerte der Nachkriegszeit liegt, wie es Abb. 2 zeigt (für weitere Erörterungen dieser Zahlen siehe *Moseley, 1997*). Mit anderen Worten: die ausgedehnten Versuche der kapitalistischen Unternehmen, ihre Profitrate zu erhöhen, die derartig negative Wirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter hatten, haben bisher nur Teilerfolge gebracht.[9] Das ist der kritische Faktor, den *Business Week* in ihrer Ankündigung einer »new economy« übersieht. Alle neuen Technologien haben bisher nicht zu einer vollständigen Erholung der Profitrate geführt.[10] Diese schwache Erholung der Profitrate ist der Hauptgrund, warum die Stagflation sich in den 90er Jahren fortgesetzt hat und warum sie sich wahrscheinlich in absehbare Zukunft fortsetzen wird.[11]

In *Moseley (1997)* habe ich angeführt, daß nach der Marx'schen Theorie der Hauptgrund für diese schwache Erholung der Profitrate bei sinkenden Reallöhnen ein anhaltendes Wachstum der unproduktiven Arbeit im Verhältnis zur produktiven Arbeit gewesen ist. Eine genaue Analyse der Gründe für die schwache Erholung der Profitrate wird in *Moseley (1997)* vorgestellt und ist jenseits der Möglichkeiten dieses Papiers. Hier soll es genügen zu sagen, daß aus dieser unvollständigen Erholung der Profitrate der Schluß gezogen werden kann, daß die lange Periode der Stagflation der US-Wirtschaft nicht vorbei ist und daß der Druck auf die Reallöhne wahrscheinlich anhalten wird, weil die Unternehmen weiterhin versuchen, die Profitabiltät bis auf das Nachkriegsniveau zu restaurieren.

---

[9] *Brenner* führt an, es hätte seit den 70er Jahren eine »kräftige Erholung« der Profitrate der US-Wirtschaft gegeben. Doch Brenners eigene Berechnungen zeigen über diesen Zeitraum einen Anstieg von weniger als zehn Prozent, und wie er selbst sagt, sind seine Werte immer noch 20-25 Prozent unter den Spitzenwerten der frühen Nachkriegszeit. Außerdem habe ich oben bereits gesagt, daß Brenner den Fall der Profitrate der Nachkriegszeit unterschätzt. Wenn diese zu niedrige Berechnung korrigiert wird, sind Brenners Berechnungen 30-35 Prozent unterhalb der früheren Höchstwerte, was weitgehend mit meinen Berechnungen übereinstimmt, die 35-40 Prozent weniger als die früheren Spitzenwerte ergeben. Ich sehe nicht, daß das eine »kräftige Erholung« der Profitrate wäre.

[10] Nach Regierungsstatistiken hat diese neue Technologie nicht einmal zu einer großen Erhöhung der Produktivität geführt. Die Vertreter der »new economy« sagen, die Regierungstatistiken unterschätzten die jüngsten Produktivitätssteigerungen, vor allen das Produktivitätswachstum durch Computer, das schwer zu ermitteln ist. Sogar wenn die Steigerung der Produktivität unterschätzt wird, ist der springende Punkt, daß die neuen Technologien die Profitrate nicht wiederhergestellt haben.

[11] Der Hauptpunkt meiner Kritik an der »Profitklemmentheorie« ist, daß dieser Ansatz nicht erklären kann, warum die Erholung der Profitrate in den letzten Jahrzehnten so schwach und unvollständig war. Wenn die Hauptursache der fallenden Profitrate die wachsende Macht der Arbeiter und steigende Löhne waren, sollten die letzten zwei Jahrzehnte mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit, geschrumpfter Macht der Arbeiter und fallenden Reallöhnen das Problem gelöst haben.

3. Steigende Abhängigkeit von ausländischem Kapital

Warum hat sich aber das Wachstum der US-Wirtschaft während der letzten zwei Jahre beschleunigt, obwohl die Wirtschaft schon seit vier Jahren boomt, so daß man normalerweise eine Abschwächung des Wachstums erwarten würde, vor allem da die Erholung der Profitraten so schwach und unvollständig war? Ich habe keine vollständige Antwort auf diese Frage, aber ich will auf einen wichtigen Faktor hinweisen, der anscheinend generell übersehen wird: es gab seit 1993 einen deutlichen Anstieg des Nettozuflusses von ausländischem Kapital in die US-Wirtschaft. Seit den frühen 80er Jahren (als die USA das erste mal seit dem Vorabend des ersten Weltkrieges zu einer »Schuldnernation« – d.h. einem Nettoimporteur von Kapital – wurden) ist die Abhängigkeit der US-Wirtschaft von ausländischem Kapital immer weiter gewachsen. Der jährliche Nettokapitalzufluß (also der Zufluß von ausländischem Kapital minus dem Abfluß amerikanischen Kapitals) betrug von 1983 bis 1993 im Durchschnitt 88 Mrd. Dollar – eine Gesamtsumme von fast einer Billion Dollar. Diese wachsende Abhängigkeit der reichsten Nation der Welt von ausländischem Kapital ist historisch beispiellos. Sie steht in scharfem Kontrast zur US-Wirtschaft während des langanhaltenden Nachkriegsbooms und besonders zur Wirtschaft Großbritanniens im 19. Jahrhundert, als das Vereinigte Königreich die reichste Wirtschaft der Welt war.

Aber was auffällt, ist das wirklich starke Wachstum des Kapitalzuflusses seit 1993. Der Nettokapitalzufluß stieg von 59 Mrd. Dollar von 1990-93 auf rund 140 Mrd. Dollar 1994 und 1995 und wuchs dann noch einmal auf 195 Mrd. Dollar 1996 und noch einmal auf 216 Mrd. 1997. Die Zahlen für 1996 und 1997 stellen ungefähr 20 Prozent der privaten Bruttoinlandsinvestionen der US-Wirtschaft während dieser Jahre dar. Das ist selbst nach US-Maßstäben eine gewaltige Menge an Kapital. Es scheint höchst wahrscheinlich, daß dieses starke Steigen des Kapitalzuflusses deutlich zum beschleunigten Wachstum der US-Ökonomie während der letzten zwei Jahre beigetragen hat. Im Folgenden werden verschiedene Wege vorgestellt, auf denen der Zufluß ausländischen Kapitals zum beschleunigten Wachstum der US-Wirtschaft beigetragen hat.

Ein wichtiger Grund für das aktuelle starke Anwachsen des Kapitalzuflusses in die US-Wirtschaft ist ein gestiegenes wahrnehmbares Risiko bei Investitionen in die »emerging markets«, vor allem in Lateinamerika und aktueller in Asien. Die Wahrnehmung des erhöhten Risikos in diesen Ländern haben die USA als einen »sicheren Hafen« für Kapital attraktiv gemacht. Mehr als die Hälfte dieses Zuflusses an ausländischem Kapital sind in US-Schatzbriefe geflossen (derzeit der sicherste aller Häfen für Kapital). Eine anderer großer Teil dieses Wachstums ausländischen Kapitals ging in den US-Wertpapiermarkt (zum Verhältnis dieses Zuflusses und dem jüngsten Wertpapierboom weiter unten).

Tabelle 1: Nettokapitalzufluß in die USA, 1983-1997

	US-Kapitalexport	US-Kapitalimport	Netto-Kapitalimport
1983	61,573	83,380	21,807
1984	36,313	113,932	77,619
1985	39,889	141,183	101,294
1986	106,753	226,111	119,358
1987	72,617	242,983	170,366
1988	100,087	240,265	140,178
1989	168,744	218,490	49,746
1990	74,011	122,912	48,181
1991	57,881	94,241	36,360
1992	68,622	154,285	85,663
1993	194,609	250,996	56,387
1994	150,695	285,376	134,681
1995	307,207	451,234	144,027
1996	352,444	547,555	195,111
1997	426,938	690,497	263,559

Wahrscheinlich hat der große Zufluß ausländischen Kapitals auf verschiedenen Wegen zum schnelleren Wachstum der US-Ökonomie beigetragen. In erster Linie hat der Kapitalzufluß das Angebot an Kapital in den USA erhöht, was zu niedrigeren als den sonst zu erwartenden Zinsraten geführt hat.[12] Die niedrigeren Zinsraten regten wiederum die Investitionen an, was durch den üblichen »Multiplikationseffekt« ein höheres Bruttosozialprodukt und beschleunigtes Wachstum nach sich zog. Außerdem kam es durch das schnellere Wachstum des BSP zu höheren Steuereinnahmen und damit zu einem geringeren Haushaltdefizit als erwartet. Die

[12] Wir haben oben gesehen, daß die Sparquote in den USA sehr niedrig ist und im letzten Vierteljahr sogar negativ war. Unter normalen Umständen würde man erwarten, daß derart niedrige Sparquoten zu höheren Zinsraten führen, was einen negativen Effekt auf die Investitionsausgaben usw. hätte. Doch in diesem Fall hat der wachsende Zufluß an ausländischem Kapital die notwendigen Reserven geschaffen und hat die US-Wirtschaft in die Lage versetzt, die negativen Folgen höherer Zinsraten zu vermeiden. Mit anderen Worten hat der Kapitalzufluß die USA befähigt, den Kuchen gleichzeitig zu essen (den Konsum zu steigern) und zu behalten (Investitionen aufrechtzuerhalten).

sehr schnelle Reduzierung des Bundeshaushaltdefizits war eine weitere angenehme Überraschung der letzten Jahre. Das geringere Haushaltsdefizit machte eine weitere Verringerung der Zinsraten möglich – ein richtiger Kreislauf, der teilweise durch das vermehrt einströmende ausländische Kapital verursacht wurde.

Ein weiterer wichtiger Weg, wie der Kapitalzufluß wahrscheinlich zu beschleunigtem Wachstum der US-Ökonomie geführt hat, ist der Wertpapierhandel. Die kräftige Erholung des Aktienmarktes, die in den letzten Jahren stattfand, erklärt sich zum Teil aus den niedrigeren Zinsraten, wie sie oben diskutiert wurden (und die Aktien im Verhältnis zu festverzinslichen Wertpapieren attraktiver macht (Schuldverschreibungen, Anleihen etc.)). Zusätzlich ging, wie bereits gesagt, ein großer Teil des Kapitalzuflusses in den Aktienmarkt, was die Nachfrage nach Aktien weiter erhöhte. Der Nettokauf amerikanischer Aktien durch ausländische Käufer stieg rapide von 12,6 Mrd. 1996 auf 66,9 Mrd. 1997 an. Das war mehr als das dreifache des bisherigen Höchstwertes von 19,0 Mrd. 1993.

Infolge dieser und anderer Faktoren, sind die Aktienkurse in den letzten zwei Jahren ungefähr um 50 Prozent gestiegen (um 150 Prozent seit 1993). Dieser sehr schnelle Kursanstieg hat den Wohlstand der kleinen Minderheit der US-Bevölkerung, die nahezu alle US-amerikanischen Aktien besitzt, stark gesteigert (1983 gehörte den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung 89 Prozent der Aktien in privatem Besitz; das reichste Prozent besaß 62 Prozent der Aktien; und die reichsten 0,5 Prozent besaßen 47 Prozent; *Quelle: Joint Economic Comittee of the US Congress; 1986.*) Nach herkömmlicher Volkswirtschaftslehre hat dieser Wohlstand einen positiven Effekt auf die Konsumausgaben (der »Wohlstandseffekt«) – auf die Konsumausgaben der Reichen, das heißt derer, die an dem glücklichen Reichtum teilhatten. Die gesteigerten Konsumausgaben haben einen Multiplikationseffekt auf das BSP und die Wachstumsrate, analog den gesteigerten Investitionen, wie sie weiter oben besprochen wurden. Dieses beschleunigte Wachstum hat wiederum die Steuereinnahmen erhöht, das Haushaltsdefizit verringert und so weiter, im selben Kreis, der schon angesprochen wurde. Außerdem waren die größer als erwartet ausgefallenen Kapitalerträge, die direkt aus den steigenden Börsenkursen resultieren, eine weitere wichtige Quelle unerwarteter Steuereinnahmen der letzten Jahre, und trugen dadurch weiter dazu bei, Haushaltsdefizite zu verringern und Zinsen zu senken.

Ein weiterer wichtiger, aber selten erwähnter positiver Effekt der niedrigen Zinsraten ist, daß sich die Schuldtilgungen von US-Unternehmen außerhalb des Finanzsektors in den 90er Jahren stark reduziert haben. In den späten 80ern litten viele US-Unternehmen unter hohen Schuldenlasten. Viele Ökonomen und die Wirtschaftspresse waren sehr besorgt, weil die gestiegene Schuldenlast die Wirtschaft anfälliger für die Ausbreitung von Bankrotten und Liquidationen und damit für einen ernsthaften wirtschaftliche Niedergang machte (*Friedman, 1988, Bernanke und Campbell, 1988*). Der Umfang dieser Unternehmensschulden ist in den

90ern nicht reduziert worden, aber die zu tätigenden Zinszahlungen sanken wegen des allgemeinen Zinsratenverfalls stark ab.[13] Dadurch wurde die Gefahr von Bankrotten und ernsthafter Rezession reduziert. Somit hat der ziemlich große Zufluß ausländischen Kapitals in den 90er Jahren der US-Wirtschaft (zumindest bis jetzt) geholfen, eine ernsthaftere Finanzkrise zu vermeiden, indem er zu den niedrigen Zinsraten beitrug.

Natürlich sind diese positiven Effekte des Kapitalzuflusses für die US-Wirtschaft auf der anderen Seite von all den gegensätzlichen negativen Auswirkungen in den Ländern, die in den letzten Jahren eine Kapitalabwanderung erleiden mußten, begleitet. An erster Stelle hat die Kapitalabwanderung aus Asien teilweise zu einer strengen und sich verschlimmernden Depression geführt. Es besteht kein Zweifel daran, daß die Krise in Asien tiefe und innere Ursachen hat (deren genauere Diskussion jenseits der Möglichkeiten dieses Textes liegt). Aber die unmittelbare oder »auslösende« Ursache für den Zusammenbruch der asiatischen Wirtschaft in den letzten zwei Jahren war der massive Abfluß von Kapital aus dieser Region. Dieselben internationalen Kapitalflüsse, die in den USA zu einem »Boom« beigetragen haben, haben eine Depression in Asien ausgelöst.

4. Wohin geht es?

Wie lange können diese stark abweichenden Entwicklungen der Weltwirtschaft noch weitergehen? Wie lange noch können die Kapitalflüsse aus den »emerging markets« in die USA auf dem sehr hohen Niveau der letzten Jahre bleiben und dadurch sowohl zum Boom in den USA als auch zur Vertiefung der Krise in den Ländern der »emerging markets« beitragen? Vielleicht können diese Kapitalflüsse noch ein paar Jahre auf diesem hohen Level bleiben. Wenn sich die Krise in Asien weiter verschlechtert, wird wahrscheinlich noch mehr Kapital in den »sichern Hafen« USA fliehen, was die Krise in Asien noch weiter verschlimmern würde (obwohl nicht mehr viel ausländisches Kapital in Asien ist, das fliehen könnte). Dennoch kann die wachsende Polarisierung der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht ewig weitergehen. In nicht allzu langer Zeit würde die sich verschlechternde asiatische Krise die US-Wirtschaft (und den Rest der Weltwirtschaft) mit sich reißen. Auf welche Weise, soll nun besprochen werden.

Wenn andererseits diese Kapitalzuflüsse auf ihr vorheriges Niveau, sagen wir 100 Mrd. pro Jahr, zurückgehen würden, würde die Wachstumsrate der US-Wirt-

[13] Die Zinszahlungen in Prozent der Bruttoeinkommen (Profit plus Zins) haben sich für Firmen außerhalb des Finanzsektors von einem Höchstwert von 38 Prozent 1990-91 auf 19 Prozent 1997 halbiert.

schaft wahrscheinlich auf die zwei bis zweieinhalb Prozent zurückfallen, die in den frühen 90er Jahren vorherrschend waren.

Darüber hinaus zeigt die asiatische Krise auch schon negative Auswirkungen auf die US-Wirtschaft – bisher hauptsächlich durch die Abnahme der Exporte in asiatische Länder. Die meisten Ökonomen sagen vorher, daß dieser negative Effekt auf die US-Wirtschaft sich nur wenig auswirken wird, weil die Exporte in ihrer Gesamtheit lediglich 12 Prozent des BSP ausmachen und die Exporte in asiatische Länder (einschließlich Japan) davon nur 30 Prozent ausmachen. Bisher hat die Abnahme der US-Exporte nach Asien ca. 20 Prozent betragen. Wenn das der gesamte Rückgang ist, wie viele Ökonomen zu glauben scheinen, wäre der negative Effekt für die US-Wirtschaft geringer als ein Prozent. Aber wenn der Rückgang weiter anhält, wären die Auswirkungen auf das US-Wachstum größer. Wenn z.B. die US-Exporte nach Asien um 30 Prozent fallen würden, und die restlichen weltweiten Exporte als indirekte Folge der Asienkrise gleichfalls sinken, dann könnte das das Wachstum mit zwei bis drei Prozent des BSP belasten, was die US-Wirtschaft ziemlich sicher in eine Rezession treiben würde.

Außerdem scheinen die wachsenden Ängste wegen der Asien-Krise in den letzten Wochen den Aktien-Boom in den USA gebremst zu haben. Es gibt die reale Möglichkeit eines deutlichen Rückganges am Akteinmarkt in der nahen Zukunft (das scheint an jedem Tag, an dem ich diesen Text schreibe, wahrscheinlicher zu werden; August 1998). Wenn ein ernster Rückgang am Aktienmarkt auftreten sollte, würde der Konsum drastisch zurückgehen (vor allem der Konsum sehr teurer Produkte, wie Häuser, Autos, Computer, Fernseher, Stereoanlagen, Restaurants und Urlaubsreisen), was die US-Wirtschaft noch tiefer in die Rezession treiben würde.

Wenn die asiatische Krise sich wirklich weiter verschlimmert, wächst außerdem die Gefahr, daß ein oder mehrere asiatische Länder ihre Schuldzahlungen an US-Banken und andere US-amerikanische Geber aussetzen (oder genauer: daß asiatische Banken und private Unternehmen ihre Schulden nicht zurückzahlen werden). Die meisten dieser Schulden, die ursprünglich kurzfristige Kredite waren, wurden neu festgesetzt und ihre Laufzeit auf zwei bis drei Jahre verlängert. Ob die asiatischen Schuldner die Kredite werden zurückzahlen können, wenn sie Anfang des nächsten Jahrtausends fällig sind, hängt davon ab, wie sich die asiatische Krise in Zukunft entwickelt. Wenn das Schlimmste vorbei ist, und diese Wirtschaften sich in den nächsten zwei Jahren zu erholen beginnen, sollten die meisten Schuldner in der Lage sein, ihre Schulden zu zahlen. Doch wenn sich die Krise weiter verschlimmert, werden viele Schuldner gezwungen sein, die Zahlungen für die nächsten paar Jahre auszusetzen.

Die aktuellere Frage ist aber, ob diese asiatischen Schuldner in den nächsten ein oder zwei Jahren in der Lage sein werden, ihre Schulden zu zahlen. Die Zinsrate der verlängerten Schulden ist zwei bis drei Prozent höher als vorher, so daß es

schwieriger wird, diese Schulden zu tilgen. Noch wichtiger ist, daß die fünfzigprozentige (oder höhere) Abwertung der asiatischen Währungen, die Forderungen, die in Dollar gestellt werden, in den Heimatwährungen gerechnet die Schulden mindestens verdoppelt haben. Eine vollständige Tilgung dieser Zinszahlungen scheint nicht sehr wahrscheinlich.[14] Zahlungsverzüge würden natürlich Verluste für US-Banken bedeuten. Wenn diese Verluste bedeutend genug wären, würde dies zu einer »Kredit-Krise« und zu höheren Zinsraten in den USA führen (weil die Banken ihre Kredite einschränken würden, um die Verluste, die sie in Asien machen, zu kompensieren), was die US-Wirtschaft weiter in die Rezession treiben würde. Die »Freikauf-Kredite« des IWF an asiatische Staaten sind genau darauf abgestimmt, daß asiatische Schuldner ihre amerikanischen und anderen ausländischen Gläubiger bezahlen können. Aber es ist nicht sicher, daß das auch funktionieren wird. Alles hängt davon ab, wie schlimm die asiatische Krise wird.

In den vergangenen Monaten ist eine andere »Kredit-Krise« in den USA aufgetaucht – eher durch den Handel mit Schuldverschreibungen als durch die Banken hervorgerufen. Kreditgeber sind durch die Zahlungsunfähigkeit Russlands im August und durch den Beinahe-Bankrott von langfristig angelegtem Kapital (ein großer Hedge Fond, der mehr als 100 Mrd. US$ von großen Banken in den USA und weltweit geliehen hatte) heimgesucht worden. Das hat zu einer »Flucht in die Sicherheit« geführt und dazu, daß Kreditgeber dem Kauf von Schuldverschreibungen, abgesehen von US-Schatzbriefen, immer ablehnender gegenüberstehen.

Eine weitere Gefahr besteht darin, daß japanische Banken aufgrund ihrer eigenen Wirtschaftskrise gezwungen sein könnten, die Kapitalausfuhr in die USA einzustellen und sogar beginnen könnten, Kapital aus den USA abzuziehen, um ihre lokalen Liquiditätsprobleme zu lösen. Dieser Abzug japanischen Kapitals aus den USA (oder auch nur der Stop weiterer Kredite) hätte ähnliche Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft wie ein Zahlungsstop der asiatischen Schuldner – Kreditkrise, höhere Zinsraten, usw. – und das wäre ein weiterer Faktor, der die US-Wirtschaft in eine Rezession (oder schlimmeres) treiben würde.[15]

---

[14] *Wade und Veneroso (1998)* meinen, daß nur »wirklich große Verbesserungen der Handelsbilanz genug ausländisches Geld anlocken könnten, um die Zinszahlungen abzudecken, die in den nächsten Jahren fällig werden.« (S. 12)

[15] Die Abhängigkeit der US-Wirtschaft von japanischem Kapital war der Hauptgrund, warum die US-Regierung gegen den japanischen Vorschlag stimmten, einen »Asien-Fonds« zu schaffen, der den assoziierten asiatischen Ländern helfen sollte, ihre Schulden zu bezahlen. US-Vertreter fürchteten, mehr japanisches Kapital für Asien bedeute weniger japanisches Kapital für die USA (siehe *Wade und Veneroso, 1998: 20*). Es gibt aktuelle Gespräche darüber, diese japanische Idee wiederzubeleben, was dieses potentielle Problem für die USA wieder in den Vordergrund rücken könnte.

Falls es in den nächsten ein oder zwei Jahren zu einer Rezession der US-Wirtschaft kommen sollte, hätte das verheerende Folgen für die übrige Wirtschaft weltweit, und ganz besonders für die asiatischen Länder. Die wichtigste Hoffnung der asiatischen Länder bei der Bewältigung ihrer Krise ist, ihre Exporte in den »boomenden« US-Markt zu verstärken (vorher bestand eine Hoffnung darin, die Exporte nach Japan zu verstärken, aber diese Hoffnung hat sich verflüchtigt, als Japan selbst in eine Rezession fiel). Falls die US-Wirtschaft in eine Rezession geht, würde die Nachfrage nach asiatischen Exporten in den USA zurückgehen statt zu wachsen. Ohne diese wichtigste Chance zur Erholung würden die asiatischen Wirtschaften wahrscheinlich für die nächsten Jahre in einer ernsthaften Depression steckenbleiben. Und wenn sich die asiatische Krise fortsetzt, werden diese Länder ziemlich sicher nicht in der Lage sein, ihre Schulden zu begleichen und ihre Kredite an US-Banken zurückzuzahlen.

Wenn andererseits eine ernsthafte Krise der US-Wirtschaft verhindert wird, würde die asiatische Krise US-Firmen die Möglichkeit bieten, die Konkursmasse der bankrotten asiatischen Firmen zu Niedrigstpreisen zu kaufen. Die Wirtschaftszeitungen sind voll mit Stories von US-Managern, die ganz Asien abfliegen, und nach den besten Angeboten und den niedrigsten Preisen suchen. Nach *Kim und Cho (1998)* hat es die südkoreanische Regierung selbst übernommen zu entscheiden, welche der bankrotten koreanischen Firmen abgewickelt wird und welche ausländischen Investoren zum Kauf angeboten wird. In diesem Fall wäre ein Resultat der Krise die steigende Zahl asiatischer Firmen in US-amerikanischem Besitz, d.h. die wachsende Dominanz US-amerikanischen Kapitals über die Weltwirtschaft. (*Tabb, 1998*, legt besondere Betonung auf dieses mögliche Ergebnis der asiatischen Krise.) Dieser Aufkauf bankrotter Firmen durch überlebende Firmen findet in jeder Depression statt. Aber dieses mal wird dieser Prozeß der Liquidation und Konzentration von Kapital wahrscheinlich zum ersten mal eine deutliche internationale Dimension haben. Der niedrige Kaufpreis der asiatischen Firmen würde auch die weltweite Profitrate der US-Firmen erhöhen und damit vielleicht zu einer zumindest teilweisen Lösung der Profitabilitätsprobleme des US-Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten beitragen.

Die Wahrscheinlichkeiten dieser verschiedenen Ergebnisse sind schwierig abzuschätzen, aber es scheint ziemlich sicher, daß der jüngste »Boom« der US-Wirtschaft zu einem großen Teil auf einen temporären Zufluß von ausländischem Kapital zurückgeht und fast sicher, daß dieser »Boom« nur kurz sein wird. Der aktuelle »Boom« ist kein Zeichen dafür, daß die lange Periode der Stagflation vorbei ist. Die US-Wirtschaft wird sicherlich sehr bald auf das langsame Wachstum zurückfallen, wie es in den 80er und Anfang der 90er Jahre vorherrschend war. Die kritische Frage ist, ob dieses langsamere Wachstum in die Krise führt oder nicht. Im besten aller Fälle mit langsamen Wachstum aber ohne Rezession, ist es nicht wahrscheinlich, daß die Reallöhne wachsen, wenn überhaupt, dann so wie

während der Stagflation seit den 70er Jahren. Der amerikanische Traum wird schwer zu haben bleiben, wenn der US-Kapitalismus weiter versucht, seine Profitrate auf die Nachkriegswerte hochzutreiben. Wenn das langsame Wachstum zu einer Rezession führt, wächst die Gefahr, daß diese Rezession eine weltweite kapitalistische Krise auslöst. Ich glaube, es ist sehr wahrscheinlich, daß im nächsten Jahr (also 1999) eine solche Rezession der US-Wirtschaft auftritt.

Ich zögere, Vorhersagen für die US- und Weltwirtschaft über längere Zeiträume zu machen, aber wenn man der Geschichte (und Marx' Theorie) folgt, wird die Nachkriegsperiode mit sinkender Profitabilität und wachsender Verschuldung durch eine Zeit der Depression abgelöst, die von bedeutenden und häufigen Zusammenbrüchen gekennzeichnet ist, die die Profitrate für die überlebenden Firmen steigern und einen großen Teil der existierenden Schulden vernichten, und dadurch die Voraussetzungen für eine weitere Periode von Wachstum und Prosperität schaffen. Mit anderen Worten: eine Rückkehr zur Prosperität erfordert eine vorherige Depression. Es ist vielleicht möglich, daß eine solche Depression auch in den nächsten paar Jahren verhindert wird, aber ohne eine solche Krise ist eine Rückkehr zu den erfolgreichen Bedingungen des »goldenen Zeitalters«, wie die frühe Nachkriegsperiode genannt wird, nicht sehr wahrscheinlich.

Es ist sogar noch schwieriger vorherzusagen, wie die Antwort der US-Arbeiter auf die anhaltende wirtschaftliche Stagnation und die (bestenfalls) stagnierenden Reallöhne oder gar eine weltweite kapitalistische Depression ausfallen wird. Bisher waren die amerikanischen Arbeiter sehr zurückhaltend, haben sinkende Reallöhne und sinkende Jobsicherheit hingenommen. Doch einem guten Teil dieser Passivität liegt die optimistische Aussicht zugrunde, daß die Jahre der »Qual« bald vorüber sein werden und daß die US-Wirtschaft bald zu ihrem Erfolg der frühen Nachkriegsjahre zurückkehren wird, ihre Jobsicherheit und steigenden Reallöhne inbegriffen. Eine anhaltende Stagnation oder Schlimmeres würde diese Aussicht vernichten. Vielleicht wird Hinnahme dann in Widerstand umschlagen. ■

Literatur

Bernanke, Ben and John Y. Campbell (1988). »Is There a Corporate Debt Crisis?« Brookings Papers on Economic Activity, 82-139.

Bluestone, Barry and Stephen Rose (1997). »The Growth in Work Time and the Implications for Macro Policy,« Jerome Levy Economics Institute Working Paper No. 204.

Bowles, Samuel, David Gordon, and Thomas Weisskopf (1983). Beyond the Wasteland. Garden City, New York: Doubleday.

Brouwer, Steve (1998). Sharing the Pie: A Citizens's Guide to Wealth and Power in America. New York: Henry Holt and Co.

Duménil, Gerard and Dominique Levy (1993). The Economics of the Profit Rate: Competition, Crises, and Historical Tendencies in Capitalism. Aldershot, England: Edward Elgar.

Friedman, Benjamin (1988). Day of Reckoning: The Consequences of American Economic Policy under Reagan and After. New York: Random House.

Glyn, Andrew (1997). »Does Aggregate Profitability Matter?« Cambridge Journal of Economics, 21: 593-619.

Harrison, Bennett and Barry Bluestone (1988). The Great U-Turn: Corporate Restructuring and the Polarizing of America. New York: Basic Books.

Kahn, Herman (1967). The Year 2000: a framework for speculation on the next thirty-three years. New York: Macmillan.

Kim, Soohaeng and Bokhyun Cho (1998). »On the State-Initiated Restructuring of the Industrial and Financial Sectors in the Current Korean Economic Crisis,« paper presented at the URPE Summer Conference, August 1998.

Marglin, Steven and Juliet Schor (1990). The Golden Age of Capitalism: Reinterpreting the Postwar Experience. New York: Oxford University Press.

Marx, Karl (1977). Capital, Volume 1. New York: Random House.

Mishel, Lawrence, Jared Bernstein, and John Schmitt (1997). The State of Working America, 1996-97. Armonk, NY: M.E. Sharpe.

Moseley, Fred (1991). The Falling Rate of Profit in the Postwar United States Economy. London: Macmillan.

Moseley, Fred (1997). »The Rate of Profit and the Future of Capitalism,« Review of Radical Political Economics, 29:4, 23-41.

Peterson, Wallace (1994). Silent Depression: The Fate of the American Dream. New York: W.W. Norton.

Ruggles, Patricia (1990). Drawing the Poverty Line: Alternative Poverty Measures and Their Implications for Public Policy. Washington, DC: Urban Institute Press.

Shaikh, Anwar (1992). »The Falling Rate of Profit as the Cause of Long Waves: Theory and Empirical Evidence,« in A. Kleinknecht, et. al. (eds.), New Findings in Long-Wave Research, New York: St. Martin's Press.

Tabb William K. (1998). »The East Asian Financial Crisis,« Monthly Review, 50:2, 24-38.

Tilly, Chris (1996). Half a Job: Bad and Good Part-Time Jobs in a Changing Labor Market. Philadelphia: Temple University Press.

United States Congress, Joint Economic Committee (1986). »The Concentration of Wealth in the United States.«

Wade, Robert and Frank Veneroso (1998). »The Asian Crisis: The High Debt Model Versus the Wall Street-Treasury-IMF Complex, New Left Review, No. 228: 3-23.

Weisskopf, Thomas E. (1979). »Marxian Crisis Theory and the Rate of Profit in the Postwar U.S. Economy,« Cambridge Journal of Economics, 3 (December): 341-78.

Wolff, Edward N. (1986). »The Productivity Slowdown and the Fall in the Rate of Profit, 1947-76,« Review of Radical Political Economics 18 (Spring-Summer): 87-109.

Zerbrechliche Modellfabrik

Der Streik bei SMART im November 1999

Vom 8. bis zum 17. November letzten Jahres wurde die Produktion der vor kaum zwei Jahren eröffneten SMART-Fabrik in Hambach durch Streiks bei drei »Zulieferfirmen« beeinträchtigt. Der Streik zeigte, wie anfällig das neue modulare Produktionskonzept in der Automobilindustrie gegenüber Streiks und anderen Formen des Arbeiterkampfs ist. Trotzdem bekräftigte der Produktionsleiter nach dem Streik, man werde an diesem Modell festhalten. Dazu hatte er allen Grund. Zum einen hatten die jungen ArbeiterInnen die mit diesem Fabrikkonzept verbundenen Kampfmöglichkeiten nicht für sich nutzen können. Statt ihre eigene Arbeitermacht zu entwickeln, waren sie von den beteiligten Gewerkschaften für deren Interessen mobilisiert worden und gingen eindeutig als Verlierer aus dem Streik hervor. Von den ursprünglich geforderten 1 500 Francs Lohnerhöhung (ca. 450 Mark) blieb am Schluß nicht viel übrig. Das eigentlich Verwunderliche bei diesem Streik war, daß es dem Unternehmen trotz der engen Verzahnung zwischen »Zulieferbetrieben« und Endmontage gelungen ist, den Produktionsausfall so gering zu halten. Für das gesamte Kapital in der Autoindustrie gibt es momentan auch wenig Alternativen zu solchen Experimenten mit neuen Organisationsformen der Arbeit. Nachdem die Versuche aus den 70er und 80er Jahren, die Produktion mit hohem Kapitaleinsatz weiter zu automatisieren, an Grenzen gestoßen sind, bleibt ihm heute nur der Ausweg, die Arbeit durch organisatorische Veränderungen intensiver und zu geringeren Kosten auszubeuten. In den Augen der jungen ArbeiterInnen richtete sich ihr Streik genau gegen diese Strategie der verschärften Mehrwertabpressung. Aber gerade an diesem Punkt haben sie nichts erreicht.

Am 16. November sind wir nach Hambach, einem kleinen Städtchen in Lothringen in der Nähe von Sarreguemines, gefahren und haben uns mit einigen der Streikenden unterhalten. Auf diesen Eindrücken und einigen Presseartikeln beruht die folgende Darstellung. Es sind erste Thesen, die eine genauere Auseinandersetzung mit den Widersprüchen der »modernen Fabrik« anstoßen sollen. Zunächst beschreiben wir die Struktur der Fabrik in Hambach, deren Besonderheiten zum Verständnis des Streiks wichtig sind. Dann charakterisieren wir die Menschen, die dort arbeiten müssen, schildern den Verlauf des Streiks, soweit er sich rekonstruieren ließ und bewerten seinen Ausgang.

Was ist neu an der »neuen Fabrik«?

Wenn wir von der *SMART-Fabrik* reden, meinen wir immer den gesamten industriellen Komplex »Smartville«, wie diese moderne Fabrik verniedlichend vom Unternehmer getauft wurde. Rechtlich betrachtet besteht sie aus dem Montagewerk der Smartfirma MCC (Micro Compact Car, heute eine hundertprozentige Tochter von Daimler-Chrysler) und 13 sogenannten »Systempartnern«. Diese werden meistens als »Zulieferer« bezeichnet, was einen falschen Eindruck vermittelt. Produktionstechnisch handelt es sich um *eine* integrierte Fabrik auf einem geschlossenen Werksgelände mit zentraler Zufahrt. Das Auto selbst ist so gestaltet, daß es aus wenigen vormontierten Komponenten und einer Reihe von Kleinteilen zusammengesetzt werden kann. Die Hauptmodule, die von den »Systempartnern« kommen, sind Karosserie (Magna Châssis), Cockpit (Mannesmann-VDO), Frontmodul (Bosch), Hinterachs-Antriebsmodul (Krupp), Türen (erst Ymos, jetzt Magna Doors). Die Lackiererei wird von der Firma Surtema-Eisenmann betrieben, die äußeren Kunststoffverkleidungen werden von Dynamit Nobel auf dem Gelände produziert. Die Endmontage bei MCC ist dadurch auf 4,5 Stunden pro Auto verkürzt worden. Diese Zahl sagt wenig darüber aus, wieviel Arbeit in einem fertigen Auto steckt. MCC gibt die eigene Fertigungstiefe (also ihren Anteil an der Gesamtproduktion des Autos) mit 8 Prozent an, d.h. 92 Prozent der Arbeit erfolgt bei anderen Firmen.[1] Und auch davon wird nur ein kleiner Teil in der SMART-Fabrik geleistet. Wichtige Komponenten und Teile werden von außerhalb angeliefert (z.B. der Motor von Mercedes in Berlin, die Hinterachse von Mercedes in Bremen, die Sitze vom französischen Sitzehersteller Edgar Faure). Die Fertigungstiefe der gesamten Fabrik in Hambach beträgt etwa 20 Prozent – also 8 Prozent bei MCC und 12 Prozent bei den »Systempartnern«, was in etwa der Zahl der Beschäftigten in den beiden Bereichen entspricht: 700 bei MCC und 1100 bei den »Systempartnern«. Das würde bedeuten, daß für die Gesamtproduktion der Autos, also 100 Prozent Fertigungstiefe, etwa 9000 ArbeiterInnen benötigt werden, d.h. weitere 7200 zu denen in Hambach arbeitenden. Es handelt sich also bei dem modularen Produktionskonzept nicht um die Wiedergeburt der klassischen großen Autofabrik – nur diesmal in unabhängige Firmen aufgespalten. Deren Fertigungstiefe lag bei 50 Prozent und mehr. Die neuen Fabriken sind nur noch der Endpunkt einer langen, oft im Dunkeln bleibenden Kette von Zulieferfabriken und Klitschen, die durch den immer wichtiger werdenden Transport mit LKWs verbunden sind.

Bei den »Systempartnern« von MCC handelt es sich um große Zulieferkonzerne wie Krupp, Magna oder Dynamit Nobel und Logistikfirmen wie TNT, die auf

---

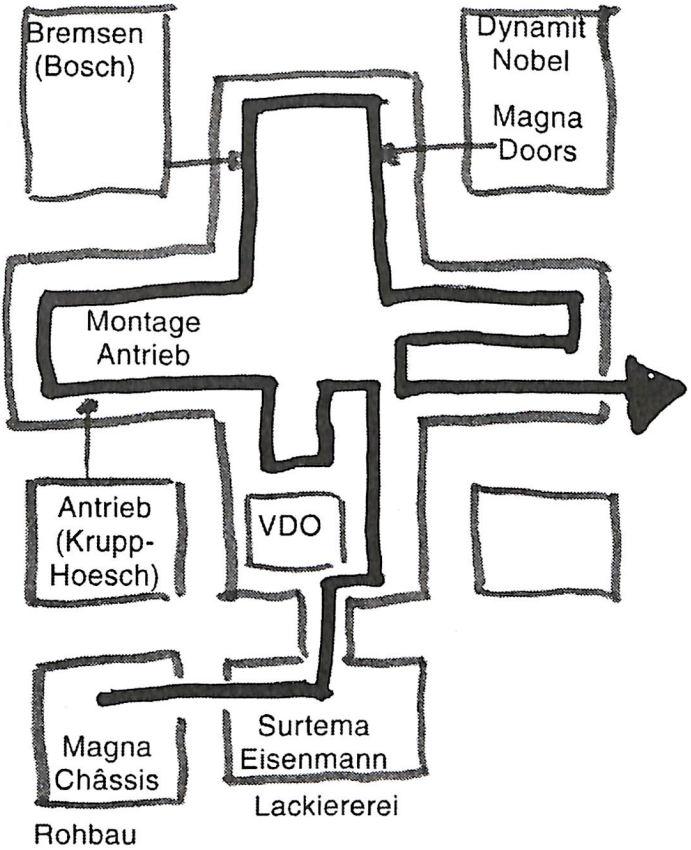
[1] Nach Harald Bölstler: »smartville – die Fabrik der Zukunft«, in: *technologie & management* Nr. 3, 1999, und Pressemitteilungen von MCC.

eigene Kosten in Hambach Produktionsstätten aufgebaut und einen großen Teil der Entwicklungskosten für die Module übernommen haben. Für MCC, d.h. für Daimler-Chrysler, sind die Investitionen damit deutlich geringer geworden – ganz abgesehen von den reichlichen Subventionen des französischen Staates. Auch finanziell ist die SMART-Fabrik damit ein *Experiment*. Beim Scheitern des Projekts aufgrund von Problemen beim Verkauf oder in der Produktion könnte es Daimler-Chrysler – bei einem Jahresumsatz von etwa 300 Milliarden Mark – locker verkraften, das Ganze wieder einzustampfen. In Hambach investierte MCC 445 Mio. Mark und die Zulieferer 385 Mio. Mark – die Gesamtinvestitionen inklusive Entwicklungskosten und Händlernetz sollen etwa 2,4 Mrd. DM betragen haben.

Die neue Aufteilung des Investitionsrisikos zwischen Automobilfirmen und Zulieferern, wie sie beim SMART oder beispielhaft in der 1996 eröffneten Fabrik von VW in Resende/Brasilien praktiziert wird, zielt aber im Kern auf die Aufsplitterung der ArbeiterInnen in der Fabrik. Das technisch neue Konzept der modularen Produktion wird mit der rechtlichen Aufteilung der Produktionsschritte auf verschiedene Einzelkapitale verbunden. Für die ArbeiterInnen bedeutet dies, daß sie in jeder Halle der Fabrik mit einem anderen Unternehmen, anderen Verträgen, einer anderen Personalpolitik usw. konfrontiert werden. Durch die Verbindung dieser Aufspaltung mit einer technisch veränderten Produktion, dazu noch in einer völlig neuen Fabrik, wird der Anschein einer gewissen Natürlichkeit dieser Aufspaltung vermittelt und ihr klassenpolitischer Sinn verschleiert. Die jungen ArbeiterInnen verstehen aber sehr wohl, daß es darum geht, sie innerhalb der Fabrik zu isolieren und zu schwächen. Probleme ergeben sich daraus aber auch für das Kapital, da die enge Verzahnung der Produktionsschritte und die unterschiedliche Behandlung der ArbeiterInnen durch die verschiedenen Unternehmen ständig miteinander in Widerspruch geraten. Hinzu kommen Reibungsverluste z.B. in der Entwicklung der Autobestandteile durch verschiedene Firmen. Dies war der Hauptgrund für die Verzögerung des ursprünglich für April 1998 geplanten Produktionsbeginns um ein halbes Jahr. Die damals bereits eingestellten ArbeiterInnen von SMART bekamen dabei gleich zu spüren, daß sie es sind, die bei der »flexiblen« Produktion für solche Pannen den Kopf hinhalten müssen. Sie wurden in dieser Zeit nach Lahr oder Rastatt abkommandiert und bei der Umrüstung der A-Klasse eingesetzt.

Besonders stolz sind die Planer auf die ausgefallene Form der Fabrik, die optimal zu der modularen Produktionsweise passe. Im Mittelpunkt der Fabrik steht eine kreuzförmige Halle, in der MCC die Endmontage durchführen läßt (siehe Abbildung). Das Band läuft in vier U-Formen durch diese Halle. Im Vergleich zu einer linearen Anordnung oder einem einzelnen U wird dadurch Platz gespart, die Entfernungen zwischen den einzelnen Montagestationen sind geringer, und die Module können trotzdem von außen direkt an die jeweiligen Montagestationen geliefert werden. Dabei wurde auf die Erweiterungsmöglichkeit geachtet. Das

Kreuz und die übrigen Firmen sind so angeordnet, daß jedes U bei Bedarf nach außen verlängert werden kann und auch die einzelnen »Systemlieferanten« Platz für Anbauten zur Verfügung haben.



Vereinfachte Skizze des Fließbandverlaufs in der Endmontage. In Wirklichkeit ist die kreuzförmige Halle von MCC im Verhältnis zu den Zulieferhallen viel kleiner.

Wenn der MCC-Chef betont, daß bei einer linearen Anordnung »die Kommunikation zwischen den beiden Enden des Bandes schwierig geworden wäre«, dann weist er ungewollt auf die Ähnlichkeit dieses Fabrik-Layouts mit dem »Panoptikum« hin, das Bentham 1787 als optimale Form des Gefängnisbaus vorgeschlagen hatte: aus der Mitte des Kreuzes lassen sich alle vier Bandabschnitte leicht überwachen – während die ArbeiterInnen in den einzelnen U-Abschnitten voneinander getrennt sind. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, daß sich über dem Kreuz eine gläserne Kuppel befindet, durch die aus der oberen Etage das Geschehen am Band beobachtet werden kann. In der Sprache der Fabrikplaner wird dies als die neue »Transparenz« der Fabrik gelobt.

Natürlich ist in den Papieren von MCC auch von »Gruppenarbeit« und »Teamgeist« die Rede – der SMART soll auf eine smarte Weise von smarten Arbeitern gebaut werden. Schon das Fabriklayout straft dieses ideologische Gewäsch Lügen. Das alles beherrschende Prinzip der Produktion ist das Fließband und die enge Verkettung zwischen den Produktionsschritten. Die Zeiten, in denen die Ideologie der Gruppenarbeit mit einer »Abkehr vom Fließband« verbunden wurde, sind längst vorbei. Das zentrale Argument für den Standort Lothringen in Frankreich war von Anfang an das niedrige Lohnniveau. In »Smartville« wird vor allem mit Druck gearbeitet: mit dem ständigen Hinweis auf die hohe Arbeitslosigkeit und der immer wiederkehrenden Androhung, die Fabrik wieder zu schließen. In einem Gespräch nach dem Streikende, zeigte sich der Produktionschef enttäuscht darüber, daß die ArbeiterInnen kein großes Interesse an der »Gruppenarbeit« zeigten, sondern lieber klare Anweisungen von oben haben wollten.[2] Was der Produktionschef hier als »Mentalitätsunterschied« zwischen Deutschen und Franzosen bezeichnet, ist in Wirklichkeit nur die sogenannte »Flucht in den Taylorismus«, die sich auch bei vielen Gruppenarbeitsexperimenten in Deutschland zeigt: das klare Bewußtsein darüber, für einen miesen Lohn eine miese Arbeit machen zu müssen, und nicht aus Begeisterung über das tolle Produkt und seine Verbesserung in die Fabrik zu kommen!

Die Produktionshallen der anderen Firmen sind so angeordnet, daß sie von dem Montagekreuz getrennt sind (durch Straßen mit so schönen Namen wie »Rue de la Qualité«, »Rue de la Flexibilité« oder »Rue de la Créativité«), aber bei einer Veränderung der Montage jeweils an der erforderlichen Stelle ans Band liefern können. Nach außen hin haben sie Platz für Erweiterungen. Diese Erweiterungsmöglichkeit könnte nicht nur für die Erhöhung der Produktion genutzt werden, sondern auch für eine Erhöhung der Fertigungstiefe durch die Ansiedlung weiterer Zulieferer. Auch in dieser Hinsicht ist der SMART ein Experiment. Ein so kleines Auto und die geringen Investitionen machen es besonders gut möglich, neue

---

[2] »Smart kämpft sich über steinigen Weg voran«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 4.12.1999.

Produktionskonzepte auszuprobieren. Sollte es mit diesem Konzept gelingen, profitabel zu produzieren und die derart gespaltenen ArbeiterInnen unter Kontrolle zu halten, so ist bereits die Möglichkeit vorgesehen, noch mehr Teile der Gesamtproduktion zu reintegrieren oder die Produktion auszuweiten (was sich in der aktuellen Planung für die Produktion eines viersitzigen Smarts zusammen mit PSA oder Fiat andeutet).

Die jetzige Kapazität der Fabrik beträgt 200 000 Smarts im Jahr bei Dreischichtbetrieb an sechs Tagen in der Woche und etwa 2 200 Beschäftigten. Im Moment werden deutlich weniger Autos produziert. Insgesamt arbeiten 1800 bis 1900 Menschen in »Smartville«, im Zweischichtbetrieb und einer Fünftagewoche. Aufgrund der geringen Nachfrage mußte die geplante Produktion für 1999, die zunächst auf 140 000 angesetzt war, immer weiter runtergefahren werden. Zuerst auf 100 000, und zum Zeitpunkt des Streiks war die Firma auf 80 000 runtergegangen, die Ende 1999 etwa erreicht wurden.

Wer baut den SMART?

Nach dem Krisenjahr 1992/93 wollte Mercedes mit der neuen SMART-Produktion ein politisches Signal an die ArbeiterInnen in Deutschland geben: Autos müssen auch in Westeuropa zu deutlich niedrigeren Löhnen gebaut werden können. Nach einer langen öffentlichen Diskussion über den Standort der SMART-Fabrik entschied sich Mercedes gegen die Proteste der Betriebsräte und Gewerkschaften für Lothringen, eine seit Jahren von Zechenstillegungen betroffene Region mit hoher Arbeitslosigkeit. Die Entscheidung wurde ausdrücklich mit den niedrigeren Löhnen und der größen Arbeitszeitflexibilität begründet. Der Anwerbe- und Einstellungsprozeß verlief von Anfang an mit Unterstützung des örtlichen Arbeitsamts, das MCC einen großen Teil des Selektionsprozesses mit einem 1996 eigens dafür eingerichteten »Centre de Recrutement« abnahm. Die Ämter hatten errechnet, daß im Umkreis von 50 Kilometern 30 000 Schulabgänger und Arbeitslose für einen Job in der SMART-Produktion in Frage kommen würden. Am Anfang bewarben sich einige Tausende um die Stellen und wurden dann einem tagelangen Ausleseprozeß unterzogen. 60 Prozent der Eingestellten sollen zuvor arbeitslos gewesen sein. Geboten wurde ein Lohn um die zwei- bis dreitausend Mark brutto, was 30 Prozent unter dem Lohnniveau des angrenzenden Saarlands liegt, das seinerseits deutlich niedriger als an den Mercedes-Standorten in Deutschland ist. Auch in Frankreich sind dies Löhne knapp über dem gesetzlichen Mindestlohn und niedriger als in Autofabriken von Renault oder Peugeot – jedenfalls für die Festangestellten (der Einsatz von Leiharbeitern ist in den französischen Autofabriken sehr viel stärker verbreitet als in Deutschland). Seitdem die Produktion läuft, hat das Interesse an den SMART-Jobs allerdings deutlich nachgelassen.

Die neue Methode, mit Billiglöhnern Autos zu produzieren, ist eng mit der besonderen Zusammensetzung der ArbeiterInnen in der SMART-Fabrik verknüpft. Zunächst funktioniert sie für das Kapital, aber sie enthält Widersprüche, die im Streik sichtbar geworden sind. Eine besondere Rolle spielen dabei das Alter der ArbeiterInnen (1), die verschiedenen Beschäftigungsverhältnisse (2) und die Region (3).

(1) Die meisten ArbeiterInnen sind **sehr jung** und es arbeiten relativ **viele Frauen** dort. Ein Arbeiter von Magna Doors sagt, das Durchschnittsalter bei ihnen sei 26 Jahre. Bei Magna Châssis soll es nur 23 Jahre betragen und nach Angaben von MCC beträgt das Durchschnittsalter in der gesamten Fabrik – also inklusive Vorgesetzte und Angestellte – nur 29,5 Jahre. Ein anderer von Châssis schätzt, daß noch die Hälfte von ihnen zu Hause wohnt. Aber sie alle stehen vor dem Problem, daß sie aufgrund des geringen Lohns kaum eine eigene Wohnung finanzieren können. Für diejenigen mit Familie sei die Belastung durch den Streik enorm – die CGT zahlt überhaupt kein Streikgeld, die FO nur ein kleines »Taschengeld«.

An den Streikposten ist auffällig, wie viele junge Frauen hier sind, die sich aktiv beteiligen. Das Arbeitsamt gibt an, daß 28 Prozent der Eingestellten Frauen gewesen seien, was acht Prozent über dem Durchschnitt in der französischen Autoindustrie liege.[3]

Mit Hinweis auf diese Zusammensetzung lassen sich die niedrigen Löhne in der üblichen Weise rechtfertigen, mit der Frauen und Kinder schon immer mit weniger Lohn abgespeist wurden: die ArbeiterInnen sind jung und unverheiratet, sie wohnen noch zu Hause, gehen als Frauen ohnehin nur vorübergehend arbeiten und werden später heiraten, usw.. Aber diese Situation macht sie auch beweglich auf dem Arbeitsmarkt und bindet sie kaum an das Unternehmen. Die Arbeit in den beiden Magna-Betrieben bezeichnen sie zwar als »leicht« und »gut«. Die Produktion der Karosserien und Türen ist stark automatisiert, sie stehen nicht am Band, sondern machen Einlegearbeiten an den Roboterstationen. Trotzdem sehen sie es nicht ein, mit dem Mindestlohn abgespeist zu werden. Die Erpressung mit der Arbeitslosigkeit und der Fabrikschließung funktioniert um so weniger, je geringer der Lohn ist. Ein deutscher Journalist beklagt sich über die »seltsam irreale« Argumentation an den Streikposten und zitiert eine Streikende mit den Worten: »Es ist mir egal, ob ich in sechs Monaten arbeitslos werde. Ich will jetzt 1000 Francs mehr«.[4] Dieselbe Haltung drücken auch andere Streikende aus. Sie sind entschlossen weiterzumachen, jetzt komme es auf die Lohnverluste durch den

---

[3] *Le Républicain Lorrain* vom 15.12.1999.

[4] »›Ob ich arbeitslos werde, ist mir egal.‹ Radikale Streikende der Gewerkschaft Force Ouvriére legten am Montag die Produktion im Smart-Werk Hambach lahm«, *Saarbrücker Zeitung*, 16.11.99.

Streik auch nicht mehr an. Würden sie jetzt aufgeben oder sich mit weniger als den 800 Francs abspeisen lassen, auf die ihre Gewerkschaft bereits heruntergegangen ist, so hätte sich das Ganze nicht gelohnt. Außerdem wäre das ein fatales Signal an die Kollegen der anderen Betriebe in »Smartville«. Alle würden dann denken, daß die Arbeiter doch nichts machen können. Die Alternative vor der die jungen ArbeiterInnen stehen, ist einfach die: entweder verdienen sie deutlich mehr Geld oder sie werden über kurz oder lang abhauen. Ob sie diese mies entlohnten Jobs dann selber kündigen oder der Unternehmer dicht macht, kann ihnen tatsächlich egal sein – an dieser Haltung ist nichts »irreal«.

(2) Die **Arbeitsverhältnisse** in der SMART-Fabrik sind von einer doppelten Spaltung geprägt, zwischen den einzelnen Betrieben und nochmal innerhalb von ihnen. Gerade bei den Zulieferfirmen sind die verschiedensten Arbeitsverhältnisse anzutreffen: Festeinstellung, befristete Einstellung, Leiharbeit – und mehr oder weniger vom Arbeitsamt gezwungen. Auch innerhalb der einzelnen Betriebe bekommen alle unterschiedliche Löhne, es gibt keine klaren Tarife. Die Regelungen über Urlaub und Prämien sowie Urlaubs- und Weihnachtsgeld (das es für die meisten nicht gibt) sind überall anders. Die Ausbildung der ArbeiterInnen ist sehr unterschiedlich. Manche haben Fachabitur und darüber, was sich aber nicht auf den Lohn für Produktionsarbeit auswirkt. Die Leiharbeiter können nicht mitstreiken, sie würden dann sofort entlassen werden. Ein Arbeiter von Magna Doors schätzt, daß von den 135 ArbeiterInnen bei ihnen nur 50 festeingestellt sind.

Als eine besondere Spaltung wird die zwischen MCC und den Zulieferern wahrgenommen, auch wenn die materiellen Unterschiede so groß nicht sind. Auch MCC zahlt als Grundlohn nur den gesetzlichen Mindestlohn, aber die Prämien und Zulagen sind hier üppiger. Die ArbeiterInnen der Magna-Betriebe sehen hierin eine klare Hierarchie: ganz oben stehen die ArbeiterInnen von MCC in der Endmontage. Danach kommen die Zulieferbetriebe mit wiederum unterschiedlichen Lohnniveaus. Bei VDO, erzählen sie, habe es wegen des Lohns schon mal einen kurzen Streik gegeben, aber ohne Blockade der Zufahrt. Die hätten sofort die geforderte Erhöhung bekommen. Die ArbeiterInnen bei Magna Châssis und Magna Doors verdienen etwa 7000 Francs brutto, was netto 5500 Francs (1650 Mark) ausmacht. Weitere Lohnbestandteile wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld gibt es für sie nicht. Als Fahrkostenzuschuß bekommen sie 65 Centimes (19 Pfennige) pro Kilometer, was nicht einmal ihre tatsächlichen Fahrtkosten decke.

Obwohl sie alle auf einem Gelände arbeiten, haben sie durch die Arbeit wenig Kontakt miteinander. Selbst in der gemeinsamen Kantinen treffen sich die ArbeiterInnen der unterschiedlichen Betriebe nicht, da sie versetzte Pausenzeiten haben. Daher sehen sie in dem Streik auch eine gute Gelegenheit, sich besser kennenzulernen.

Die Aufspaltung der ArbeiterInnen durch die Prekarisierung verliert aber ihre Wirksamkeit, wenn sie zu einer allgemeinen Erfahrung wird. Durch die allgemein niedrigen Löhne und die immer wieder gemachte Erfahrung von prekären Arbeitsverhältnissen wird fraglich, was an einem festen Arbeitsplatz so besonders erstrebenswert sein soll. Leiharbeit oder befristete Verträge sind nicht mehr »Sonderfälle«, unter denen einzelne leiden, sondern kennzeichnen die allgemeine Situation als LohnarbeiterIn. Damit relativiert sich ihre spaltende Wirkung und die von allen erfahrene Prekarisierung kann zum Ausgangspunkt von Kämpfen werden. Soweit ist es beim Streik im November nicht gekommen, aber der Konflikt bei der benachbarten Firma Behr zeigt, daß das Problem der Prekarisierung ständig und über die Einzelbetriebe hinaus präsent ist.

Konflikt um Prekarisierung bei Behr in Hambach

Der deutsche Kühlerhersteller Behr produziert seit 1994 nur ein paar Kilometer von Smartville entfernt Kondensatoren für Klimaanlagen, die unter anderem auch an MCC geliefert werden. Die Fabrik ist nur über die Zufahrtsstraße zu Smartville zu erreichen, die von den Streikenden blockiert wurde (die allerdings die ArbeiterInnen von Behr mit ihren Fahrzeugen durchließen). Am zweiten Streiktag verteilten einige Arbeiter von Behr 3000 Flugblätter der CGT an die Arbeiter von Smartville, in der zu einer Demonstration vor dem Arbeitsgericht von Sarreguemines aufgerufen wurde. Einige beteiligten sich an den Streikposten. Die CGT hatte sich an die Gerichte gewandt, um den »Mißbrauch« mit Leiharbeit und Zeitverträgen einzuschränken. Als Behr 1994 die Produktion aufnahm, waren nur 35 Prozent der ArbeiterInnen festeingestellt. Heute seien immer noch die Hälfte der 1 100 ArbeiterInnen prekär. Die Gewerkschaft wirft dem Unternehmen in ihrem Flugblatt vor, daß sie Befristungen und Leiharbeit als Dauereinrichtung nutze, ohne die Leute anschließend festeinzustellen. Im Juni 1998 hatte die Gewerkschaft zu einem zweitägigen Streik aufgerufen, um die Übernahme von 270 Befristeten zum Januar 1999 zu erreichen. Aber die meisten der streikenden Leiharbeiter und Befristeten von 1998 seien heute nicht mehr in der Firma, weil sie nicht übernommen wurden.

Wie die Stimmung zwischen den ArbeiterInnen der verschiedenen Firmen während des Streiks tatsächlich war, läßt sich von außen schwer einschätzen. Aber eine so feindliche Einstellung der Nicht-Streikenden, wie sie von der Presse darge-

stellt wurde[5], haben wir nicht erlebt. Als am Dienstag mittag die MCC-ArbeiterInnen in ihren dunkelblauen Firmenanoraks herauskommen, bleiben viele beim Streikposten stehen und unterhalten sich freundlich. Sie sind genauso jung wie die übrigen und scheinen die Motive für den Streik zu verstehen. Um das gute Verhältnis zu den übrigen ArbeiterInnen zu unterstreichen, erzählt uns einer der Streikenden von der Unterschriftenliste, die MCC an den Bändern herumgehen ließ. Die ArbeiterInnen sollten mit ihrer Unterschrift den Streik verurteilen und ihre Sorge um den Arbeitsplatz ausdrücken, der durch den Streik gefährdet würde. Insgesamt hätten nur zwei Produktionsarbeiter von MCC unterschrieben, sagt er lachend.

Ein weiteres Dilemma bei der rechtlichen Aufspaltung der Autofabrik in eine Reihe von selbständigen Firmen zeigt sich aktuell bei den Verhandlungen um die 35-Stunden-Woche, die nach dem Gesetz »Aubry« bis Anfang 2000 eingeführt werden muß. Auf der einen Seite versucht »der« Unternehmer, die Fiktion der selbständigen Firmen durch eine möglichst große Auffächerung der Arbeits- und Vertragsbedingungen aufrechtzuerhalten, auf der anderen Seite zwingt die enge Verbindung zwischen allen Betriebsteilen durch das »just-in-time«-Prinzip zu einer weitgehenden Angleichung der Arbeitszeiten und Schichtrhythmen. Angeblich würden bereits Abweichungen im Produktionsrhythmus von zwanzig Minuten das Montageband zum Stillstand bringen. Dieses Problem der einheitlichen Einführung der 35-Stunden-Woche war die eigentliche Ursache für den Streik im November. Zum einen ist die Frage der Arbeitszeit eng mit der Lohnfrage verknüpft und die gesetzliche Arbeitszeitverkürzung wird allgemein in Frankreich von den Unternehmern genutzt, um Lohnsenkungen durchzusetzen. Zum anderen brauchen die Unternehmer für die reibungslose Umsetzung der 35-Stunden-Woche zuverlässige Vermittlungsinstanzen, d.h. Gewerkschaften, mit denen Regelungen vereinbart und auch den ArbeiterInnen gegenüber durchgesetzt werden können. Die meisten Zulieferbetriebe in der SMART-Fabrik hatten aber zunächst versucht, ohne Gewerkschaften auszukommen.

(3) »Nicht umsonst hat sich Mercedes **diese Region** ausgesucht, weil sie hier viel niedrigere Löhne als in Deutschland oder woanders zahlen können«, sagt ein Arbeiter von Magna Châssis. Der Fabrikkomplex liegt in einer ländlichen Gegend von Lothringen. Die Hauptbeschäftigungsmöglichkeit lag hier im Bergbau, der fast völlig eingestellt worden ist. Hambach selber ist ein kleines verschlafenes Nest, in dem es keine andere Industrie gibt. Als sich Daimler 1994 – damals noch zusammen mit dem SMART-Erfinder Hajek von der Uhrenfirma Swatch – für diesen

[5] Der zitierte Korrespondent der *Saarbrücker Zeitung* gibt die »Stimmung an den Smart-Bändern« mit dem Zitat wieder: »Die da draußen sollten froh sein, dass sie Arbeit haben«. Ob er dies von Fabrikchef Bölstler weiß, den er ansonsten zitiert, oder von den ArbeiterInnen selbst, bleibt unklar.

Standort entschied, jubelte die Lokalregierung über die Ansiedlung und der französische Staat subventionierte großzügig den Bau der Fabrik. Den ArbeiterInnen werden ständig die Wirtschaftsprobleme der Region, z.B. der weitere Abbau von 6000 bis 7000 Arbeitsplätzen im Bergbau in den nächsten Jahren, vor Augen gehalten, um ihnen die Hinnahme der Arbeitsbedingungen bei SMART abzupressen.

Auch dieser regionale Standortvorteil hat seine Kehrseite. Trotz des ländlichen Charakters existiert in Lothringen ein Milieu der Arbeiterbewegung, auch wenn die Bergarbeiter ihre letzten Schlachten schon vor über zehn Jahren verloren haben. Es gibt noch Kampferfahrungen, die sich in den Familien erhalten. Viele der jungen ArbeiterInnen bei SMART sind Kinder von Bergarbeitern. Es ist zwar ihr erster Streik und für die meisten auch der erste Job, aber es scheint für sie ganz normal, um ein Feuer aus qualmenden Autoreifen herumzustehen und die Zufahrt zur Fabrik zu blockieren. Lothringen war noch in den 80er Jahren bekannt für die Militanz der Bergarbeiter, die in schöner Regelmäßigkeiten ihren Patrons die Villen anzündeten und Eisenbahngleise mit brennenden Barrikaden blockierten. Als wir mittags in einer Dorfkneipe sitzen, unterhalten sich ein paar alte Männer an der Theke darüber, wie sie es damals ihren Grubenbossen gezeigt hätten.

Seitdem sich herumgesprochen hat, zu welchen Bedingungen bei SMART gearbeitet wird, scheint das Interesse an diesen Arbeitsplätzen deutlich nachgelassen zu haben. Bereits kurz nach dem Anlaufen der regulären Produktion hatten am 15.9.1998 etwa 100 ArbeiterInnen von MCC für zwei Stunden die Arbeit am Montageband niedergelegt, um gegen die niedrigen Löhne und die Arbeitsbedingungen bei MCC zu protestieren.[6] Als kürzlich jüngeren Bergarbeitern 150 000 Mark (!) Abfindung für einen Wechsel nach »Smartville« geboten wurden, sollen nur zwanzig das Angebot angenommen haben.[7] In einer Region wie Lothringen, wo die Erfahrung mit Arbeitslosigkeit zu etwas alltäglichem geworden ist, kann sie – gerade bei den Jüngeren – ihren Schrecken leicht verlieren; zumal, wenn die Alternative ein Job bei SMART ist!

Die hier angedeuteten Widersprüche in der Zusammensetzung der SMART-ArbeiterInnen könnten das neue Produktionskonzept in eine schwere Krise stürzen, da es gegenüber selbständigen und nicht regulierten Kämpfen genauso anfällig ist, wie die Fließbandproduktion in den alten Großfabriken. Beim Streik im November behielten aber die Gewerkschaften die Kontrolle über das Geschehen. denen es darum ging, als Kontroll- und Vertretungsorgane in den Zulieferbetrieben anerkannt zu werden. Die Bedrohlichkeit des Streiks ist MCC und den Chefs der Zulie-

---

[6] *Liberation* vom 3.10.98; über Verlauf und Ausgang dieser Aktion ist nichts weiter bekannt geworden.

[7] Nach *taz* vom 13.11.99.

ferbetriebe klar gewesen. Sie haben daher alles versucht, um die Produktion weiterlaufen zu lassen. Denn ein erfolgreicher Streik hätte eine gefährliche Signalwirkung für die ArbeiterInnen aller anderen Teilbetriebe der Fabrik gehabt.

Gebremster Streik für gewerkschaftliche Zwecke

Lohnstopp und Flexibilisierung mit der 35-Stunden-Woche
Wir wissen nicht, warum die Gewerkschaft Force Ouvrière (FO) bei Magna Châssis gerade Anfang November diese Streikbewegung für fast 500 Mark mehr Lohn einleitete. Den Hintergrund bildet ein im Mai getroffenes Abkommen zwischen den Einzelbetrieben und den Gewerkschaften in »Smartville« über die vorgezogene Einführung der 35-Stunden-Woche ab Juli 1999. MCC hatte schon acht Monate vorher mit Verhandlungen darüber begonnen. Es mußten nicht nur die Einzelbetriebe, die teilweise zu Konzernen mit eigenen Regelungen gehören, zu einer speziellen Regelung für die SMART-Fabrik gebracht werden. In den meisten Betrieben existierten überhaupt keine Gewerkschaften, mit denen die Chefs hätten verhandeln können. Die wurden aber dringend gebraucht, weil nach dem Gesetz Aubry die Arbeiter selbst befragt werden müssen, falls die Gewerkschaften im Betrieb bei den letzten Wahlen weniger als 50 Prozent der Stimmen bekommen haben.[8] Lediglich bei MCC selber waren Gewerkschaften vertreten, in den anderen Betrieben mußten sie – wie *Liberation* schrieb – erst »erfunden« werden.[9] Zwischen diesen neu installierten Gewerkschaften und den Einzelbetrieben wurde im Mai 1999 ein Abkommen unterzeichnet. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde ab dem 28. Juni 1999 von 39 auf 35 Stunden im Jahresdurchschnitt verkürzt, mit einem Flexibilisierungskorridor von 0 bis 44 Stunden pro Woche. Der Produktionsleiter von MCC erklärte, die jungen ArbeiterInnen hätten statt der Arbeitszeitverkürzung lieber 10 Prozent mehr Lohn gehabt. Der Vertrag vom Juli bedeutete das Gegenteil. Die ArbeiterInnen bekommen zwar weiterhin den Lohn für 39 Stunden, aber dieser wurde für ein (bei Krupp Automotive für zwei) Jahre eingefroren. Neue Lohnverhandlungen sollte es nicht vor dem kommenden Frühjahr geben. Damit die Gewerkschaften ihr Gesicht bewahren konnten, wurde die Einstellung von 74 neuen ArbeiterInnen in ganz »Smartville« für ein Jahr (!) zugesichert.

---

[8] Diese Stärkung der Gewerkschaften durch die staatliche Gesetzgebung ist ein wichtiger Grund für deren Begeisterung über das 35-Stunden-Gesetz. Dafür wird von ihnen erwartet, daß sie die reibungslose Umsetzung der Abkommen gegenüber den ArbeiterInnen auch durchsetzen – womit sie momentan einige Probleme haben. Siehe zur Geschichte der Arbeitszeitverkürzung in Frankreich und zum Gesetz Aubry den Artikel in dieser Ausgabe des *Wildcat-Zirkular*.

[9] *Liberation* vom 12.7.99.

Dieses Abkommen machte jegliche Hoffnung der ArbeiterInnen zunichte, absehbar mehr Lohn zu bekommen und unterwarf sie zugleich einer weiteren Flexibilisierung. Was diese bedeutet, hatten sie schon im April '99 zu spüren bekommen. Nach Ostern hatte MCC die Produktion für zwei Wochen eingestellt – angeblich, um die Einführung der 35-Stunden-Woche vorzubereiten, in Wirklichkeit jedoch wegen der schlechten Verkaufszahlen. Die ausgefallene Arbeitszeit wurde den ArbeiterInnen anschließend als tägliche Überstunden wieder abverlangt.

Kalkulierter Streikbeginn

Anfang November war die FO, die bei Magna Châssis (150 Beschäftigte) Fuß zu fassen versuchte, aus dem Stillhalteabkommen ausgebrochen und hatte Verhandlungen mit der Forderung nach 1500 Francs mehr Lohn begonnen. Am 5. November erklärte sie die Verhandlungen für gescheitert und rief für Montag, den 8. November, zum Streik auf. Es war wahrscheinlich kein Zufall, daß sie gerade diese Woche aussuchte. Donnerstag, der 11. November, war ohnehin Feiertag, und der folgende Freitag schon lange als arbeitsfreier Brückentag vorgesehen. Es ging also erstmal nur um drei Arbeitstage, und das verlängerte Wochenende würde genug Zeit zu einer friedlichen Einigung auf dem Verhandlungsweg bieten. Dabei hoffte die FO vermutlich, mit dem für Montag (15.11.) groß angekündigten Produktionsstart der Dieselversion des Smart Druck ausüben zu können. Zu dieser Vorgehensweise paßt das schnelle Herunterschrauben der ursprünglichen Forderung auf 800 Francs in den Verhandlungen am Donnerstag.

Am Montagmorgen versammeln sich 70 ArbeiterInnen von Magna Châssis um halb sechs an der zentralen Zufahrt, die etwa zwei Kilometer vom Haupteingang der Fabrik entfernt von einem Kreisverkehr abzweigt. Aber erst am Abend beginnen sie mit der Blockade der Zufahrt – und das auch nicht besonders konsequent. Einige CGT-Aktivisten der Firma Behr unterstützen sie.

Im Laufe des Tages treten 130 der 200 ArbeiterInnen von Surtema-Eisenmann in den Streik, verlassen aber nicht das Fabrikgebäude. Ebenso beginnen etwa 100 der 135 ArbeiterInnen von Magna-Doors zu streiken und beteiligen sich an den Streikposten. Wir wissen nicht, wann und wie die Entscheidung in den anderen beiden Firmen getroffen wurde, sich am Streik zu beteiligen. An den Streikposten ist aber klar, daß auch hier die Gewerkschaften das Geschehen dirigieren. Im Unterschied zu Magna Châssis sind die ArbeiterInnen von Magna-Doors von der CGT organisiert, bei Surtema von der CFDT und der CGT. Ein Arbeiter von Magna-Doors erzählt uns, die Gewerkschaft sei erst höchstens zwei Monate bei ihnen aktiv. Er uns seine Kollegen seien vor einem Monat Mitglied geworden. Warum die von Châssis bei der FO, die von den Türen bei der CGT sind, kann uns keiner von ihnen erklären. Viel mehr als die Hoffnung auf mehr Lohn verbindet sie nicht mit »ihren« Gewerkschaften – zumal es kein oder nur minimales Streikgeld gibt.

Aufrechterhaltung der Produktion um jeden Preis
Das wichtigste Ziel der bestreikten Zulieferer und von MCC ist es, die Produktion aufrechtzuerhalten. Magna Châssis läßt Arbeiter aus der Magna-Fabrik in Sindelfingen kommen und heuert bei deutschen Leiharbeitsfirmen Streikbrecher an; die Chefs und Vorarbeiter stellen sich selbst an die Maschinen. Gegen den Einsatz der Leiharbeiter erwirkt die FO nach ein paar Tagen eine gerichtliche Verfügung. Am Streikposten werden wohl doch immer wieder LKWs mit produktionswichtigen Teilen durchgelassen. Im Zusammenhang mit dem fehlenden Streikgeld erzählt uns ein Arbeiter von Magna-Doors fast stolz, man habe einen LKW mit Ladung für ihre Firma durchgelassen, nachdem ihnen dafür die Bezahlung von zwei Streiktagen zugesichert worden war! Es kommt zwar zu einigen Unterbrechungen an den Bändern, aber insgesamt läuft die Produktion weiter. Ausgehend von den offiziellen Angaben über die just-in-time-Organisation der Produktion ist schwer vorstellbar, wieso der Streik nicht schneller einen völligen Produktionsstopp bewirkt hat. Entweder existieren doch größere Puffer zwischen den einzelnen Produktionsschritten, als behauptet wird, oder MCC und die Zulieferer konnten sich durch vorgezogene Anlieferungen und Teileproduktion auf den lange genug angekündigten Streik einstellen. Unklar ist auch, ob und in welchem Umfang MCC die Bänder mit unvollständigen Autos weiterlaufen ließ, auch wenn dann z.B. die Türen nachträglich montiert werden müßten. Das politische Ziel war es auf jeden Fall, die tatsächliche Zerbrechlichkeit und Angreifbarkeit der modernen modularen Fabrik vor den ArbeiterInnen zu verbergen.

Einen offiziellen Produktionsstopp gibt es erst am Mittwoch um 17 Uhr. Von 22 Uhr bis zum Montag morgen war wegen des Feiertags ohnehin die Einstellung der Produktion vorgesehen. Das heißt, in der ersten Woche des Streiks kann MCC den offiziellen Produktionsstopp auf fünf Stunden begrenzen. Die FO kündigt die Unterbrechung des Streiks bis zum Montag, um 5.30 Uhr an, um die Bezahlung des Feiertags zu sichern. MCC und die Zulieferer erhalten damit die Möglichkeit, über das lange Wochenende ihre Vorräte aufzufüllen und vorzuarbeiten.

Fortsetzung des Streiks in der zweiten Woche
Obwohl die Forderung nach 1500 Francs mehr Lohn den Unmut aller ArbeiterInnen über ihre Situation zum Ausdruck brachte, formulierte jede Gewerkschaft für ihren Betrieb gesonderte Forderungen und verhandelte einzeln. Für MCC war es hingegen klar, sich massiv in sämtliche Verhandlungen einzumischen, da sie die Gesamtproduktion berührten. Magna Châssis hatte auf die Forderung der FO hin eine Lohnerhöhung von 200 Francs ab März 2000 angeboten und am Mittwoch Einmalzahlungen von 400 bis 600 Francs, was von der FO abgelehnt wurde. Sie schraubte aber ihre Forderung zunächst auf 800 Francs und am Sonntag schließlich auf 400 Francs sofort, 660 Francs ab Januar herunter.

Ab Montag um 5.30 Uhr wird der Streik wieder aufgenommen und die Zufahrt blockiert. Zum ersten Mal scheint sich der Streik spürbar auf die Produktion auszuwirken. Die Bänder kommen öfter zum Stillstand und um 18.30 Uhr wird die Produktion ganz eingestellt. Von den geplanten 250 Smarts konnten nur 70 gebaut werden. MCC beginnt die Frage zu diskutieren, ob es zur technisch bedingten Aussperrung (chomage technique) übergehen soll, bei der die ArbeiterInnen etwa 50 Prozent des Lohns vom Arbeitsamt bekommen. Damit würde der Streik für alle ArbeiterInnen zu finanziellen Einbußen führen, während nur etwa 300 für höhere Löhne kämpfen. Zudem hat MCC gegen die Blockade vor dem Arbeitsgericht geklagt, worüber am nächsten Tag entschieden werden soll. Am nachmittag kommt es noch zu einem häßlichen Zwischenfall: ein Arbeiter von MCC versucht, mit seinem Auto die Kette der Streikposten zu durchbrechen und verletzt dabei einen der Streikenden schwer.

Am Dienstag morgen gibt MCC die Entscheidung bekannt, 1200 ArbeiterInnen in die technische Arbeitslosigkeit zu schicken. Den ganzen Vormittag über wird verhandelt, während die ArbeiterInnen an den Streikposten unsicher sind, wie es weitergehen soll. Am Nachmittag kommen die Gewerkschaftsvertreter zurück, mit unterschiedlichen Verhandlungsergebnissen für die drei Betriebe. Dadurch werden die ArbeiterInnen, die sich in ihrem Kampf für die 1500 Francs zusammenfinden konnten, wieder gespalten. Der beste Vorschlag scheint für die von Magna Doors vorzuliegen, die nun von den anderen mißtrauisch beäugt werden. Und als sie schließlich zustimmen (Lohnerhöhungen zwischen 200 und 500 Francs), geben auch die von Magna Châssis nach und stimmen einer Erhöhung der Bruttolöhne um 200 Francs ab Januar zu, verbunden mit der Zusicherung, daß die für November und Dezember schon zugesicherte Anwesenheitsprämie von 400 Francs trotz des Streiks ausgezahlt wird.

Noch vor der auf 16.30 Uhr angesetzten Gerichtsverhandlung über die Blockade wird sie von den Streikenden aufgehoben. Am Mittwoch morgen soll die Arbeit wieder aufgenommen werden, falls bis dahin auch bei Surtema das schon vorliegende Abkommen unterschrieben wird. Bei Magna Châssis versuchen einige ArbeiterInnen, den Streik fortzusetzen. Etwa 30 oder 40 von ihnen gehen nicht an die Arbeit, sondern verteilen Flugblätter. Trotzdem beginnt die Produktion bei Châssis mit der Frühschicht, und ab 14.30 Uhr läuft die Gesamtproduktion wieder. Am Abend stimmen die noch streikenden ArbeiterInnen für die Wiederaufnahme der Arbeit am Donnerstagmorgen.

MCC hat durch fünf Tage Streik 900 Autos verloren – bei einer geplanten Tagesproduktion von 400 bis 450 Stück also nicht einmal die Hälfte. Aus Gewerkschaftskreisen verlautet, daß man diesen Rückstand in drei Samstagsschichten wieder aufholen könne. Nach dem Streik werden täglich über 500 Autos montiert, was einer Jahresproduktion von 130 000 entspricht. Die eigentlichen Gewinner des Streiks sind die Gewerkschaftsorganisationen. Sie haben innerhalb von ein bis zwei

Monaten einige Hundert neue Mitglieder gewonnen und sind nun die anerkannten Verhandlungspartner in den Zulieferbetrieben. Die miesen Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden mit ihrer Hilfe tarifvertraglich festgeschrieben. Und MCC hat mithilfe der Gewerkschaften gezeigt, daß sich der Schaden durch Streiks bei einzelnen Zulieferern in Grenzen halten läßt.

Das Gefühl der Isolation unter den ArbeiterInnen und die Ohnmacht des Kapitals

Abgesehen von der Lokalpresse hat der Streik kaum Öffentlichkeit gefunden. Erst im Nachhinein wurde er breiter wahrgenommen und als Hinweis auf die Anfälligkeit dieses »ultra-modernen« Produktionskonzepts gewertet.[10] Im linken oder gewerkschaftlichen Milieu fand er keine Beachtung. Als wir sie fragten, ob Delegationen von anderen Autofabriken sie besucht hätten, lachten sie nur. Peugeot oder Renault, das sei doch eine ganz andere Welt, da würde man richtiges Geld verdienen. Und an Unterstützung von Gewerkschaftern bei Daimler in Deutschland bräuchte man gar nicht zu denken, bei den Löhnen und Bedingungen, die sie dort hätten. Daß ihr Streik eine besondere Bedeutung haben könnte, weil er die Probleme dieser modernen Modellfabrik offenlegt und zeigt, wie auch prekarisierte und in Zulieferbetriebe aufgespaltene ArbeiterInnen Macht entwickeln können, verstehen sie (noch) nicht. Es macht den Eindruck, als würden sie sich selber so klein und unbedeutend vorkommen wie dieses lächerliche Mini-Auto, das sie in dieser trostlosen Landschaft produzieren. Ihr Streik war tatsächlich wenig spektakulär, ein von Anfang an von den Gewerkschaften gemanagter Konflikt, in dem die jungen ArbeiterInnen kaum Chancen hatten, ihre eigenen Ideen, Bedürfnisse und Kampfformen auszudrücken.

Dies ist umso verrückter, als schon im November eine ganze Welle von Kämpfen begann, bei denen es überall um die mit der 35-Stunden-Woche verbundenen Versuche zur weiteren Flexiblisierung der Arbeit und zur Senkung der Löhne geht.[11] Anfang November hatten die ArbeiterInnen bei Renault-Flins für fünf Tage die Arbeit niedergelegt, bis ihnen eine Zusatzprämie von 1000 Francs zugestanden wurde. Später kam es auch bei Renault in Douai und in Cléon zu Arbeitsunterbrechungen. Es gab offensichtlich keinerlei Initiative, diese Konflikte mit dem Streik bei SMART in Hambach in Verbindung zu bringen. Genausowenig

---

[10] »Herbstlicher Blues in ›Smartville‹: Der erste Streik zeigte die Anfälligkeit eines neuartigen Auto-Produktions-Konzeptes«, titelte am 3.12.99 der österreichische *Standard*, von der »Zerbrechlichen Modellfabrik« schrieb die französische *Liberation* am 18.11.99.

[11] Siehe den Artikel dazu im *ak* Nr. 435, sowie eine ausführliche Auflistung und Einschätzung in »Dans le monde une classe en lutte«, Januar 2000, www.altern.org/luttes.

haben die beteiligten Gewerkschaften in der SMART-Fabrik versucht, die formale Getrenntheit der täglich zusammenarbeitenden ArbeiterInnen in verschiedene Unternehmen und unterschiedliche Arbeitsverhältnisse aufzuheben. Im Gegenteil, sie haben separat verhandelt und die unterschiedlichen Verhandlungsergebnisse noch dazu benutzt, einen schnellen Streikabbruch herbeizuführen. Ebensowenig wurde die Frage der Befristungen und der Leiharbeitsverhältnisse in der SMART-Fabrik zum Thema gemacht.

Diese Isolation der Streikenden hat dazu beigetragen, daß sie ihr Handeln nicht als Klassenmacht gegenüber dem Kapital begreifen konnten. Ganz praktisch ist die Verwertung des Kapitals aber in diesem modernen Fabrikkonzept in extremer Weise auf ihre tagtägliche Zusammenarbeit quer zu den künstlichen Grenzen der Betriebe und Beschäftigungsverhältnisse angewiesen. Jedesmal, wenn einzelne Gruppen von ArbeiterInnen irgendwo in der Zulieferkette, im Transport oder in der Endmontage aus Wut über dieses Elend die Brocken hinschmeißen, wird dies wieder sichtbar werden. Darin liegt das langfristige Dilemma des Kapitals. SMART-Chef Bölstler konnte nach dem Streik stolz verkünden, man sei mit einem blauen Auge davongekommen und denke nicht daran, das Produktionskonzept zu ändern: »Ein Prozent Ausfälle durch Streiks kommt uns immer noch billiger, als wenn wir das ganze Fertigungssystem in Beton hauen«, d.h. Lagerbestände aufbauen würden. Diese Aussage zeigt aber auch, wieviel für die Automobilindustrie auf dem Spiel steht. Die Kostenvorteile der modularen Produktionsweise sind zwangsläufig mit einer extremen Anfälligkeit verbunden. Wenn die ArbeiterInnen darin eine gemeinsame Macht erkennen, wäre auch dieses Modell nach über zwanzig Jahren von Experimenten mit neuen Produktionsformen in der Autoindustrie gescheitert. Und was bleibt ihnen dann? ■

Noch ein Streik – beim »Systempartner« Dynamit Nobel

Die Spannung in der SMART-Fabrik ist mit dem Streik im November nicht beseitigt worden. Am 17. Januar 2000 traten etwa 100 der 265 ArbeiterInnen des Zulieferbetriebs Dynamit Nobel in den Streik. Die Gewerkschaften CGT und CFTC forderten trotz des vereinbarten Lohnstopps eine allgemeine Lohnerhöhung von 500 Francs und eine individuelle Anwesenheitsprämie von 400 Francs. Dynamit Nobel hatte 400 Francs angeboten, wenn dafür sechs Stunden wöchentlich mehr gearbeitet werde – was praktisch auf eine Lohnerhöhung von 80 Francs hinausliefe. Der Streik wurde am 18. Januar fortgesetzt. Das neue Angebot von 200 Francs Lohnerhöhung lehnten die Streikenden ab und kündigten am 18.1. an, ihren Streik fortzusetzen (nach *Le Républicain Lorrain* vom 18. und 19.1.2000; in den folgenden Ausgaben wurde über den Ausgang des Streik nicht mehr berichtet).

Die »35 Stunden« gegen das Proletariat

Die Politik der Arbeitszeitverkürzung in Frankreich

Mouvement Communiste (Paris/Brüssel, Mai 1999)

1. Einleitung

Das *Gesetz Aubry* (Juni 1998) zur Einführung der 35-Stunden-Woche ist nur eine weitere der seit zwanzig Jahren durchgeführten Maßnahmen, die sich gegen die Arbeiter richten. Nach der Umstrukturierung des Kapitals in den Branchen, in denen die Arbeiterklasse über eine objektive und auch subjektive Stärke verfügt hatte (Stahl, Auto, Schiffbau), mußte das Proletariat große Niederlagen hinnehmen. Zu Beginn der 80er Jahre bildete die Linke an der Macht (PS-PCF, sozialistische und kommunistische Partei) die Speerspitze in dieser Offensive des Kapitals, wobei sie sich auf ihre institutionelle Funktion als politischer Repräsentant der ausgebeuteten Klassen und auf ihre gewerkschaftlichen Netze im Herzen der Klasse stützen konnte. Es war in erster Linie diese Linke, die den Notwendigkeiten der Kapitalakkumulation nachkam, indem sie die erforderlichen Gegenreformen auf der staatlichen Ebene anstieß und gesellschaftspolitische Experimente durchführte.

Seit fast 25 Jahren ist der französische Kapitalismus mit Entwertungskrisen konfrontiert, deren Breite und Tiefe weiter zunehmen (siehe die Krise 1991/92): historische Verlangsamung seiner Akkumulationsrate, Niedergang auf der weltweiten imperialistischen Bühne. Deshalb greift er das Proletariat so intensiv an, wie es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr geschehen ist. Flexibilisierung, Prekarisierung, Individualisierung waren die großen Parolen auf seinen Fahnen. Mit der Anwendung dieser Parolen wurde der Arbeitsmarkt in den letzten zwanzig Jahren vollständig umgekrempelt.

2. Die Wende von 1982

2.1 Nochmal zurück

Das *Gesetz Aubry* ist der würdige Erbe der Anordnung zur Arbeitszeitverkürzung vom 16.Januar 1982. Heute will sich die Linke nur noch daran erinnern, daß dieses Gesetz den Übergang von der 40- zur 39-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowie die fünfte Woche bezahlten Jahresurlaub brachte. Die Arbeiterklasse hat aber nicht vergessen, daß diese Anordnung lediglich für die gesetzlichen Min-

destlöhne (SMIC) den vollen Lohnausgleich vorgesehen hatte. Schon damals stand die »Umverteilung der Arbeit« und der Einkommen auf der Tagesordnung.

Darüberhinaus ging es um eine Reorganisation der Arbeit, um den Auslastungsgrad der Anlagen zu optimieren, und um die Einschränkung der Reallohnsteigerungen. Dies führte Anfang 1982 zu einer Welle von Konflikten und Streiks, bei denen die Forderung nach vollem Lohnausgleich im Mittelpunkt stand. Manchmal richteten sich diese Kämpfe auch gegen eine neue Arbeitsorganisation, mit der die Samstagsarbeit eingeführt und mit Hinweis auf die fünfte Urlaubswoche branchenüblicher oder altersabhängiger Zusatzurlaub infrage gestellt wurde. Erst angesichts dieser massiven Arbeitermobilisierung (z.B. gingen von 1969 bis 1977 nur halb soviel Tage durch Streiks verloren wie allein im Jahr 1982, von 1978 bis 1981 sogar fünf- bis sechsmal weniger) verzichtete die damalige Regierung auf ihr Vorhaben.

Am Ende dieser Streikwelle war von der Anordnung vom 16. Januar folgendes übriggeblieben: die Verallgemeinerung flexibler (individualisierter) Arbeitszeiten, die wöchentlich wechseln können, was zum Wegfall von Überstundenbezahlung führt; die Ermöglichung von Wochenendschichten durch Aufhebung der allgemeinen Sonntagsruhe; die Möglichkeit, Frauen in der Industrie bis 24 Uhr, statt wie bisher bis spätestens 22 Uhr arbeiten zu lassen.

Was der Regierung Giscard-Barre Ende der 70er Jahre aufgrund des gewerkschaftlichen Widerstandes nicht gelungen war, wurde also innerhalb weniger Wochen im Namen des »Gemeinsamen Programms« (Wahlplattform der PS, PCF und anderer linker Parteien von 1973) umgesetzt: die Linken und die Gewerkschaften waren schlagartig »vernünftig« geworden. Nachdem die zunehmende Flexibilisierung durchgesetzt war, ging es für die Regierung noch um die Frage der Löhne, denn die Arbeiter wehrten sich dagegen, die Arbeitszeitverkürzung mit Lohnsenkung zu bezahlen. Dieses Problem wurde mit der berühmten »Wende der Härte« [tournant de la rigueur] gelöst, in deren Verlauf mit dem Gesetz vom 22. Juni 1982 – dem sowohl die Stalinisten wie die Sozialdemokraten zustimmten – ein institutioneller Preis- und Lohnstopp eingeführt wurde.

Mit der Anordnung von 1982 war die Büchse der Pandora geöffnet worden: Flexibilisierung, Jahresarbeitszeit, Individualisierung der Arbeit. Für Jacques Rigaudet, den damaligen »Sozial«-Berater von Michel Rocard, lag eben darin – jenseits der hohlen Phrasen von freier Zeit und Abbau der Arbeitslosigkeit – ihr wesentlicher Verdienst: *»Die Anordnung von 1982 hatte einen neuen Begriff in das Arbeitsgesetzbuch [Code du travail] eingeführt: die Anpassung der Arbeitszeit [modulation des horaires]. Seit Inkrafttreten des Arbeitsgesetzbuchs war es damit zum ersten Mal überhaupt möglich, durch Verhandlungen und Abkommen von kollektiven Regelungen abzuweichen.«* Die späteren Links- und Rechtsregierungen haben diesen Kurs weiterverfolgt. Durch eine Unzahl von Gesetzen wurden die Ausweitung neuer Arbeitsformen wie Teilzeit, Leiharbeit und »graue« Arbeit

(TUC, SIVP, CES, CRE, emploi jeunes)[1] gefördert, die Entwicklung zur Jahresarbeitszeit eingeleitet (Delebarre, Séguin), die Nachtarbeit für Frauen in der Industrie wieder eingeführt, die Sozialabgaben gesenkt (d.h. der indirekte Lohn gekürzt), usw..

Das *Gesetz Aubry* steht ganz in dieser Kontinuität. Seine wesentlichen Neuerungen liegen darin, daß es das Unternehmen als Ort der Rechtsschöpfung institutionalisiert, eine für alle Beschäftigten gleiche Sozialgesetzgebung beendet, zwei unterschiedliche Mindestlöhne einführt und die Entwicklung zur Jahresarbeitszeit beschleunigt, womit logischerweise die Überstundenbezahlung abgeschafft wird.

2.2 Ein exemplarischer Kampf

Aber zunächst noch einmal zurück zu der Streikwelle von 1982. In der *Libération* vom 19.2.1982 findet sich eine der seltenen Spuren, die diese Streikbewegung hinterlassen hat. Unter der Überschrift *»130 Arbeitsplätze sind keinen Samstag ohne Rugby wert«* und dem Untertitel *»Der Geschäftsführer von Roudière sagt, die 36-Stunden-Woche würde die Einstellung von 130 Personen ermöglichen. Die Beschäftigten weisen diese neue Organisation zurück, weil sie samstags arbeiten müßten«* ist zu lesen: *»›Das sind Egoisten, ihnen sind die Arbeitslosen schnuppe‹, murmeln die Bewohner in Pasy d'Olmes en Ariège (1600 erfaßte Arbeitslose). ›Ihre Weigerung ist skandalös‹«* klagen die Stadtverordneten und die Mitglieder des lokalen Komitees für Arbeitsplätze[2]. *»Altmodische Verhaltensweisen haben ein langes Leben«*, philosophiert seinerseits Jean Arpentinier, Geschäftsführer von Roudière, des bedeutendsten Textil-Unternehmens in der Region mit 1587 Beschäftigten... Die Spannung begann am 11.Februar zu steigen. Die Reorganisation der Arbeit sah eine Verkürzung auf 36 Stunden für die Schichtarbeiter vor, die

---

[1] TUC (travaux d'utilité collective = gemeinnützige Arbeiten) wurden 1984 für Arbeitslose zwischen 16 und 25 Jahren eingeführt. Für 20 Stunden Arbeit pro Woche bei der Kommune oder einem Verein bekamen sie 1200 Francs. Die Unternehmer verlangten die Ausweitung der TUC auf den Privatsektor, um auch in den Genuß dieser billigen Arbeitskraft zu kommen. Dadurch entstanden 1986 die von Linken und Rechten gemeinsam beschlossenen SIVP (stage d'insertion à la vie professionnelle = Einführungspraktika ins Berufsleben). Mit dieser Arbeitsform kann der Unternehmer unter dem Vorwand der Ausbildung, sechs Monate lang über jugendliche Arbeiter verfügen. Den 16-18jährigen muß er 775 Francs bezahlen, den 18-25jährigen 1230 Francs. Bei CES (contrat emploi solidariat) bekommt der Unternehmer bei der Einstellung von jugendlichen Arbeitslosen einen Zuschuß, bei CRE (contrat de retour) wird die Einstellung von von Langzeitarbeitslosen subventioniert.

[2] Offizielle Stelle, die Leuten helfen soll, über das Arbeitsamt Arbeit zu finden und/oder Unternehmer davon zu überzeugen sucht, in der Gegend mit Hilfe von öffentlichen Subventionen zu investieren. Anm.d.Ü.

Einrichtung einer dritten Schicht und die Einstellung von 130 Personen, darunter 20 Zeitvertragler, die später fest eingestellt werden sollten.

Seit zwei Monaten gärt hier die Wut, und die Arbeiter erklären sich streikbereit, falls ein solcher Vertrag unterzeichnet würde. Sie wollen samstagnachmittags nicht arbeiten, wie es die neue Reorganisation der Arbeit vorsieht. *»Man hat uns schon mal reingelegt, 1978 mit dem Samstagvormittag, wir werden damit nicht noch einmal anfangen«*, sagt Gilbert aus der Kämmerei. Die Opposition ist noch stärker unter den Frauen, die die Hälfte der SchichtarbeiterInnen ausmachen. *»Man hat jetzt schon kein Leben. Wenn wir dann auch noch samstags arbeiten müssen, dann wären wir die einzigen in dieser Stadt, die sich am Wochenende nicht erholen können. Schon wegen der Kinder machen die Paare Gegenschicht (der eine fängt um 5 Uhr an, der andere um 13 Uhr) und sehen sich nicht mehr. Mit Samstagsarbeit wären wir noch mehr von der Welt abgeschnitten.«* Die neue Arbeitsorganisation sieht in der Tat vor, daß an 6 von 8 Samstagen bis um 20 Uhr gearbeitet wird. Im Austausch bietet man ihnen zwei aufeinanderfolgende freie Tage unter der Woche und zwei dreitägige Wochenenden alle 8 Wochen an. Aber nichts zu machen. Die Schichtarbeiter wollen ihren Samstag behalten ... und samstags arbeiten, *»das heißt auch Sonntagsarbeit akzeptieren. Wir sind in der Textil- und nicht in der Stahlbranche. Es gibt keinerlei technologische Notwendigkeit, 24 Stunden am Tag zu arbeiten«*, sagt Jean Pierre aus der Kämmerei. Die Geschäftsleitung hat im gesamten Februar und März die Lohnzugeständnisse aufgestockt und vorgeschlagen, die 36-Stunden-Woche wie 40 zu bezahlen, ab Ende 1984 ein vollständiges 13.Monatsgehalt zu bezahlen, sie hat erklärt, daß *»es nicht darum geht, die Leute sonntags arbeiten zu lassen«*.

Eine Lokalzeitung stellte die Frage: Sind die Arbeiter reaktionär? Wir zitieren auszugsweise aus einem Text, den die Beschäftigten von Roudière verteilt haben:

»Fünfhundert Beschäftigte lehnen den Plan eines Geschäftsführers ab, der 200 Arbeitsplätze schaffen würde. Sind diese Arbeiter Reaktionäre? Warum widersetzen sie sich einem Führer des Französischen Unternehmerverbands CNPF, der das ›Spiel der Macht spielt‹, die heute links ist? Worum geht es bei diesem Projekt? Übergang zu 36 Stunden bei gleichzeitiger Lohnkürzung für mehrere Monate und Ausweitung der Maschinenlaufzeiten bis Samstag abends. Die Geschäftsleitung rechnet vor, daß dadurch 200 neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Ablehnung durch die Arbeiter: 36 Stunden sind gut, aber es ist nicht gleichgültig, wie! Bei unseren heutigen Reallöhnen können wir eine Lohnkürzung nicht hinnehmen. Die Verlängerung der Arbeitswoche mit der Folge, daß wir nur noch alle zwei Monate einen freien Samstag haben, können wir nicht hinnehmen, weil uns das noch stärker aus dem sozialen Leben herausreißen würde. Die Erpressung mit der Arbeitslosigkeit ist unanständig: Die Arbeiter sind an diesem ›unwürdigen‹ Zustand nicht schuld, sondern seine hauptsächlichen Opfer. Die Lokalpresse

beteiligt sich am Meinungskampf, ohne ein Wort dazu zu sagen, was die Gründe für unsere ›Reaktion‹ sind. Die besonderen Bedingungen dieser Arbeiter werden überhaupt nicht berücksichtigt oder erwähnt. Sie wissen, daß der ökonomische Wahnsinn ihr Leben verstümmelt, daß ein Tag unter der Woche nicht so viele Freizeitmöglichkeiten bietet wie der Samstag. Lokale Situation, partieller Konflikt – wer geht denn überhaupt auf ihre besonderen Erfahrungen ein, jenseits von Gewerkschaftsstrategien und Unternehmermanövern, und anders als im Rahmen der Wirtschaftsstatistiken einer Welt, die ihr Leben auf einen Wirtschaftsfaktor reduziert.«

2.3 Modernität = Produktivitätssteigerung

»Lokale Situation, partieller Konflikt« – der Versuch, das Gesetz zur »Arbeitszeitverkürzung« auf betrieblicher Ebene umzusetzen, führte zu tausenden solcher Konflikte. Die Lokalpresse war voll mit solchen Meldungen, aber in der überregionalen Presse wurden diese Konflikte kaum erwähnt. Die Gewerkschaften verhandelten Betrieb für Betrieb über die Anwendung des Gesetzes und erklärten den Beschäftigten nicht, daß es sich bei ihren Problemen keinesfalls um spezielle, örtliche Einzelfälle handelte. Die Linksregierung verschaffte ihnen Möglichkeiten, enger in die Verwaltung der Unternehmen einbezogen zu werden, und daher standen sie dem Gesetz insgesamt wohlwollend gegenüber.

Die Arbeiter hatten sich gegen das grundlegende Gesetz der »modernen« Industrie gestellt: Steigerung der Produktivität. Im Austausch gegen eine Stunde Arbeitszeitverkürzung sollten die Beschäftigten einer Reorganisation der Arbeit zustimmen, die zur Verlängerung der Maschinenlaufzeiten pro Tag und pro Woche geführt hätte. Von den Linken werden die Gesetze zur Arbeitszeitverkürzung als Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit dargestellt. Wenn wir aber ihre innere Logik betrachten, fällt auf, daß es vor allem um Produktivitätssteigerung geht, das heißt um die Produktion derselben Waren mit weniger Beschäftigten. Ein dritter Aspekt der Gesetze zur Arbeitszeitverkürzung ist noch weniger beachtet worden: in den Branchen, in denen bereits weniger als 39 Stunden gearbeitet wurde, diente das Gesetz zur Verlängerung der Arbeitszeit auf 39 Stunden. Dies betraf vor allem die Staatsangestellten. Die Presse berichtete über einige Konflikte um diese Frage und mokierte sich über die »Privilegien« der Beamten. Dabei wurde vergessen, daß mit der besonderen Arbeitszeitregelung im Öffentlichen Dienst früher dessen niedrigeres Lohnniveau gerechtfertigt worden war.

Am allerwenigsten wurde begriffen, daß das 39-Stunden-Gesetz durch die Reorganisation des unmittelbaren Produktionsprozesses eine *Verlängerung* der Arbeitszeit möglich machte. Bei einer offiziellen Arbeitszeit von 40 Stunden arbeitet niemand wirklich 40 Stunden. Der Widerstand gegen die Herrschaft des Kapitals findet nicht nur in Kampfperioden, sondern tagtäglich statt. Dieser Kampf kann kollektiv und/oder individuell sein, und er zielt darauf, mit allen möglichen

Mitteln die Pausen zu verlängern.[3] Vor allem gibt es kollektive Pausen, die mit dem Essen usw. zusammenhängen, die nach und nach ausgeweitet werden. Aufgrund des Kräfteverhältnisses können die Chefs diese Pausen nicht einfach verkürzen. Jede Neuverhandlung der Arbeitszeiten ist für die Geschäftsleitungen der geeignete Moment, um diese Pausen in Frage zu stellen. Hier liegt vielleicht einer der am wenigsten bekannten Gründe für die Bewegungen von 1982 und der folgenden Jahre gegen die Anwendung des Gesetzes zur »Arbeitszeitverkürzung«.

3. Die Politik der Regierung 1998

3.1 Das Unternehmen als Ursprung des Rechts

Durch das *Gesetz Aubry* kommt es zu einer Wende im Verhältnis zwischen Staat, Unternehmen und Arbeiterklasse, die das Ende einer Epoche markiert: nämlich der des regulierenden Staates, der von oben sowohl den Unternehmern wie der Arbeiterklasse die gesellschaftlichen Spielregeln auferlegte. Im Gegensatz zu den Gesetzen von 1936 und 1982, die staatliche Durchführungsverordnungen vorsahen, bleibt die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung jetzt den betrieblichen oder branchenweiten Verhandlungen überlassen. Das Gesetz bestimmt lediglich den Stichtag, zu dem es umgesetzt werden muß, die Einzelheiten werden dann für jede Branche und vor allem für jedes Unternehmen getrennt ausgehandelt. So wie es die Arbeitsministerin Martine Aubray in der Nationalversammlung erläutert hat: *»Das Gesetz empfiehlt die Rückkehr zu so weit wie möglich dezentralen Tarifverhandlungen und eine große Elastizität bei den Modalitäten der Arbeitszeitverkürzung, womit den Unternehmen die Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit ermöglicht werden soll.«* Die Ausbeutungsbedingungen werden sich damit noch weiter auffächern und die Spaltungen des Proletariats vertiefen: hier Jahresarbeitszeitregelungen, dort Einstellung als Teilzeitkräfte, hier Lohnkürzungen, dort individuelle Lohnerhöhungen usw..

3.2 Das Ende einer einheitlichen Gesetzgebung

Neben der Aufsplitterung bei seiner konkreten Umsetzung vertieft das Gesetz zwei große Spaltungen: diejenige zwischen den Arbeitern im öffentlichen und denen im privaten Sektor (denn die Arbeitszeitverkürzung betrifft nur den Privatsektor) und jene zwischen den Arbeitern in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten (die zum 1. Januar 2000 auf 35 Stunden übergehen) und den übrigen (die bis zum Jahr 2002

[3] Es ist auch gut möglich, daß die aus den USA herübergeschwappte Welle von Rauchverboten nicht so sehr von der Sorge um die Volksgesundheit oder die durch Tabak verursachten Krankheitskosten motiviert ist, sondern durch die geschätzten 6 Prozent Arbeitszeit, die dabei verloren gehen, daß »man sich eine dreht«.

warten müssen). Die Regierung sieht noch weitere Anpassungen für sehr kleine Betriebe vor. Dies ist das Ende einer einheitlichen Gesetzgebung für alle Arbeiter.

3.3 Die Einführung von zwei Mindestlöhnen

Der auf die Stunde berechnete Mindestlohn (SMIC=salaire minimum interprofessionnel de croissance) bleibt für die Beschäftigten mit 39-Stunden-Woche gleich (um ein 11,4 prozentiges Ansteigen der Kosten zu vermeiden), während der SMIC der »Glückspilze« mit einer 35-Stunden-Woche, auf den Monat umgerechnet wird. Somit bezahlen diese ihre neu gewonnene Freizeit sehr teuer, sie werden nur noch 5420 Francs im Monat verdienen. Der Lohn wird fast eingefroren, der monatliche Mindestlohn (RMM = rémunération mensuelle minimale) – so nennt man das nun – wird von eventuellen kleinen Nachbesserungen am Stunden-SMIC ausgenommen: *»(...) eine geringe Neuberechnung des neuen ›Monats-SMIC‹ durch den Staat würde ein zusätzliches Zeichen von Strenge an die Unternehmenschefs geben, die aufgrund der 35-Stunden-Woche noch weniger zu Lohnerhöhungen bereit sind«* (*Le Monde* vom 29. Januar 1998).

3.4 Jahresarbeitszeitregelungen

Im Zentrum des Regierungsprojekts steht die Einführung von Jahresarbeitszeiten, was ganz auf der Linie der Gesetze Séguin und Giraud liegt, die den Unternehmen das Abweichen von den gesetzlichen Arbeitszeitregelungen erlaubt und die Jahresteilzeit eingeführt hatten. In ihrer Antwort auf einen kleinen Bauunternehmer, der wegen des neuen Gesetzes besorgt war, erklärte die Arbeitsministerin im *Parisien* vom 27. Januar: *»Warum sagen Sie, Sie könnten nicht auf 35 Stunden umstellen? Niemand wird Ihnen vorschreiben, wie Sie Ihr Unternehmen organisieren. Sie können mehr arbeiten, wenn Sie eine Baustelle fertig machen müssen, und danach werden die Arbeiter das wieder ausgleichen, wenn es weniger Arbeit gibt. Es wird eine mittlere Arbeitszeit geben: auf die Woche, auf den Monat, oder aufs Jahr gerechnet, das kommt ganz darauf an. Wir werden keine tägliche Arbeitszeit von 7 Stunden erzwingen.«*

In der Nationalversammlung bestätigte Martine Aubry am 29. Januar: *»Die Arbeitszeitschwankungen können aufs Jahr gerechnet ausgeglichen werden, wenn darüber Verhandlungen stattgefunden haben und wenn keine übergeordneten Rechte tangiert werden. Für diese Schwankung setzen wir uns ein.«* Bei Jahresarbeitszeit brauchen die Unternehmer keine Überstunden mehr zu bezahlen. Denn wenn die Arbeitszeit aufs Jahr gerechnet wird, müssen die Wochen, in denen aufgrund von Unwägbarkeiten der Produktion 42, 44 oder 48 Stunden gearbeitet wird, keine Überstundenzuschläge (von 25 Prozent, oder 50 Prozent bei Nachtarbeit) mehr bezahlt werden, mit dem Argument, daß in den ruhigen Wochen die Arbeitszeit unter 35 Stunden sinken kann.

Die Wochenarbeitsstunden, ab denen für die Überstunden ein Pausenausgleich von 50 Prozent gewährt werden muß (in Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten) wird von bisher 42 Stunden ab 1999 auf 41 Stunden gesenkt. Eigentlich hätte die Schwelle mit der Arbeitszeitverkürzung bei 38 Stunden liegen müssen, aber die Linksregierung wollte auf diese kleine Geschenk an die Unternehmer nicht verzichten.

Angesichts fehlender Lohnkämpfe ist klar, daß für viele Proletarier die Überstunden das einzige Mittel zur Sicherung ihres Reallohns sind.[4] Die Jahresarbeitszeiten bedeuten also eine Lohnkürzung, die mit dem *Gesetz Aubry* auch beabsichtigt ist. Von den Lobsängern der Arbeitszeitverkürzung wird das natürlich nicht offen hinausposaunt. Aber in der gedämpften Atmosphäre der Nationalversammlung erklärte Jean le Garrec, der PS-Berichterstatter für das Gesetz, nach einer Höflichkeitsgeste in Richtung des UDF-Abgeordneten Gilles de Robien[5] ganz offen: *»Alles kann auf den Tisch gepackt werden, insbesondere Fragen, welche die Elastizität der Organisation betreffen. Nichts hindert daran, sich zyklische oder jährliche Rahmen vorzustellen: in vielen Abkommen finden wir Jahresregelungen. Eines der mit den Verträgen verfolgten Ziele war die Beherrschung der Lohnsumme.«*

Die Logik der Umverteilung von Arbeit geht aufs Ganze: für die Arbeitszeitverkürzung sollen die Beschäftigten auf Lohn verzichten. Nur so kann es den Experten der Regierung zufolge gelingen, mit diesem Projekt die Arbeitslosigkeit zu verringern. *»Es liegt nun bei den Unternehmern und den Vertretern der Beschäftigten, die Entwicklungen festzulegen, die den Beschäftigten gerecht werden und den ökonomischen Perspektiven des Unternehmens angemessen sind«*, insi-

---

[4] Nach Angaben des nationalen Amts für Statistik- und Wirtschaftsforschung [INSEE] dauert die durchschnittliche Arbeitswoche der Lohnabhängigen real 41 Stunden 5 Minuten.

[5] Das *Gesetz Robien* von 1997 wurde bei Linken und Rechten als Wundermittel zur Vermeidung von Entlassungen (»defensive« Variante) oder sogar zur Schaffung von Arbeitsplätzen (»offensive« Variante) präsentiert: es sah eine Verkürzung der Arbeitszeit im Austausch gegen drastische Verringerungen der Sozialabgaben für die Unternehmer (bis zu 50 Prozent) vor. In zahlreichen Unternehmen wurden entsprechende Verträge unterzeichnet, die bei den Arbeitern die Illusion weckten, ab jetzt vor Entlassungen geschützt zu sein. Aber die ersten Illusionen wurden schnell zerstört. Wie z.B. bei der Firma in Nîmes, das die Strumpfhosen der Marke Well produziert: dort kündigte der Unternehmer genau ein Jahr, nachdem die Gewerkschaften einen Vertrag zur Erhaltung der 776 Arbeitsplätze unterschrieben hatten, den Abbau eines Drittels der Arbeitsplätze an. Grund: Die vorgesehene Produktion läßt sich auf dem Markt nicht absetzen (60 statt 100 Mio. Strumpfhosen). Ein grausamer Anlaß, um daran zu erinnern, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen von der Akkumulationsrate und der entsprechenden Ausweitung des Marktes abhängt, und daß alle noch so durchdachten Berechnungen (Arbeitszeitverkürzung, Verminderung der Belastungen für die Unternehmer) in Krisenzeiten nichts bewirken - außer daß sich der Unternehmer Milliarden Francs vom Staat in Tasche stecken kann.

stiert Frau Aubry. *»In Zukunft sollte bei der Lohnentwicklung die Arbeitszeitverkürzung berücksichtigt werden (...). Ich bin sicher, daß die Beschäftigten ihren Teil dazu beitragen werden, daß es morgen mehr Beschäftigte in ihren Unternehmen gibt.«* Einfrieren der Löhne gegen Arbeitszeitverkürzung und Schaffung von Arbeitsplätzen – das ist für die Regierung die Lehre aus dem Mißerfolg des 39-Stunden-Gesetzes (70 000 Arbeitsplätze wurden im ersten Halbjahr 1982 in den nicht-landwirtschaftlichen Sektoren zusätzlich geschaffen oder nicht abgebaut). Die egoistischen Arbeiter, die 1982 streikten, hatten die wunderbaren anfänglichen Absichten scheitern lassen.

4. In den Unternehmen

Als klar war, daß die Arbeitszeitverkürzung als trojanisches Pferd für eine Reorganisation des Arbeitsprozesses und eine Absenkung oder Einfrierung der Löhne diente, haben die Unternehmer nicht das *Gesetz Aubry* abgewartet, um die Arbeitszeit in den Betrieben zu verkürzen. Alle Gesetzesprojekte der letzten zwanzig Jahren haben den Unternehmen die Möglichkeit geschaffen, auf lokaler Ebene kürzere Arbeitszeiten zu vereinbaren. Die begeisterten Anhänger der Arbeitszeitverkürzung sollten sich klarmachen, daß diese für das Proletariat kein Gut an sich darstellt, sondern immer davon abhängt, wie sie angesichts eines bestimmten Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen umgesetzt wird und welche Auswirkungen sie dann hat.

Seit fünfzehn Jahren ist nicht zu übersehen, daß dieses Kräfteverhältnis für die Arbeiterklasse sehr ungünstig ist, vor allem aufgrund einer riesigen industriellen Reservearmee. Wozu eigentlich eine Arbeitszeitverkürzung, wenn die Proletarier sie mit (nominaler und realer) Senkung der Löhne, Arbeitsflexibilität, Verschärfung der Taktzeiten (Arbeitsintensivierung) und Schichtarbeit (Verlängerung der Maschinennutzungszeiten) teuer bezahlen müssen? Wenn wir uns die in den letzten Jahren zwischen Unternehmern und Gewerkschaften abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen anschauen, wird dieser Schwindel nur zu deutlich. In den meisten Fällen konnte der Unternehmer mit der Androhung von Entlassungen und unter Mithilfe der Gewerkschaften erreichen, daß Nominallohnsenkungen von bis zu zehn Prozent im Tausch gegen Arbeitszeitverkürzung hingenommen wurden.

Einige Beispiele sollen diese Entwicklung illustrieren:

- Für die städtischen Betriebe in *Montalembert* bei Lyon unterzeichneten die Gewerkschaften CGT, CFDT und FO eine Vereinbarung, in der die Verkürzung von 38 auf 34 Stunden mit einer Lohnsenkung von 10 Prozent bezahlt wurde.
- Beim Baumaschinenhersteller *Potain* in Lyon akzeptierten die Gewerkschaften ebenso Lohnsenkungen und einen einjährigen Lohnstop.

- Bei der größten Produktionseinheit der *Renault*-Gruppe in *Flins* (zur Zeit 8400 Beschäftigte) hat die Geschäftsleitung am 5. April 1993 eine dritte Schicht für die Produktion des *Twingo* eingerichtet. Durch diese Schicht mit einer Arbeitszeit von 32 Stunden konnten die Maschinenlaufzeiten am *Twingo*-Montageband um 40 Prozent verlängert werden.
- In Caen schaffte es die deutsche Firma *Bosch* dank der Gewerkschaften, eine Arbeitsorganisation durchzusetzen, bei der die Schichten zusammen 144 Stunden pro Woche arbeiten, an sechs Tagen in der Woche jeweils 24 Stunden. Mit vier Schichten wird diese ununterbrochene Produktion erreicht, wobei das Lohnniveau nur durch die hinzukommenden Prämien für Nachtarbeit aufrechterhalten werden konnte.
- Die Geschäftsführung der Computer-Abteilung von *Hewlett-Packard* in Grenoble (Herstellung von Kleincomputern) hat eine radikale Reorganisation der Arbeit in Angriff genommen. Die von CGT und CFDT am 22. Dezember 1992 unterschriebene Vereinbarung ermöglichte die Einrichtung von sechs Schichten, wodurch an 7 Tagen in der Woche jeweils 24 Stunden lang produziert werden kann. Die Löhne sind gesunken, da sie auf der Basis von 37,5 statt 39 Stunden berechnet werden.
- Im Unternehmen *BSN Gervais Danone*, das vom »linken« Chef Antoine Riboud geleitet wird, wurde im Januar 1982 von fünf Gewerkschaften (darunter die CGT mit 80 Prozent der Wählerstimmen bei den Arbeitern) eine Vereinbarung unterschrieben, die für die 2400 Schichtarbeiter den Übergang zu einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 33 Stunden und 36 Minuten vorsah. Im Gegenzug wurde der Einführung einer fünften Schicht zugestimmt. Vollen Lohnausgleich sollte es nur dann geben, wenn die Produktivität um sechs bis sieben Prozent steigen würde. Dieses Ziel wurde erreicht, indem der Arbeiterlohn um 1,6 Prozent verringert wurde, weil durch die Verkürzung von Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit die daran gekoppelten Prämien verloren gingen.

Diese Art von Arbeitszeitverkürzung, deren Kosten durch die Reorganisation und stärker noch durch Lohnsenkungen kompensiert werden, entspricht genau den Bedürfnissen der Unternehmen mit hoher Kapitalintensität. Um den Anteil des fixen Kapitals zu verringern, sind diese Firmen existenziell auf eine Beschleunigung des Kapitalumschlags angewiesen, wodurch der in den Maschinen enthaltene Wert immer schneller übertragen wird. Der Wert der produzierten Waren verringert sich dann, weil sich der Wert des fixen Kapitals auf eine größere Menge von Waren verteilt. Die Unternehmen, die als erste eine solche Reorganisation der Arbeit einführen, können Extraprofite machen, da der individuelle Wert der von ihnen produzierten Waren unter deren durchschnittlichen Wert sinkt.

So konnte *Hewlett-Packard* mittels der Reorganisation der Arbeit und ohne neue Investitionen in fixes Kapital die Produktion verdreifachen und die Produktivität verdoppeln. Bei *Renault-Flins* wurden 300 zusätzliche Wagen auf diese Weise produziert. Die Unternehmen jubeln: Aufgrund der Produktionssteigerung und der Arbeitszeitverkürzung müssen sie zwar neue Leute einstellen (200 in Flins, 40 bei Hewlett-Packard), aber das Anwachsen der Lohnsumme wird von der durch die Neuorganisation des Arbeitsprozesses erzielten Produktivitätssteigerung und dem Stellenabbau, der in anderen Produktionsbereichen weitergeht, mehr als ausgeglichen. (Zudem werden die Neueingestellten schlechter bezahlt, was eine der Ursachen für den Konflikt von 1995 in Flins war.)

Es sind bereits erste Betriebsvereinbarungen abgeschlossen worden, die den Übergang zur 35-Stunden-Woche im Jahr 2000 vorwegnehmen. Sie zeigen deutlich, daß die Arbeitszeitverkürzung für die Arbeiter Lohnsenkung bedeutet. So haben die Gewerkschaften FO und CFDT bei dem deutsch-französischen Hubschrauberhersteller *Eurocopter* am 1. April eine Vereinbarung unterzeichnet, die ab dem 1. Januar 1998 die Einführung der 36-Stunden-Woche und ab dem 1. Januar 1999 der 35-Stunden-Woche vorsieht. Der Preis dafür ist die Einführung von Jahresarbeitszeit (durch Wechsel zwischen Vier- und Fünf-Tage-Woche) und der Verzicht auf den vollen Lohnausgleich (60 Prozent Ausgleich für diejenigen mit einem Lohn über 10.000 Francs und 90 Prozent für die anderen). Bei einem Lohn von 10.000 Francs bedeutet das einen Lohnverlust von monatlich 1000 Francs, bei einem Lohn in Höhe des Mindestlohns (SMIC) beträgt der Verlust 350 Francs.

Im Bereich Handel, Banken und Versicherungen, wo die Arbeitszeit durch Rahmentarifverträge streng geregelt ist,[6] hat die Unternehmerseite schnell erkannt, welcher Nutzen sich aus dem *Gesetz Aubry* ziehen läßt. So erklärte Michel Freyche, der Präsident des französischen Verbandes der Banken (AFB), in einem Interview in der Zeitung *Les Echos* vom 13. Februar 1998: *»(...) wenn sie ver-*

---

[6] Der Unternehmerverband der Zuckerfabrikanten Frankreichs hat soeben seine Entscheidung angekündigt, den Rahmentarifvertrag für die 12 000 Beschäftigten dieser Branche neuzuverhandeln. In der Zeitschrift *Libération* vom 6. März diesen Jahres erläutert ein führender Vertreter dieser Vereinigung den Grund: *»Wir waren zur Kündigung gezwungen. Wir sind eine der wenigen Branchen, die einen Rahmenvertrag hat, der die Arbeitszeit festlegt.«* Ausnahmsweise lohnt es sich hier, den Kommentar des Journalisten zu zitieren: *»Adieu Urlaubstage, Betriebszugehörigkeitsregelungen, Überstundenausgleich und andere errungene Vorteile, die es in dieser gesunden und als Kartell organisierten Branche noch gibt, welche nur aus zwei großen Gruppen besteht: Eridania-Beghin Say, in deren Geschäftsführung ein gewisser Ernest-Antoine Seillière sitzt, und Générale sucrière Saint-Louis. Im Ausgleich für die 35-Stunden-Woche möchte die Unternehmerseite die Jahresarbeitszeit einführen, was es möglich macht, die Beschäftigten in der Hauptsaison 46 Stunden ohne Überstundenbezahlung arbeiten zu lassen und in der übrigen Zeit des Jahres 32 Stunden. Das französische Rahmentarifsystem wird wohl von der ›Konfektionskleidung‹ zum ›Maßanzug‹ übergehen.«*

nünftig ausgehandelt wird, kann die Arbeitszeitverkürzung nützlich sein. (...) Wir wollen keine Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche auf Branchenebene. Im Gegenteil, wir sind bereit, Gespräche auf der Ebene der Unternehmen anzuregen und zu erleichtern, das heißt, zu überprüfen, welche Hindernisse es im Rahmenvertrag für die Realisierung der Arbeitszeitverkürzung gibt.«

Die Unternehmer im Bereich Banken und Handel haben es also eilig, die Rahmenverträge zu kündigen, besonders das Dekret von 1937, das den Beschäftigten dieser Bereiche zwei aufeinanderfolgende Ruhetage unter obligatorischem Einschluß des Sonntags garantiert. Den Arbeitern dieses Bereichs wird folgendes »Geschäft« angeboten: Im Tausch gegen die 35-Stunden-Woche akzeptiert ihr die Jahresarbeitszeit (46 bis 48 Stunden in der Weihnachtszeit), Samstagsarbeit (sechsmal sechs Stunden), die Ausweitung der Schichtarbeit (Verlängerung der zulässigen täglichen Arbeitszeit, die durch das Dekret von 1937 bisher auf elf Stunden begrenzt war) – und »Lohnmäßigung«.

Der Präsident der Union der Innenstadtkaufhäuser (UCV), Jacques Périllat, spricht klar aus, um was es geht: *»Gegenwärtig ist für 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten samstags Ruhetag, obwohl das der Wochentag ist, an dem die größten Gewinne gemacht werden. Es wäre besser, wenn es nicht mehr als 20 Prozent wären.«* Außerdem sieht er im *Gesetz Aubry* eine günstige Gelegenheit, um die Jahresarbeitszeit einzuführen, die es *»möglich macht, daß die Beschäftigten im Dezember zur Weihnachtszeit 48 Wochenstunden arbeiten; zum Ausgleich dafür kommen sie so im Juni zur Vier-Tage-Woche.«* Arbeitswochen mit 48 und sogar 52 Stunden sind im Handel häufig. Aber die Überstunden werden bezahlt, was nach Einführung der Jahresarbeitszeit nicht mehr der Fall sein wird.

Noch ein anderes Ziel ist für die Unternehmer bei der derzeitigen Welle von Rahmenvertragskündigungen wichtig: die *Definition* der Arbeitszeit. In zahlreichen Rahmenverträgen sind Umkleiden, Zwischenmahlzeiten und Duschen in der effektiven Arbeitszeit inbegriffen. Bereitschaftszeiten (wenn der Beschäftigte seinem Arbeitgeber zur Verfügung steht, ohne am Arbeitsplatz anwesend zu sein), die nicht zur effektiven Arbeitszeit gehören, werden bezahlt (siehe unten zum Streik bei *Schindler*).

5. Eine Jahrhundertforderung

Arbeitszeitverkürzung ist eine Jahrhundertforderung der Arbeiter. Es läßt sich sogar sagen, daß sie eine lebensnotwendige, auf die bloße biologische Existenz gerichtete Forderung war. Nachdem der auf dem Handwerk basierende Widerstand der Arbeiter gebrochen worden war, entwickelte sich mit der Einführung der maschinellen Produktion, mit der reellen Herrschaft des Kapitals, am Ende des letzten Drittels des 18. Jahrhunderts ein regelrechter Kannibalismus der neuen Produktionsordnung.

Während die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, d.h. die Entwicklung der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise (Maschinerie), zu einer enormen Steigerung der Arbeitsproduktivität führte und damit objektiv die Möglichkeit einer Verringerung der individuellen Arbeitszeit schuf, war ihre Durchsetzung in Europa von der Ausweitung der täglichen Arbeitszeit und dem Rückgriff auf Frauen- und Kinderarbeit geprägt.

In der Phase der Ausbreitung der Großindustrie (Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts) kombinierte das Kapital die Abpressung von absolutem Mehrwert durch Verlängerung der Arbeitszeit mit der Steigerung des relativen Mehrwerts durch die Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft (der Anstieg der gesellschaftlichen Produktivität senkte auch den Wert der Waren, die in die Reproduktion der Arbeitskraft eingehen). In dieser Epoche sind tägliche Arbeitszeiten von 16 Stunden nicht unüblich.

Auch mit Unterstützung durch jene menschenfreundliche Fraktion der Bourgeoisie, die sich um die Degenerierung der Gattung »Arbeiter« Sorgen macht, wird die Arbeiterbewegung dieser Entwicklung Grenzen setzen: fortschreitende Verringerung der täglichen Arbeitszeit (12, 10, 8 Stunden) sowie Verbot von Kinderarbeit und Frauennachtarbeit.[7] Diese Kämpfe wiederum treiben im Verlauf der zweiten Hälfte des 19.Jahrhunderts die Entwicklung der Maschinerie voran, da sie das Kapital dazu zwingen, die Abpressung von relativem Mehrwert zu verallgemeinern: *»Sobald die allmählich anschwellende Empörung der Arbeiterklasse den Staat zwang, die Arbeitszeit gewaltsam zu verkürzen und zunächst der eigentlichen Fabrik einen Normalarbeitstag zu diktieren, von diesem Augenblick also, wo gesteigerte Produktion von Mehrwert durch Verlängerung des Arbeitstags ein für allemal abgeschnitten war, warf sich das Kapital mit aller Macht und vollem Bewußtsein auf die Produktion von relativem Mehrwert durch beschleunigte Entwicklung des Maschinensystems.«* (Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, MEW 23, S. 432).

6. Schlußfolgerung

Die Untersuchung der Regelungen, die zur Zeit mit Hilfe des *Gesetz Aubry* eingeführt werden, macht klar, daß es bei der Arbeitszeitverkürzung nicht darum geht, die Arbeitslosigkeit abzubauen, und erst recht nicht darum, die Arbeiter vom Fluch der Lohnarbeit zu befreien und ihnen mehr »freie« Zeit zu verschaffen – im

[7] Es versteht sich, daß diese Fortschritte nie endgültig sind und sich ungleichzeitig in verschiedenen Ländern durchsetzen. So wird die Zahl der Kinder, die heute in den Tretmühlen des Kapitals arbeiten, auf 250 Millionen geschätzt und nimmt auch in den Ländern des entwickelten Kapitalismus zu. Im Namen der Gleichheitberechtigung wurde 1988 in der Industrie die Frauennachtarbeit wiedereingeführt; große Teile des Proletariats arbeiten täglich 10 Stunden.

Gegensatz zu dem, was die diversen verkommenen Elemente der »Mehrheits«-Linken von allen Dächern posaunen. Wir haben ausführlich gezeigt, daß die Umsetzung dieses Gesetzes zur Senkung der Nominal- und Reallöhne führt, die Unterwerfung unter die Zwänge der Kapitalverwertung intensiviert und damit auch die Ausbeutungsrate wieder steigen läßt. Im Gegenzug werden die Gewerkschaften vom kapitalistischen Staat stärker und umfassender in die Sicherung der kapitalistischen Ordnung einbezogen, um den sozialen Frieden aufrechtzuerhalten.

Diese Einbeziehung ist zwar nicht neu, aber es ist bemerkenswert, wie die Gewerkschaftsapparate von Jahr zu Jahr bei jeder neuen Maßnahme immer intensiver in die Regelung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit eingebunden werden. Indem das *Gesetz Aubry* Verhandlungen auf Betriebsebene begünstigt, weist es den betrieblichen Gewerkschaftssektionen eine völlig neue wichtige Rolle zu.[8] So schließt sich der Kreis: Vom Wirtschafts- und Sozialrat bis zur kleinsten Betriebsabteilung, vom Allgemeinwohl des Staates bis zur Mikroökonomie des Betriebs ist die Gewerkschaft mehr als je zuvor die Institution, der die Aufgabe zukommt, die Erfordernisse der Kapitalverwertung in Krisenzeiten auf allen Ebenen der bürgerlichen Gesellschaft geltend zu machen.

Der kapitalistische Staat ist mehr denn je auf Verhandlungspartner angewiesen. Die Gleichgültigkeit der ausgebeuteten Klassen gegenüber den öffentlichen Angelegenheiten beunruhigt die herrschende Klasse, der bewußt ist, daß die Vermittlungsinstanzen geschwächt sind oder völlig fehlen. Der Staat hofft, daß diese »schlechten Franzosen« an der langen Leine der Gewerkschaften bleiben, aber deren Repräsentativität ist lächerlich. Sie bringen es sogar fertig, aus dem Nichts sogenannte repräsentative Organe zu erschaffen, wie sie es mit den angeblichen Arbeitslosenorganisationen gemacht haben: mit einem Etikett versehene Grüppchen, die niemals jemanden anderen repräsentiert haben als einige Linke, die Probleme mit der sozialen Vermittlung haben.

Der Kampf um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung steht weiterhin auf der Tagesordnung. Das wird so bleiben, solange kapitalistische Produktionsverhältnisse herrschen.

Die Massenarbeitslosigkeit und die Entwicklung verschiedener prekärer Arbeitsformen haben die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung sicherlich zur einer zweitrangigen Sorge der Arbeiter werden lassen. Im Vordergrund steht heute die Zerstückelung und Aufspaltung des Arbeitstages, die Jahresarbeitszeit, die

---

[8] Es handelt sich um ein kleines unverlangtes Geschenk an die Gewerkschaft. So sieht das Gesetz die Entlohnung der Beschäftigten vor, die zur Aushandlung des Übergangs zur 35-Stunden-Woche bevollmächtigt oder damit beauftragt sind, die Anwendung der Vereinbarung in den Ad-hoc-Komitees zu beaufsichtigen.

verrückten Arbeitszeiten[9] und die Ausweitung von Schichtarbeit sowohl in der Industrie als auch in den Büros.

Wenn es morgen zu einem allgemeinen Wiederaufschwung des Klassenkampfs kommt, könnten die Parolen der 35 oder 32 Stunden leicht als überängstlich und armselig erscheinen und hinter der wirklichen Bewegung zurückbleiben. Die Linke sei schließlich auch daran erinnert, daß die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in der Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung nie mit der Illusion verbunden war, dadurch Arbeitsplätze zu schaffen. Dasselbe gilt auch für Lohnerhöhungen, die von Linken und Stalinisten gefordert werden, um den Konsum wieder anzukurbeln und aus der Krise herauszukommen: damit degradieren sie den Arbeiterkampf zu einem Mittel für die Wiederingangsetzung der kapitalistischen Akkumulation. Gestern, heute und morgen ist es die Aufgabe von Revolutionären, zur Verteidigung der materiellen Interessen der Arbeiterklasse beizutragen, und zwar unabhängig vom Unternehmensinteresse oder der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Ökonomie.

7. Ein schönes Beispiel: Der Streik bei Schindler im März 1999

Die Wartungsarbeiter der Fahrstuhlfirma *Schindler* (3750 Beschäftigte in Frankreich, davon 750 im Raum Paris) haben vom 15. bis 24. März 1999 gestreikt. Sie kämpften gegen die Umsetzung das 35-Stunden-Gesetzes der französischen Regierung in ihrem Betrieb. Die Geschäftsleitung wollte im Tausch gegen die Arbeitszeitverkürzung eine Lohnkürzung von mindestens vier Wochenstunden erreichen. Zudem sollten die Löhne dieses Jahr nur um 0,5 Prozent erhöht (im Vergleich zu 2,8 Prozent 1998) und die Entlohnung der 24-stündigen Bereitschaftszeiten neu geregelt werden. Statt durchgehender Bezahlung dieser Zeit, sollten nur noch die tatsächlichen Einsätze gezahlt werden.[10]

---

[9] Besonders der Fall der Kassiererinnen der großen Handelsketten, deren Arbeitstag – häufig Teilzeitarbeit – vollständig zerstückelt und diskontinuierlich ist. Ihre Arbeitzeit hat Unterbrechungen von drei Stunden (sie arbeiten von 10 bis 13 Uhr und dann wieder von 16 bis 20 Uhr), in denen sie nicht nach Hause gehen können. Angesichts einer durchschnittlichen Fahrtzeit zur Arbeit von zwei Stunden in den großen Ballungszentren, bedeutet dies, daß das Kapital in den großen Handelsketten den Teilzeitarbeitstag von 12 Stunden erfunden hat.

Zu den katastrophalen Arbeitsbedingungen der »Proletarier« im Handel und bei den großen Handelsketten siehe das Buch *Aux Carrefours de l'exploitation* von Grégoire Philonenko, hrsg. von Desclée de Brouwer, 1998.

[10] Dabei ist zu beachten, daß die Bilanz des Schindlerkonzerns im Jahr 1998 eine Nettogewinnsteigerung von 71,5 Prozent auf 153 Mio. Euro auswies gegenüber 89 Mio. Euro in 1997. Der Umsatz von Schindler ist 1998 um 6,3 Prozent auf 4,12 Mrd. Euro gestiegen, gegenüber 3,88 Mrd. Euro in 1997.

Die Forderungen der streikenden Arbeiter waren einfach:

- 500 Francs mehr im Monat für alle,
- Bezahlung für 39 Stunden bei 35 Stunden Arbeit,
- keine Neuberechnung der Bereitschaftszeiten.

Der Streik begann in Paris am 15. März und weitete sich in die Provinz aus. Täglich fand eine Vollversammlung der Streikenden am Firmensitz in Vélizy, einem Vorort von Paris, statt, auf der über die Fortsetzung des Streiks und Aktionen entschieden wurde.

Jeden Tag marschierten die 300 Streikenden also durch die Straßen des Industriegebiets von Vélizy, um andere Arbeiter zu treffen. Am 19. März demonstrierten sie mit ihren Firmenautos auf den Champs Elysées.

Die Streikenden haben sich um Unterstützung bei anderen Fahrstuhl-Firmen (*Otis*, *Kone*, *Thyssen*) bemüht.

Die Geschäftsleitung von Schindler hat zwar Verhandlungen abgelehnt, aber die meisten ihrer Maßnahmen provisorisch zurückgezogen. Diesmal hat der Streik nicht mit einer Niederlage geendet, wie ein ähnlicher Kampf 1982 gegen die Einführung der 39-Stunden-Woche.

Dieser Streik ist sehr wichtig. Zum ersten Mal stellten sich Arbeiter offen, massiv und in wirksamer Weise gegen das Projekt der »Arbeitszeitverkürzung« von Regierung und Unternehmer, mit dem mehr Arbeit und weniger Geld durchgesetzt werden sollen. Leider ist ein ähnlicher Kampf bei *Peugeot* Sochaux anders verlaufen: die Auseinandersetzung dauerte nur einen Tag und blieb vollkommen auf den Rahmen der Fabrik beschränkt. Ähnlich war es bei der Post, wo immerhin hier und da gelegentlich kleine Kämpfe ausgebrochen sind. ■ *(Mai 1999)*

Angriff auf die Fehlzeiten

Ein Seminar für Krankenjäger

Der folgende Artikel berichtet von einem Seminar zur »effektiven Reduzierung des Krankenstandes«, das im letzten Jahr stattfand. Referent war der Fachanwalt für Arbeitsrecht, Peter Rölz, von Mai 1994 bis August 1996 Gruppenleiter im Bereich Arbeitsrecht bei Opel Rüsselsheim. Dort hatte er das inzwischen häufig zitierte Verfahren eingeführt, um Beschäftigte, die in den Augen des Unternehmens zu häufig einen Krankenschein einreichen, systematisch und mit der Kündigungsdrohung im Hintergrund zu drangsalieren (das Verfahren wird weiter unten beschrieben).

Das Tagesseminar kostete pro Teilnehmer fast 1000,- DM, es nahmen ca. 30 Personen teil: Betriebsräte, Vorgesetzte und PersonalmanagerInnen aus verschiedenen Branchen (Dienstleistung, Verkauf, Industrieproduktion).

Die Krankheitsraten der anwesenden Firmen lagen meistens zwischen 5,5 und 8 Prozent, gingen aber auch vereinzelt bis zu 10 Prozent hoch. Ausnahme war ein Frischdienstlager mit 650 MitarbeiterInnen, davon 550 gewerbliche: dort lag der Krankenstand zwischen 14 und 25 Prozent – der Vertreter der Personalabteilung meinte aber selber, daß der Verdienst dort schlecht ist und sie jetzt ein Anwesenheitsgeld pro Tag eingeführt haben.

Der Referent, der noch sehr jung ist (ca. 30), betont zu Beginn, daß es unerläßlich ist, daß beide Betriebsseiten hinter solchen Konzeptionen stehen. Wenn der Betriebsrat bei der Sache nicht mitmacht, erachtet er es für sinnlos. Die Vereinbarungen leben von der Akzeptanz. Gleichzeitig muß sie flächendeckend eingeführt werden, auf allen Ebenen bis zur Geschäftsleitung hinauf.

Der erste Schritt – und Voraussetzung für alles weitere – sei eine genaue Analyse. Er betont, daß die Personalabteilungen nicht zuständig sind für die Reduzierung des Krankenstandes, sondern die unmittelbaren Vorgesetzten.

Jagd auf Kurzzeiterkrankte

Im Focus aller seiner Ausführungen stehen die sogenannten Kurzzeiterkrankungen. Er weist darauf hin, daß krankheitsbedingte Kündigungen bei Kurzkrankheiten nicht möglich sind. Auch hat er nicht die Absicht, Hoffnungen zu wecken, daß die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu krankheitsbedingten Kündigungen außer Kraft zu setzen sei.

Die Möglichkeiten, die er sieht, laufen auf **verhaltensbedingte Kündigungen** hinaus: Er gibt den Hinweis, daß der Arbeitgeber von Einzelnen ein Attest bereits ab dem 1. Tag verlangen kann. Er behauptet, daß dies nicht gegen das Gleichbehandlungsprinzip verstößt, auch wenn er es nur von fünf MitarbeiterInnen von 30 verlangt. Er verweist auf das Entgeltfortzahlungsgesetz § 9,1. Praktisch sollte ein solches Vorgehen an eine Entscheidungsinstanz gebunden werden und objektive Kriterien zur Grundlage haben (z.B. Alkohol). Er verweist auch darauf, eine solche Regelung befristet zu verlangen, z.B. 12 Monate. Hierdurch werden insbesondere Suchtfälle deutlich.

Kollektive Regelungen hält er grundsätzlich für ungeeignet, z.B. die Zahlung des Weihnachtsgeldes von einer Krankenquote abhängig zu machen. Er betont, daß es das Normale sein muß, daß man seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt, es insofern nicht noch besonders honoriert werden muß. Aus dem gleichen Grund spricht er sich gegen Anwesenheitsprämien aus.

Zwei Drittel der Kosten bei Abwesenheit sind Lohnfortzahlungen, ein Drittel sind andere Kosten, insbesondere Umorganisierung usw.. Der erste wichtige Schritt jeder Personalabteilung ist ein genaue Analyse der Krankheitsstatistik unter verschieden Aspekten. Z.B.: welche Ärzte schreiben wie oft krank? Fahren KollegenInnen weite Strecken zu einem Arzt? Für ihn sind dies Hinweise, an der Aussage des Arztes zu zweifeln. Durch die Einführung der Betriebsvereinbarung bei Opel wurde die Grundlage geschaffen, sich systematischer den Abwesenheitsverlauf der KollegenInnen anzuschauen. Er hat fast alle Gespräche in der 4. Runde bei Opel selber geführt, und sich dazu jeweils die letzten vier Jahre angeschaut. Dabei fiel ihm z.B. bei einem Kollegen auf, daß er seit vier Jahren immer in der Woche krank war, wo er Geburtstag hat. Dies hätte sonst keiner entdeckt.

Der nächste Punkt ist das Verhalten der Führungskräfte. Durch die Betriebsvereinbarung seien die Vorgesetzten gezwungen, »Kommunikation zu betreiben«, was oft nicht erfolgte. Viele Vorgesetzte wissen nicht viel von den Mitarbeitern. Zur Hilfestellung für die einzelnen Gesprächsstufen sind Vorlagen erstellt worden. Er meint, daß heute alle Vorgesetzten in der Lage sind, die Gespräche ohne Vorlage zu führen. Die ganze Betriebsvereinbarung zielt auch auf das Verhalten von Vorgesetzten, die oft den Einzelnen zu nahe stehen, z.B. Fahrgemeinschaft, gleicher Kegelclub. Hier sind sie durch die Betriebsvereinbarung das erste Mal zu »Gleichbehandlung« gezwungen, mit allen muß das Gespräch innerhalb von 24 Stunden geführt werden. In den Büros der Abteilungsleiter hängt offen die Statistik, so daß ein Vorgesetzter immer damit rechnen muß, daß es nachvollziehbar ist, ob er das Gespräch geführt hat oder nicht. Dazu empfiehlt er die Koppelung zwischen der Beurteilung der Führungskräfte und der Abwesenheitsquote ihrer Abteilung.

Er verwies auf das Problem, daß manche nur aufgrund seiner Fachkenntnisse Meister wurden, aber durch die Aufgaben eines Vorgesetzten überfordert sind.

Daher mußten auch Vorgesetzte ausgewechselt werden, die unfähig waren oder die Leute deckten.

Bei Opel ging es nicht um krankheitsbedingte Kündigungen, sondern das Programm zielt auf verhaltensbedingte Kündigungen. Er geht davon aus, daß Kurzzeitkranke nicht in der Lage sind, alle Regeln einzuhalten. Dies führte zu einer Steigerung der verhaltenbedingten Kündigungen. Er sprach von 300, an die er in seiner Zeit beteiligt war. (Dies machte auch verständlich, weshalb er es vorzog, im Odenwald zu wohnen.)

Die Vorgesetzten wurden aufgefordert, alle Verstöße gegen irgendwelche Regelungen (Pausenzeiten nicht eingehalten usw.) sofort bei der Personalabteilung zu melden. Hielten sie sich nicht an diese Aufforderung, wurden sie selber ermahnt und abgemahnt. Um die Ernsthaftigkeit zu unterstreichen, wurden in zwei Fällen auch Vorgesetzte gekündigt.

Melden bei Krankheit: Laut Tarifvertrag muß im Krankheitsfall unverzüglich die Meldung beim Arbeitgeber erfolgen. Dies bedeutet für ihn: bei Schichtbeginn, also um sechs Uhr. Gerade bei Kurzzeitkranken geht er davon aus, daß sie sich nicht rechtzeitig melden werden. In einem Jahr wurden fünzig Kündigungen wegen zu später Krankmeldung ausgesprochen. Er behauptet, daß es ausreicht, bei einer Betriebszugehörigkeit bis zu fünf Jahren einmal abzumahnen, bei bis zu zehn Jahren zweimal und darüber dreimal und danach zu kündigen. Um dies zu unterstreichen, erzählte er von einer erfolgreichen Kündigung eines Familienvaters von zwei Kindern wegen zu später Krankmeldung und daß er das Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht gewonnen habe.

Die Krankmeldung durch Dritte ist rechtlich zulässig. Wenn allerdings ein damit beauftragter Kollege es zu Arbeitsbeginn vergißt und erst nach der Pause den Kollegen entschuldigt, geht dies zu Lasten des kranken Kollegen, und dieser kann abgemahnt werden.

Alkohol spielte eine weitere große Rolle. Er erzählt, daß ein Kollege zum 4. Gespräch in die Personalabteilung kam, der für ihn eindeutig unter Alkoholeinfluß stand. Er brachte ihn dazu, zu blasen. Rechtlich ist klar, daß der Arbeitgeber niemand dazu zwingen kann. Er meint aber, daß die Unternehmen jemanden haben sollten, der dazu in der Lage ist und auch eine Bescheinigung über den korrekten Gebrauch des Gerätes hat, so daß dies vor Gericht verwendbar ist. Stolz erzählte er, daß bei ihm noch niemand aus dem Raum gegangen sei, der nicht »freiwillig« bereit war, zu blasen.

Im nächsten Schritt hat er als Konsequenz auch den Vorgesetzten abgemahnt, der seine Fürsorgepflicht verletzt hat, indem er den Zustand tolerierte. Danach hat er ein Informationsblatt für Vorgesetzte erstellt, aus dem hervorgeht, für welche Fälle sie haftpflichtig gemacht werden können, wenn sie fahrlässig handeln. Er betont auch die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers für den Hin- und Rückweg (betrunkene Kollegen müssen nach Hause gebracht werden). Damit wollte er die

Vorgesetzten unter Druck setzten, die Leute direkt zu melden, da sie sonst selber dran sind, wenn es auffällt.

Ausgangspunkt für die Vereinbarung bei Opel sei die Auflage von General Motors in Detroit gewesen, eine Abwesenheitsquote von 6,5 Prozent zu erreichen, um die weitere Produktion zu sichern. Zuerst waren die Werke im direkten Vergleich, die den Astra produzieren. In der ersten Phase gab es auch keine Betriebsvereinbarung, sondern nur eine Absprache zwischen Betriebsrat und Unternehmen. Später erst habe er erfahren, daß der Betriebsrat auch Kontakt mit der örtlichen IG-Metall hatte und die Verwaltungsstelle die formlose Regelabsprache tolerierte. Erst nach 4½ Jahren wurde eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Dies macht für ihn auch noch einmal deutlich, daß der Prozeß nur funktioniert, wenn beide Seiten ihn mittragen.

Angstfaktor Kündigung

Er erklärt die einzelnen Stufen der Betriebsvereinbarung bei Opel: 1. Stufe: Motivationsgespräch, 2. Stufe: Mitarbeitergespräch, 3. Stufe: Personalgespräch, 4. Stufe: Fehlzeitengespräch. Die ersten drei Stufen führt der Vorgesetzte durch, der auch die Formulare aller Gespräche sammelt, die vierte die Personalabteilung. 42 von 8 800 Gesprächen wurden in der 4. Stufe geführt. In der Fassung der Betriebsvereinbarung, die ab dem 1.11.99 gültig ist, ist die dritte Stufe modifiziert worden, für ihn ein Zugeständnis an den Betriebsrat. In der dritten Stufe kann der/die MitarbeiterIn entscheiden, ob er/sie ein Personalgespräch möchte oder ein Gesundheitsgespräch mit dem Werksarzt führen möchte. Wenn der Werksarzt entscheidet, daß es sich um eine chronische Krankheit handelt, wird er aus dem Prozeß herausgenommen und bleibt auf der Stufe 1. Diese scheinbar rücksichtsvolle Behandlung kann aber später möglicherweise Argumente für eine krankheitsbedingte Kündigung liefern.

1992 gab es bei Opel Rückkehrgespräche bei jeglicher Abwesenheit, und bei häufigen Fehlzeiten gab es Fehlzeitengespräche. 1993 war der Krankenstand 7,5 Prozent, 1994 lag er bei 8 Prozent. Bei Einführung der Gespräche ist er erst einmal stark gefallen, bis allen nach etwa drei Monaten klar war, daß ein viertes Gespräch nicht automatisch die Kündigung zur Folge hat. Trotz Abhängigkeit vom Weihnachtsgeld und Angst vor Arbeitsplatzabbau stieg der Krankenstand wieder an (Januar 1995). Insgesamt ist das System geprägt durch den Angstfaktor Kündigung. 1996 war die Quote 6,2 Prozent bei den Gewerblichen (mit den Angestellen zusammengerechnet lag sie bei ca. 4,3 Prozent). Bei den Gewerblichen hat sie sich zwischen 5,8 und 6,2 Prozent eingependelt.

Kostenersparnis für Opel: Nach seiner Aussage 24 Millionen in einem Jahr. Nach Verhandlungen mit dem Betriebsrat kam es zur Ausschüttung einer Prämie von 13 Millionen an die Belegschaft. Dies entspricht einer Prämie von 355,- DM

pro Person. Er selber findet dies schlecht und kontraproduktiv für das gesamte Vorgehen, sieht es aber gleichzeitig als Zugeständnis an den Betriebsrat. Später gab es keine Ausschüttung mehr, sondern das Geld wurde »für Arbeitsplätze« genutzt.

Ein Teilnehmer stellte die Frage nach »Krankmeldungen aus dem Ausland«. Dazu sagte er, daß die anzuerkennnen sind. Er selber habe aber folgendes praktiziert: Wenn ein Kollege erst eine Woche später aus dem Heimaturlaub zurückkam, hat er trotz korrekter Krankmeldung den Lohn nicht überwiesen. Ihm sei klar, daß dies rechtlich nicht durchzuhalten ist, da die Lohnfortzahlung in jedem Fall greift. Er hat aber auf den abschreckenden Charakter gesetzt: erst einmal Lohnabzug, dann ist eine Klage notwendig, und dies dauert oft ein bis 1½ Jahre.

Schlußbemerkung: Es war erschreckend, wie jemand in diesem Alter, vermutlich frisch von der Uni, in solch einer Position ein derartiges System entwickeln kann. Deutlich geworden ist, daß es auch in erster Linie ein Angriff auf die Vorgesetzten war. Durch den Druck, der auf diese aufgebaut wurde, wird nachvollziehbar, daß es zu verhaltensbedingten Kündigungen kommt. Ich glaube auch, daß es funktioniert, wenn er behauptet, daß gerade die Kurzzeitkranken Schwierigkeiten haben, sich morgens rechtzeitig zu melden. Erschreckend war auch, daß einige der Betriebsräte durchaus Interesse an Krankenverfolgung zeigten. Er erzählte noch, daß bei Opel nach einem Jahr ein Fragebogen verteilt wurde, wo 75 Prozent der Kollegen aussagten, daß sich das Verhältnis zum Vorgesetzten verbessert habe. Dies führte er als Beleg dafür an, daß die Kommunikation durch diese Methode verbessert werde. ■

Berliner Bündnis für Freilassung

Zur Verhaftung von Axel H., Harald G. und Sabine E., zur Abschiebung von Frank L. und Alisia L. und zur Erstürmung des MehringHofes

Am Sonntag, 19. Dezember 1999, stürmten um 6.00 Uhr schwer bewaffnete Spezialeinheiten von Polizei und Bundesgrenzschutz die Privatwohnungen von Axel H. und Harald G. in Berlin. Anschließend wurden sie nach Karlsruhe gebracht, wo ihnen am 20.12.1999 Haftbefehle verkündet wurden. Im selben Zusammenhang erfolgte in Frankfurt a.M. die Verhaftung von Sabine E.

Zeitgleich wurde die Umgebung des MehringHofes in Berlin-Kreuzberg – der Arbeitsstelle von Axel und Harald – von ca. 1.000 PolizeibeamtInnen umstellt. BeamtInnen verschiedener Bundesländer und Bundesgrenzschutz samt Spezialeinheiten durchsuchten mit Schnüffelhunden den MehringHof nach einem Sprengstoff- und Waffendepot, das sich dort befinden sollte. Hohlräume wurden aufgestemmt, Türen aufgebrochen, bis spät in den Abend hinein wurden alle Räume durchsucht – gefunden wurde nichts.

Festgenommen wurden bei der Durchsuchung Frank L. und Alicia L., zwei Flüchtlinge, die sich gegen Ende einer Fete noch am Morgen im MehringHof aufgehalten haben. Sie wurden in Abschiebehaft genommen und sind mittlerweile nach Weißrußland und Bolivien abgeschoben.

Die Verhaftungen und Durchsuchungen werden von der Bundesanwaltschaft damit begründet, daß Tarek M. – der wenige Wochen vorher von der Bundesanwaltschaft (BAW) wegen Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen (RZ) verhaftet worden war – Axel H., Harald G. und Sabine E. mit Aussagen belastet habe.

Axel H. soll danach Mitglied der RZ sein und ein Sprengstoff- und Waffendepot im MehringHof »betreut« haben. Harald G. und Sabine E. sollen gleichfalls Mitglieder der RZ bzw. der Roten Zora sein und an einem Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin im Februar 1987 beteiligt gewesen sein.

Tarek M. soll weiter behauptet haben, daß Harald G. und Sabine E. bei den Schüssen auf die Beine des damaligen Vorsitzenden Richters des Bundesverwaltungsgerichts Günter Korbmacher im Jahre 1987 beteiligt gewesen seien. Außerdem soll Sabine im Jahre 1986 einen Anschlag auf den einstigen Leiter der Berliner Ausländerbehörde Harald Hollenberg mitgewirkt haben – strafrechtlich sind diese Vorwürfe nach Angaben der BAW verjährt.

Harald hat 1994 die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) mit begründet. Die FFM ist vor allem durch ihre kritische Recherche und durch ihre Publikationen zu den Auswirkungen der Festung Europa auf Flüchtlinge in den Grenzregionen sowie in den mittel- und osteuropäischen Ländern bekannt gewor-

den. In den mittlerweile fünf Jahren FFM hatte Harald entscheidenden Anteil an der Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit. So hat er die Dokumentationsstelle »Menschenrechtsverletzungen an der Grenze« mit aufgebaut. Er hat den Versuch der staatlich erzwungenen Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen in die Ausgrenzung von Flüchtungen und MigrantInnen anhand der Verurteilungen von TaxifahrerInnen an den östlichen Grenzen Deutschlands recherchiert und öffentlich gemacht. Zuletzt beteiligte er sich an der Beobachtung eines Prozesses in Cottbus. Dort stehen junge Nazis vor Gericht, die im Februar 1999 einen algerischen Flüchtling in Guben in den Tod gehetzt hatten. Die Verhaftung von Harald reißt nicht nur eine große Lücke in die ohnehin personell schwierige Situation der FFM, sondern auch in die flüchtlingsunterstützenden Netze wie den Flüchtlingsrat Brandenburg, dem Harald ebenfalls angehört. Eines seiner künftigen, von ihm bereits mit vorbereiteten Projekte ist die Mitarbeit am »Internationalen Menschenrechtsteam an der Grenze«; damit soll die kritische Beobachtung der polizeilichen Fahndungs- und Behandlungspraxis gegenüber Flüchtlingen an der östlichen Schengener Außengrenze zum regulären Aufgabenfeld international anerkannter Menschenrechtsgruppen werden.

Axel ist mit dem MehringHof seit seinem Bestehen eng verbunden. Bevor er die Stelle als Hausmeister antrat, war er Mitglied des Kneipenkollektivs Spectrum, das er seinerzeit mit gründete. Das legendäre »Specci« war eine der ersten kollektiv geführten Berliner Szenekneipen und zog 1980 mit den ersten Projekten in den MehringHof ein. Das Spectrum war ein Ort, wo regelmäßig Solidaritätskonzerte, -feten und politische Veranstaltungen zu den verschiedensten Themen stattfanden, die die Linke in den 80er Jahren bewegten. Nach Auflösung des Kollektivs wurde der Gewinn in ein Schulbauprojekt in Nicaragua gesteckt und in eine Seifenmanufaktur für salvadorianische Flüchtlingsfrauen. Gegen Ende der 80er Jahre hatte Axel an der Errichtung eines kommunalen Radios im Süden Nicaraguas mitgewirkt. Bis zu seiner Verhaftung war er in dem »Initiativkreis gegen den Schlußstrich« aktiv, der sich in Berlin im Zusammenhang mit dem geplanten Mahnmal für die ermordeten europäischen Jüdinnen und Juden gebildet hatte. Der Initiativkreis wendet sich dagegen, dass mit dem Holocaust-Mahnmal ein historischer Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit gezogen wird und es als Symbol einer abgeschlossenen Geschichte funktionalisiert wird. Axel, wie viele andere von uns, gehört jener Generation an, für deren Politisierung die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus ausschlaggebend gewesen ist.

Bei der Erstürmung des MehringHofes nahmen die strafverfolgenden Behörden gezielt in Kauf, daß durch die Durchsuchung wieder einmal das politische und kulturelle Projekt MehringHof, das über 30 Gruppen, Initiativen und Gewerbebetriebe unter seinem Dach vereint und über 120 Menschen einen Arbeitsplatz bietet, zum Vorführ-Objekt verschiedener JournalistInnen und PolitikerInnen wurde. Die zwanzigjährige Geschichte des MehringHofes steht für eine unabhängige, unbequeme und vielfältige Kultur des Protestes und für ein Engagement für eine gerech-

te Gesellschaft. Neben gewerblichen Einrichtungen wie Verlagen, einer Druckerei, einem Fahrradladen und einem linken Buchladen finden hier unterschiedliche soziale, kulturelle und politische Initiativen Platz. In der letzten Zeit hat der gesamte MehringHof eine übergreifenden Initiative für »Flüchtlinge ohne Papiere« beschlossen. So entschieden sich anläßlich des 20-jährigen Jubiläums alle MieterInnen für die praktische Solidarität mit Flüchtlingen, MigrantInnen und Illegalisierten durch die Übernahme einer Patenschaft.

Zum Sonder-Beweismittel des Bundeskriminalamts und der Bundesanwaltschaft: »Kronzeuge« Tarek M.

Die Durchsuchung des MehringHofs und die Haftbefehle beruhen – nach Angaben der Ermittlungsbehörden – ausschließlich auf den Anschuldigungen des »Kronzeugen« Tarek M. Der Vorwurf, dass im MehringHof Sprengstoff und Waffen gelagert wären, wurde bereits zu Beginn der Polizeiaktion zu einem Schlag ins Wasser: im MehringHof wurde nichts davon gefunden. Tarek M. hat sich offensichtlich als »Kronzeuge« den Ermittlungsbehörden angedient, belastet sich selbst und hofft nun darauf, durch Angaben, die andere belasten, ungeschoren davon zu kommen.

Diesen Rollenwandel im laufenden Ermittlungsverfahren versucht die Bundesanwaltschaft (BAW) mit Hilfe der am 31.12.1999 ausgelaufenen Kronzeugenregelung durchzusetzen. Die Mehrheit der Richter- und Anwaltschaft bezeichnet den Rollenwandel vom potentiellen Angeklagten zum Zeugen der Anklage wie insgesamt die Kronzeugenregelung als Verstoß gegen ein fundamentales strafprozessuales Prinzip. Kronzeugen werden von den Ermittlungsbehörden bei so genanntem Ermittlungsnotstand aufgebaut, das heißt in Situationen, in denen es keine Beweismittel gibt. Die strafverfolgenden Behörden verhören den Kronzeugen während der Ermittlungen und Strafprozesse weiter und können sie, die sich auf das Versprechen des Straferlasses und des späteren Zeugenschutzprogramms eingelassen haben und sich in absoluter Abhängigkeit von seinen Verhörern befinden, je nach Opportunität auf neue Fährten setzen. Damit ist der Manipulation der Ermittlungsverfahren und der Strafprozesse durch BKA, BAW und andere Behörden Tür und Tor geöffnet. Sie verschaffen sich damit ein von ihnen selbst kontrolliertes Instrument der Beweisproduktion.

In der Praxis hat dieses Sonder-Beweismittel mehrfach dazu geführt, dass die Kronzeugen in den Strafverfahren angesichts ihrer sinkenden Glaubwürdigkeit immer absurdere Beschuldigungen vorbrachten. Denn sie klammern sich in ihrer Angst, den Erwartungen der Justiz nicht entsprechen zu können, an das Versprechen, dass der Strafnachlass um so höher ausfallen wird, je gravierender die Taten sind, von denen Kronzeugen angeblich sprechen können.

Die Partei der Grünen, die im Vorwahlkampf zu den letzten Bundestagswahlen die ersatzlose Streichung nicht nur der Kronzeugenregelung, sondern auch des Paragrafen 129a und aller anderen politischen Sondergesetze der 70er Jahre

beantragte, schrieb am 11.12.1997 zur Kronzeugenregelung: »Sie provoziert zum einen Falschaussagen und eröffnet die Möglichkeit der Einflussnahme durch die Ermittlungsbehörden auf den Zeugen. Dies wird eindrücklich durch den Fall Nonne belegt, der im Zusammenhang mit der Aufklärung des Mordes an Alfred Herrhausen steht. Nonne widerrief seine bereits zuvor gestandene Beteiligung an dem Anschlag und seine Angaben über den Tathergang und die Tatbeteiligten. Seine Falschaussagen seien unter Druck der Ermittlungsbehörden mit Geldzusagen veranlasst worden.«

Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung von Axel H., Harald G. und Sabine E. und protestieren gegen die Abschiebung von Frank L. und Alicia L.!

In einer Zeit,

- in der jährlich Zehntausende von Menschen an den Außengrenzen Europas verhaftet, drangsaliert und zurückgeschoben werden,
- in der aufgrund der EU-Abschottungspolitik Tausende ums Leben kommen,
- in der die rechte und rechtsextreme Mobilisierung politisch wie kulturell einen für das Europa der Nachkriegszeit noch nie dagewesenen Aufschwung erfahren hat,
- in der sich die rassistische Stigmatisierung und Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zugespitzt hat,
- in der Menschen anderer Hautfarbe die berechtigte Angst haben, jederzeit Opfer eines rassistischen Angriffs zu werden,
- in der alleine aus Deutschland jährlich über 30 000 Menschen per Flugzeug abgeschoben werden,
- in der antisemitische Überfälle, Anschläge auf jüdische Friedhöfe, die Schändung von Gedenkstätten erschreckend zunehmen,
- in der die Bundesregierung den ersten Angriffskrieg nach 1945 gegen Jugoslawien mit Auschwitz rechtfertigt,
- in der sich eine unwürdige und schäbige Verhandlungstaktik von Seiten der beteiligten Firmen über die Entschädigung für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter hinzieht,

brauchen wir vielfältige Politikformen, die diesen Entwicklungen gegensteuern und sie aufhalten.

Homepage: http://www.freilassung.de

Spendenkonto:	***Martin Poell***	***Kto.-Nr. 2705-104***
	Stichwort	***Postbank Berlin***
	»Freilassung«	***BLZ 100 100 10***

Zum historischen und aktuellen Hintergrund

Ohne die Absicht, die Geschichte linker Gruppen und Bewegungen im Moment der Repression stellvertretend zu schreiben, sind dennoch folgende Anmerkungen angebracht.

Die vorgeworfenen Aktionen richteten sich gegen die staatliche Flüchtlingspolitik und fanden 1986/87 zu einem Zeitpunkt statt, als die Regierung, viele Politiker, Behörden und Medien das durchzusetzen begannen, was heute barbarischer Alltag geworden ist: Im Rahmen regelrechter Kampagnen setzten sie damals Abschiebeknäste und Sammellager ein, setzten Gutscheine statt Bargeld und die Abschiebungen in Folterstaaten durch.

Zu einem ersten Fanal wurde 1983 der Tod von Kemal Cemal Altun: Er hatte sich nach Ablehnung seines Asylantrages aus dem Fenster des Bundesverwaltungsgerichtes (Berlin) gestürzt, um seiner Abschiebung in die Türkei zu entgehen. In der Neujahrsnacht 1983/84 verbrannten sechs Flüchtlinge in Abschiebehaft in Polizeiarrestzellen am Berliner Augustaplatz (Abschiebeknäste waren damals noch nicht etabliert). Sie hatten gegen ihre Einkerkerung, die Überbelegung und die menschenunwürdige Behandlung protestieren wollen. Ihre Wärter waren nicht zur Stelle, um ihnen während des Brands aufzuschließen. Einzelne Behörden und Beamte setzten die staatlichen und medialen Hetzvorgaben mit eigener Energie und rassistischem Vorsatz in eine Flüchtlingspolitik um, zu einer Zeit, als sie noch nicht vollends in Spezialgesetze gegossen war.

1986 betrieb der Berliner Senat – bundesweit mit einer so genannten Sommerkampagne vorpreschend – eine Zuspitzung der Situation. Die Berliner Polizeibehörden nahmen internationale Spannungen zum Anlass, alle Berliner Flüchtlingsheime in Großrazzien zu durchkämmen und besonders alle Flüchtlinge aus dem arabischen Raum zu kontrollieren. Die Nord-Süd-U-Bahn, die an der Ostberliner Friedrichstraße hielt, wurde zum Ort tagelanger Polizeimanöver, bei der alle mitfahrenden ImmigrantInnen und Flüchtlinge – als »ausländisch Aussehende« stigmatisiert – kontrolliert werden sollten. Schließlich bewog die BRD die DDR dazu, das »Loch in der Mauer« für Flüchtlinge zu stopfen, die keinen anderen legalen Weg in die BRD mehr hatten als die nichtregistrierte Einreise über den damaligen Grenzbahnhof Friedrichstraße. Die Senatoren Kewenig und Lummer wollten mit der massenhaften Abschiebung von Palästinensern in den libanesischen Bürgerkrieg ein grausames Exempel für die künftige Abschiebepolitik statuieren.

1986/87 engagierte sich ein breites politisches Spektrum gegen die Razzien und für das Bleiberecht der Flüchtlinge, sowie für ihre menschenwürdige Unterbringung, Verpflegung und gegen ihre gesellschaftliche Ausgrenzung und Isolation: Die Alternative Liste initiierte ihre »Aktion Fluchtburg« (Verstecken von Menschen ohne Papiere); autonome und kirchliche Gruppen protestierten auf den Flughäfen gegen Abschiebungen; die RZ griffen mit militanten Aktionen ein; Stadtteilgruppen kauften die

Gutscheine der Flüchtlinge auf und übten durch Blockaden der Supermarktkassen Druck auf die Lebensmittelketten aus, damit der Senat den Flüchtlingen wieder Geld auszahlte; Flüchtlingsgruppen organisierten Beratung, suchten die Lager auf und machten die unglaublich miserablen Zustände dort öffentlich, erteilten den Flüchtlingen Sprachunterricht und durchbrachen so die soziale Isolation. Das Verhältnis zwischen all diesen Gruppen war keineswegs widerspruchsfrei, dennoch war man/frau in einen gemeinsamen Prozeß eingebunden, der von vielen Auseinandersetzungen und Diskussionen gekennzeichnet war.

Es ist aufschlussreich, die Erklärungen der RZ zu den Anschlägen auch jenseits der Frage nach der Art ihrer Aktionen zu lesen und in den Kontext der aktuellen deutsch-europäischen, inzwischen globalisierten Politik der Flüchtlingsabwehr und Migrationsverhinderung zu stellen. Denn nicht nur denjenigen, die diese Diskussionen der 80er Jahre mit geführt und den Protest gegen die Anfänge der Flüchtlingspolitik der BRD mit getragen haben, sondern auch Jüngeren drängen sich Kontinuitäten auf, was den Ausbau der Festung Europa anbelangt. Bei einem Rückblick scheinen freilich auch Diskontinuitäten und zahlreiche neue Ansätze in der Praxis und Diskussion antirassistischer und flüchtlingspolitischer Gruppen heute auf.

Ihre militanten Aktionen waren vor allem in Bereichen angesiedelt, die Brennpunkte aktueller Auseinandersetzungen waren. Dies galt auch für den Bereich der Flüchtlings- und Asylpolitik in den 80er Jahren. Die Aktionen in diesem Bereich zielten vor allem auf Sachbeschädigungen ab. Dazu zählten ein Anschlag gegen das Ausländerzentralregister (AZR) in Köln (September 1986) ebenso wie gegen die Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung von Flüchtlingen in Dortmund (September 1987) oder gegen die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin (Februar 1987). Anspruch dieser Aktionen, bei denen zumeist Akten und Datenbestände vernichtet wurden, war es, *»Flüchtlingen einen Raum [zu] verschaffen, der nicht mehr staatlich kontrolliert und reglementiert wird.«*

Zur Lebenssituation von AsylbewerberInnen in Berlin und andernorts findet sich in der Erklärung zum Anschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA): *»Der auf niedrigstem Niveau eingeengte Lebensstandard und die Mißachtung elementarer Hilfeleistungen (...) ist nicht der Gipfel der Willkür, sondern die Methode eines logisch funktionierenden, rassistischen Verwaltungsapparates.«*

Mit der heutigen Zwangsunterbringung in Sammelunterkünften, der Kürzung des Sozialhilfesatzes um mindestens 30 Prozent und seit einem Jahr der Politik des regelrechten Aushungerns bestimmter Flüchtlingsgruppen (Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien, besonders dem Kosovo) haben sich die Existenzbedingungen der Flüchtlinge weiter verschärft. Die Arbeits- und Bildungsverbote, die rassistische Schikane in den Behörden, eine gesundheitliche Mangelversorgung bis hin zur Streichung jeglicher medizinischer Versorgung und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit über die Residenzpflicht sind nur einige Facetten eines Systems, das

die Vertreibung von nicht erwünschten Menschen mit dem Mittel der Sozialpolitik durchsetzt.

In der Erklärung zum Anschlag auf den Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht Korbmacher (September 1987) kann man/frau zum alten Grundgesetzartikel 16 lesen: *»Das Asylrecht ist seinem Wesen nach eben nicht einklagbares Individualrecht konzipiert worden – vielmehr ist es von vornherein allen opportunen staatlichen Auslegungen und imperialistischen Dispositionen geöffnet worden und daher in seinem Kern ein Staatsschutzrecht. Folglich geht es heute nicht um seine Aushöhlung, sondern um seine Modernisierung zu einem paßgenauen Instrument imperialer Flüchtlingspolitik.«* Korbmacher hatte in Urteilen gegen TamilInnen und KurdInnen Mitte der 80er Jahre die Linie vorgegeben: *»Folter und Völkermord, die der ›Abwehr von Umsturzversuchen oder Gebietsabtrennungen dienen‹, sind keine politische Verfolgung, sondern notwendig, ›denn der Staat selbst, sein Gebietsbestand und seine Grundordnung sind Schutzgüter‹.«*

Jahre nach dem vielfältigen Widerstand gegen die staatliche Flüchtlings- und Asylpolitik hat die Bundesregierung unter Zustimmung einer großen Bundestagsmehrheit und begleitet von Medienhetze und Pogromen das Asylrecht faktisch abgeschafft. Innenminister Schily unternimmt derzeit Vorstöße, die allerletzten formalrechtlichen Reste des Asylrechts zu schleifen und die Aufnahme abgezählter Flüchtlingskontigente in die Krieg- und Aggressionspolitik der EU zu integrieren.

Die tödlichen Folgen dieser in Justiz und Verwaltung eingespielten Abschottungspolitik und Abschiebungspraxis lassen sich belegen: an allen deutschen Grenzen starben seit der Grundgesetzänderung 1993 88 Menschen beim Versuch, heimlich einzureisen; 54 Abschiebehäftlinge begingen angesichts der drohenden Abschiebung Selbstmord, mindestens 95 wurden bei einem Selbstmordversuch schwer verletzt; 5 Menschen starben während ihrer Abschiebung aufgrund von Mißhandlungen durch deutsche Beamte, 33 Abgeschobene wurden verletzt; 4 Personen wurden nach der Abschiebung im Heimatland ermordet, mindestens 86 wurden von Militärangehörigen oder Polizeibeamten im Herkunftsland verhaftet, mißhandelt oder gar gefoltert, 11 der Abgeschobenen verschwanden spurlos. Die tatsächlichen Zahlen dürften um vieles höher liegen. Europaweit sind mehrere Tausend Tote entlang der EU-Außengrenzen zu beklagen, ein Großteil von ihnen ertrank bei Schiffbrüchen im Mittelmeer.

Die EU ist dabei, ihr Flüchtlingskonzept zu erweitern und nicht nur auf Osteuropa und die Transitstaaten, sondern auch – über die auf dem EU-Sondergipfel im Oktober 1999 in finnischen Tampere verabschiedeten »Aktionspläne« – weltweit bis in die »Flüchtlinge produzierenden« Kriegs-, Bürgerkriegs-, Krisen- und Elendsgebiete auszudehnen. Die EU bereitet sich inzwischen darauf vor, auch militärisch in ihre von ihr reklamierten Hinterhöfe und Einfluss-Sphären militärisch einzugreifen, um eine Regionalisierung von Flucht und Migration zu erzwingen und Menschen auf der Flucht in geschlossene Flüchtlingslager umzuleiten und mit Waffengewalt festzuhalten. ■

Ankündigung:

Hefte der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration
Gegen die Festung Europa, Heft 7:

Helmut Dietrich, Harald Glöde

Kosovo – der Krieg gegen die Flüchtlinge

15 DM, ca. 150 Seiten, Verlag der Buchläden, Berlin, Göttingen, Hamburg, ISBN Nr. 3922611796

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM)
Gneisenaustr. 2 a
10961 Berlin
e-mail: ffm@ipn.de
Tel. +49-30-69 35 670
Fax: +49-30-695 086 42/43
web: www.berlinet.de/mh/ffm, www.freilassung.de

Zum ersten Mal setzte die Europäische Union während des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien und um den Kosovo eine Flüchtlingspolitik durch, an der die verschiedenen Schengener und andere Gremien gearbeitet hatten: Flüchtlingsbewegungen sollten »regionalisiert«, d.h. bereits in der Herkunftsregion aufgehalten werden. Die kriegführende NATO errichtete nahe am Kriegsgeschehen stacheldrahtumzäunte Lager und machte mit vereinter NGO-Hilfe aus Flüchtlingen »Heimatvertriebene«.

In dem Heft wird die Lagerpolitik während des Krieges in den Zusammenhang der EU-Politik gegenüber Südosteuropa gestellt. Die Verwaltung der displaced persons wird zum wichtigsten Baustein des entstehenden Protektorats auf dem Balkan. Strategie- und Konzeptpapiere zum neuen Hinterhof Westeuropas werden in dem Heft kurz vorgestellt.

Aus dem Vorwort:
In den fünf Jahren ihrer Existenz hat die FFM in den vorausgehenden Publikationen und auf zahlreichen Veranstaltungen immer wieder auf die Folgen der flüchtlingsfeindlichen Abschottung an der Ostgrenze der Festung Europa und in deren Vorfeld aufmerksam gemacht. Als rassistische Ausgrenzung im europäischen und im globalen Maßstab hat sich diese Abschottung unterdessen zu einem komplexen System der Flüchtlingsabwehr und Migrationsverhinderung fortentwickelt. Grenzzäune und Mauerwerke haben in diesem System nicht mehr die gleiche Bedeutung wie noch vor wenigen Jahren. Uns ging es bei unserer Arbeit darum, dieses System und das viele Politikbereiche überspannende Konzept, das dahintersteckt, erkennbar zu machen.

Als die NATO den Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien und im Kosovo begann, haben wir uns sofort die Frage gestellt, welchen Anteil die flüchtlings- und bevölkerungspolitischen Motive an der Kriegführung beider Seiten hätten. Aus der Entwicklung der deutschen, der Schengener und der EU-Flüchtlingspolitik und insbesondere durch die Analyse des Strategiepapiers der österreichischen EU-Präsidentschaft vom 1. Juli 1998 wurde uns rasch klar, wie die Kriegführung selbst, die Lagerpolitik der NATO, das Abschneiden der Fluchtwege nach Westeuropa und die Aushungerung geduldeter Flüchtlinge miteinander in Verbindung zu bringen waren. So ist noch während der ersten Kriegshälfte, als die Kriegsparteien die militärische Eskalation von Tag zu Tag weiter vorantrieben, der Text »Flüchtlingspolitik im Krieg« entstanden. Er ist zum Teil von Mutmaßungen gekennzeichnet – im Kosovo gab es überhaupt keine JournalistInnen mehr, und der weitere Kriegsverlauf war nicht abzusehen –, aber er stellt auch einen Versuch dar, trotz dieses Wissenskollapses der Diskussion gegen den Krieg argumentativ auf die Beine zu helfen. Eine nachträgliche Glättung des Textes aus der Perspektive ex post – nachher ist man immer schlauer – schien uns nicht angeraten. Wir sollten uns darauf einstellen, bei künftigen Kriegen und Flüchtlingsdramen unter ähnlich prekären Bedingungen diskutieren, schreiben und handeln zu müssen. (...)

Auch mit dem Einsatz einer gewaltigen Kriegsmaschinerie soll künftig der Aufbruch von Menschen aus Kriegs-, Bürgerkriegs-, Krisen- und Elendsgebieten verhindert werden. Es geht um die »Regionalisierung« von Fluchtbewegungen – wir erinnern uns an die fast panisch beschworene »heimatnahe« Unterbringung der Flüchtlinge, die von Regierung und die Medien seit Kriegsbeginn »Heimatvertriebene« genannt wurden.

Die inszenierte Hilfsbereitschaft bei der Aufnahme eines kleinen Kontingentes kosovo-albanischer Kriegsflüchtlinge diente eher der Förderung der Akzeptanz der Bombardierungen, als dass sie im Widerspruch zur »heimatnahen« Unterbringung der Flüchtlinge gestanden hätte. Zudem setzte vor allem die deutsche Regierung damit erstmals eine zwischen den Staaten des Westens ausgehandelte so genannte Lastenteilung durch. Die Aufnahme von Flüchtlingen stellten die Regierungen nicht mehr als Erfüllung berechtigter Ansprüche von Geflohenen, sondern als staatlichen Gnadenakt vor.

So wurde der NATO-Krieg zur zweiten Zäsur der deutsch-europäischen Flüchtlingspolitik nach der Grundgesetzänderung von 1993. Fünfzig Jahre lang war das Prinzip, dass Flüchtlinge nicht zu Verschiebemassen zwischen kriegführenden Parteien werden dürfen, in Europa im Großen und Ganzen unangefochten. Seit dem Kriegsgeschehen in und um den Kosovo scheint es so, als habe dieses Prinzip nie existiert. Die NATO-Militärs haben die »heimatnahe Unterbringung«, wie es die sozialdemokratisch-grünen Politiker der deutschen Regierung und der EU-Gremien nennen, durch die Internierung der Flüchtlinge in unmittelbarer Nähe

des Kriegsgeschehens durchgesetzt und durch die Zuarbeit zahlloser Nichtregierungsorganisationen abgesichert.

Viele NGOs sind in der Folge des Kriegs auf eine offiziöse Sichtweise der neuen europäischen Flüchtlingspolitik eingeschwenkt. Über eine gemeinsame Entwicklungspolitik, wirtschaftliche Assoziationsabkommen, kulturelle Zusammenarbeit und Strukturanpassungsprogramme sollen möglichst alle staatlichen und nichtstaatlichen Akteure des Westens über die Flüchtlingspolitik zueinandergebracht werden, wie der EU-Gipfel zur Flüchtlingspolitik in Tampere im Oktober 1999 demonstrierte. Sechs flüchtlingsfeindliche Aktionspläne gegen ausgesuchte Herkunftsländer (Irak, Albanien/Kosovo, Afghanistan, Somalia, Sri Lanka und Marokko) von Flüchtlingen wurden in Tampere verabschiedet.

Die Ergebnisse des EU-Gipfels sowie die aktuell von Innenminister Schily inszenierte Debatte über das Asylrecht sind als Fortsetzung der im Krieg forcierten Politik zu kritisieren und zu bekämpfen. In diesem Sinne soll dieses Heft eine Aufforderung und ein Beitrag zur Diskussion sein.

Als eine der wesentlichen praktischen Möglichkeiten sehen wir die Unterstützung der Flüchtlinge, die in der Bundesrepublik von der Politik des Aushungerns betroffen sind. Unsere Solidarität gilt aktuell insbesondere den in Berlin seit mehreren Monaten andauerndem Widerstand von Bürgerkriegsflüchtlingen gegen ihre unmenschliche und entwürdigende Behandlung durch das DRK, darüber hinaus aber auch den zahllosen weiteren Projekten der medizinischen Unterstützung, der Unterbringung und der Fluchthilfe. ■

Das schwarze Dreieck

Eine Dokumentation über die Verfolgung der sogenannten »Asozialen« durch die Nazis

Diese Doku stammt nicht aus der Feder eines Historikers. Ein »Asozialer« von heute machte sich auf die Spurensuche. Er wollte wissen, was mit seinesgleichen während der Nazizeit geschehen ist.

Preis: 4,- DM plus 1,50 Versandkosten (für jedes verkaufte Exemplar erhält einE GefangeneR oder einE WohnungsloseR ein Freiexemplar)

Bestelladresse: SD-Doku, Kalk-Mülheimer-Str. 210, 51103 Köln
Legt Eurer Bestellung entweder 5,50 in Briefmarken, oder wenn Ihr ganz großzügig seid, nen Zehner bei.

Die **Beilagen mit wichtigen Texten aus der revolutionären Debatte**, die wir seit Zirkular 42/43 in die Zirkulare reinzulegen, sind auch einzeln erhältlich.

Da sich diese Texte hervorragend für die **Diskussion in Arbeitsgruppen** eignen, haben wir davon ein paar mehr gedruckt. Die Hefte haben einen Umfang zwischen 44 und 80 Seiten und kosten einzeln 5 Mark. Da ein Großteil unserer Kosten für Porto und Verpackung draufgehen, bieten wir an:

3 Beilagen für 10.- Mark und 4 Beilagen für 12.- Mark (jeweils incl. Porto).

Zirkular 42/43, März 1998:
Zwischen Revolte und Niederlage - Selbständige Arbeiter auf dem Bau in England (1974). Im Anhang eine Aktualisierung von 1997.

Zirkular 46/47, Februar 1999:
Loren Goldner: Der Kommunismus ist die materielle menschliche Gemeinschaft

Zirkular 48/49, März 1999:
Aufheben: Dole Autonomy gegen die Wiederdurchsetzung der Arbeit

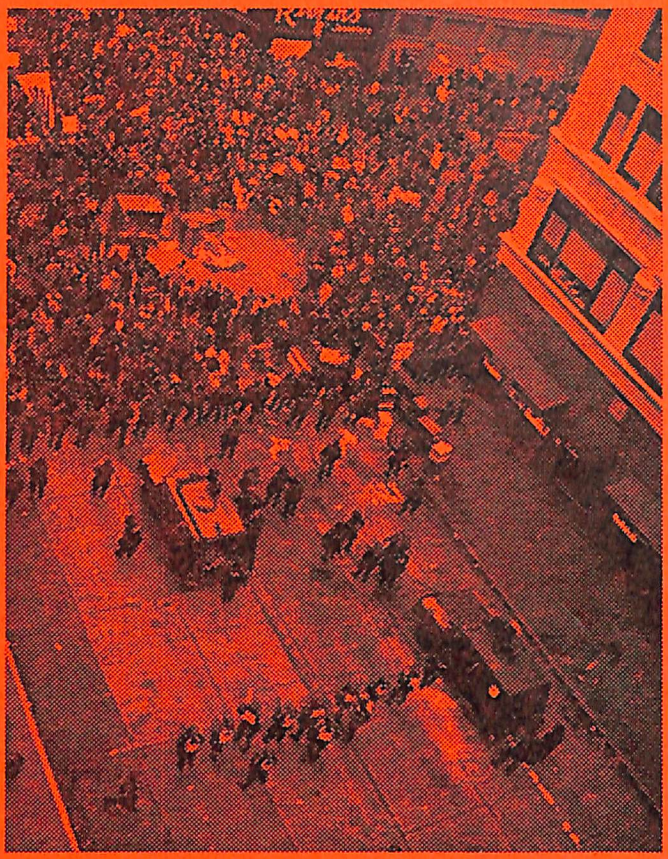
Zirkular 50/51, Mai (Juni) 1999:
Gilles Dauvé: Wenn die Aufstände sterben

Zirkular 52/53, Juli 1999:
Gilles Dauvé: Niedergang und Wiederkehr der kommunistischen Bewegung

Wir räumen unseren Speicher!

Wir haben noch folgende TheKlas (Umfang 150-220 Seiten), die wir am liebsten als Gesamtpaket für 50 DM (incl. Porto) verschicken:

Thekla 10 - »Zerowork« [Beide Hefte der amerikanischen Zeitschrift] 10,-
Thekla 11 - Let's get organized [Jobber-Aktionen] 7,-
Thekla 12 - Arbeit, Entropie, Apokalyse [Text von Midnight Notes] 7,-
Thekla 13 - Klassenkämpfe im Sozialismus [Polen, China; Frankreich] 7,-
Thekla 14 - Ölwechsel [Golfkrieg, Zionismus] 7,-
Thekla 16 - Sabotage [ArbeiterInnen in USA] 16,-
Thekla 17 - Arbeit, Energie, Krieg [Krieg & Migration; **hochaktuell!**] 14,-



Will denn niemand die Anarchisten verteidigen? Waren ihre Aktionen so verwerflich und asozial, wie ihre Kritiker behaupten? Oder sind diese jungen Rebellen unsere Brüder und Schwestern, keine Saboteure der Bewegung, sondern Leute mit einem revolutionären Geist, die wir dafür umarmen sollten, daß sie den Willen hatten, die berechtigte Wut und Ablehnung gegenüber einer gesellschaftlichen Ordnung auszudrücken, die auf Habsucht, systematischer Gewalt und der Unterdrückung der Mehrheit der Menschen auf der Welt beruht?